



18.Oktober 2023

**Interfraktioneller Antrag zum Haushalt 2024
Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke/Pirat**

Flächen sichern für regionales Bau- und Rohstoffrecycling

Die Verwaltung wird beauftragt,

geeignete Flächen in geplanten oder bestehenden Gewerbeflächen oder anderweitig vorgeprägten Gebieten zu identifizieren, die sich für die Ansiedlung von Recyclingunternehmen eignen. Diese Flächen sollen anhand von Eignungskriterien – dazu gehört u.a. auch eine günstige Lage zum Schienengüterverkehr - ausgesucht und interkommunal für die Nutzung zum Bau- und Rohstoffrecycling ausgewiesen werden.

Begründung:

Neben „reduce“ und „reuse“ von Materialien wird das Recyceln besonders von Rohstoffen zukünftig verstärkt notwendig, um nachhaltiges Bauen zu forcieren. Für das Recycling sind Flächen erforderlich, die aus immissionsschutzrechtlichen Aspekten geeignet und akzeptabel sind. Das entsprechende Angebot fehlt jedoch in der Region.

Vom VRS wurde die Problematik von fehlenden Aufbereitungs- und Lagerungsplätzen für das Recycling von Rohstoffen bereits in der Sitzungsvorlage WIV251/2023 diskutiert. Dabei wurde dieser Punkt als ein regionales Handlungsfeld identifiziert. Der Verband soll die Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen und dabei Emissionen in der Bauwirtschaft drastisch zu verringern, voranbringen.

Die Identifizierung geeigneter Flächen für das Rohstoffrecycling ermöglicht es, Standorte interessierten Unternehmen schneller zur Verfügung stellen zu können.

Dorothee Kraus-Prause
Sprecherin Planung
Bündnis 90/Die Grünen

Regina Traub
Sprecherin Planung
SPD

Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE/PIRAT



18. Oktober 2023

**Interfraktioneller Haushaltsantrag der Fraktionen
Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Linke/Pirat**

Panoramabahn ertüchtigen und Nordkreuz aufs Gleis setzen

Die Verwaltung des Verbands wird beauftragt,

1. zusammen mit dem künftigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen, der Deutschen Bahn, dem Land und der Stadt für eine zügige Sanierung und Ertüchtigung der Panoramabahn zu sorgen;
2. sich, sobald die endgültige Entscheidung über den Erhalt der Panoramabahn gefallen ist, mit dem Land sowie den eventuell weiteren betroffenen Landkreisen und Zweckverbänden über ein Betriebskonzept für die Panoramabahn und die weiteren Nebenbahnen in der Region zu verständigen;
3. gemeinsam mit Bahn und Land den Sanierungsbedarf der Röhren des Pragtunnels zu untersuchen und die Sanierung zeitnah in Angriff zu nehmen;
4. mit den Projektpartnern die Planungen der P-Option auf den Erhalt der Panoramabahn und das Nordkreuz abzustimmen;
5. gemeinsam mit dem Land eine vertiefende Untersuchung über das Nordkreuz anzustoßen, mit dem Ziel den baulichen Bedarf zu ermitteln und ein erstes Betriebskonzept zu erstellen.

Begründung:

Die Panoramabahn und das Nordkreuz sind wichtige Bestandteile des Schienenknoten 2040, deshalb sind sie für die zukünftige Schieneninfrastruktur in der Region Stuttgart unverzichtbar.

Jetzt geht es darum, den Erhalt der Panoramabahn konkret umzusetzen und die ersten Schritte zum Bau des Nordkreuzes einzuleiten.

Prof. Dr. André Reichel
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender
SPD

Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender
FDP

Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE/PIRAT

18. Oktober .2023

**Interfraktioneller Antrag zum Haushalt 2024
Fraktionen CDU/ÖDP und Bündnis 90/Die Grünen**

S-Bahn Nachtverkehr bei Großereignissen

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, in Abstimmung mit der DB Regio den S-Bahn-Nachtverkehr

1. an allen Stuttgarter Spieltagen der Fußball-Europameisterschaft 2024 durchgehend wie an den Wochenenden anzubieten (vier zusätzliche Tage) und
2. während des Cannstatter Volksfests 2024 die Betriebszeiten unter der Woche um einen weiteren Umlauf zu verlängern (neun zusätzliche Tage).

Begründung:

Die Fußball-Europameisterschaft sowie das Cannstatter Volksfest werden im nächsten Jahr wieder eine Vielzahl von Besuchern in unsere Region bringen. In lebhafter Erinnerung ist bei vielen Menschen noch das „Sommermärchen“ der Fußball-Weltmeisterschaft 2006.

Die Fußball-Europameisterschaft 2024 verspricht erneut ein sportliches Großereignis für unsere Region zu werden. Dabei werden nicht nur die fünf Spiele in der MHP-Arena tausende Fans nach Stuttgart ziehen, sondern auch der Schlossplatz wird wiederholt mit Public Viewing zum Anziehungspunkt für Fans aus nah und fern.

Ein weiteres Großereignis, das weit in unsere Region hinausstrahlt und die Menschen näher zusammenbringt, ist das Cannstatter Volksfest. In diesem Jahr konnte das zweitgrößte Volksfest der Welt mit 4,3 Millionen Besuchern einen deutlichen Zuwachs verzeichnen. Spürbar war dieser Zuwachs insbesondere in den späten S-Bahn-Verbindungen.

Beide Veranstaltungen haben eine starke regionale Ausstrahlung und fördern den Zusammenhalt in unserer Region. Mit diesem Antrag möchten wir sicherstellen, dass die Menschen bei diesen beiden Großereignissen auch zu später Stunde noch sicher und zuverlässig mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Hause gelangen können.



Rainer Ganske
Sprecher Verkehr
CDU/ÖDP



Prof. Dr. André Reichel
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen



Jan Tievesch
CDU/ÖDP



Philipp Buchholz
Bündnis 90/Die Grünen



18. Oktober 2023

Interfraktioneller Antrag zum Haushalt 2024

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, SPD, FDP und Linke/Pirat

Zuwendung für die qualifizierte Arbeit von KulturRegion und SportRegion erhöhen

Antrag:

Angesichts einer Intensivierung der Arbeit, erhöhter Aufwendungen für die Mitarbeitenden und steigender Kosten für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit beantragen wir eine Erhöhung der Zuwendungen für die Arbeit der KulturRegion und der SportRegion um je 30 000€ jährlich.

Begründung:

KulturRegion und SportRegion gehören zu den Aushängeschildern und Markenzeichen der Region Stuttgart. Die öffentliche Wahrnehmung ist in den letzten Jahren aufgrund der Ausweitung und Intensivierung der Arbeit und der überaus professionellen Erfüllung der Aufgaben immens gestiegen. Damit verbunden ist allerdings auch eine Erhöhung der Aufwendungen. Das betrifft die Tarifierhöhungen und Sonderzahlungen für die Beschäftigten, den Mehraufwand für die Geschäftsstellen, Marketingmaßnahmen und Serviceleistungen für die Mitglieder, die deutlich gestiegenen Kosten für Veranstaltungen (Mieten, Catering, etc.) und den notwendigen Spielraum für das Aufgreifen aktueller kultur- und sportpolitischer Themen. Um weiterhin die Qualität der Arbeit von KulturRegion und SportRegion erhalten zu können, sehen wir die Notwendigkeit für die beantragte Erhöhung der Zuwendung.

Prof. Dr. André Reichel
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender
FW-Fraktion

Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender
SPD-Regionalfraktion

Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender
FDP-Regionalfraktion

Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE/PIRAT

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Internationalisierung der heimischen Wirtschaft unterstützen

Antrag:

Um die Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit der regionalen Wirtschaftsunternehmen zu flankieren, wird die Verbandsgeschäftsstelle beauftragt,

1. mit der Verwaltung des Stuttgarter Flughafens Gespräche mit dem Ziel zu führen, die Direktflugverbindungen in weitere europäische Metropolen auszubauen (z.B. Madrid, Graz, Helsinki, etc.),
2. zusammen mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart zu prüfen, wie die Präsenz der Region Stuttgart beispielsweise im Sinne einer Plattform auf den einschlägigen internationalen Wirtschaftsmessen erhöht werden kann.

Begründung:

Während der Corona-Pandemie sind einige Direktflüge vom/zum Stuttgarter Flughafen gestrichen worden. Aus der Wirtschaft werden Direktflüge insbesondere in Europäische Metropolen jedoch wieder nachgefragt. Die Umwege über andere Flughäfen, um zu bestimmten Destinationen zu kommen, sind weder in zeitlicher Hinsicht noch aus Klimagesichtspunkten tragbar.

Messen sind Schaufenster der Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit einer Region. Die Präsenz auf internationalen Messen ist für unsere Wirtschaft, insbesondere kleinere Unternehmen, eine Möglichkeit, um bekannter zu werden und ihre Produkte im globalen Wettbewerb zu vermarkten.



Dr. Pfeiffer, Koch, Wagner und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Klimaanpassung

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern in der Region Stuttgart ein Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in den Bereichen klimaangepasste Siedlungsentwicklung / Energieeinsparung / CO₂-Reduktion umgesetzt werden kann, z.B. durch Abklärung mit wissenschaftlichen Instituten, wie im Rahmen von Masterarbeiten der Transfer von Wissenschaft in die Praxis erfolgen kann.

Begründung:

Im Rahmen der Delegationsreise in die Region Northern Virginia wurde uns an der George Mason University ein interessantes Programm vorgestellt: Dort fördert die Universität im Rahmen ihres „Applied Climate Resiliency Research“ Projekte für den Wissenstransfer in verschiedenen Kommunen.

In den Bereichen Klimaanpassung / Energieeinsparung / CO₂-Reduktion gibt es zahlreiche Forschungsprojekte an den Universitäten / Hochschulen / Forschungsinstituten in der Region, wie beispielsweise Prof. Dechow, HFT Stuttgart, Prof. Birkmann, Uni Stuttgart, an der Hochschule Nürtingen oder der Uni Hohenheim. Denkbar wäre sowohl die Förderung einer Masterarbeit, z.B. als konkrete Studie im Bereich der Datenerhebung oder auch die Förderung von Pilotstudien.

Gegebenenfalls könnten die Projekte auch schwerpunktmäßig auf kleinere Kommunen begrenzt werden, die keine eigene Fachverwaltung für diese Themen haben. Die gewonnenen Erkenntnisse könnten dann in Pilotprojekten umgesetzt werden.



Dr. Pfeiffer, Koch, Schick-Ebert und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Die Jugend für KI begeistern

Antrag:

Die WRS wird beauftragt, einen „KI-Makerspace“ für Kids, Teens und junge Erwachsene einzurichten. Der KI-Makerspace soll ein außerschulischer Lernort sein, um sich mit Technik, speziell aus dem KI-Bereich, auseinanderzusetzen.

Es soll geprüft werden, ob dies in Kooperation mit dem Institut für KI an der Universität Stuttgart in die KI-Offensive integriert werden kann.

Begründung:

KI wird in der Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Deshalb hat die Regionalversammlung auch beschlossen, KI in der Region zu fördern. Fachkräfte in diesem Bereich sind extrem rar und die Firmen müssen weltweit nach Fachkräften suchen. Die Universitäten im Cyber-Valley steigen auch immer intensiver in diese Thematik ein. Gleichzeitig heißt es aber, dass die Zahl der Studienanfänger in den MINT-Fächern stagnieren oder zurückgehen. Deshalb ist es für die Zukunft der KI in Deutschland und in der Region wichtig, bereits Kinder und Jugendliche für diese Thematik zu interessieren und zu begeistern. Ein KI-Makerspace, idealerweise an der Uni Stuttgart angesiedelt, soll diese Möglichkeit schaffen.

In Tübingen gibt es bereits einen solchen KI-Makerspace.

Zur Finanzierung sollen auch Firmen, Stiftungen und Institutionen angefragt werden.



Dr. Pfeiffer, Koch, Klamt und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Ehrenamt erleichtern: Kinderbetreuung während der Sitzungen der Regionalversammlung und der Ausschusssitzungen

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, neue und zeitgemäße Rahmenbedingungen bezüglich der Kinderbetreuung während der Sitzungen der Regionalversammlung und deren Ausschüsse in den Räumen des VRS bzw. des jeweiligen Tagungsortes anzubieten.

Begründung:

Um engagierte ehrenamtliche Regionalpolitikerinnen und Regionalpolitiker für das ehrenamtliche Mandat im Verband Region Stuttgart zu interessieren, soll die Verwaltung Perspektiven aufzeigen, wie sich die Ausübung ihres Mandats besser mit ihren Aufgaben in der Familie vereinbaren lassen, indem während dieser Sitzungen nach Voranmeldung eine Kinderbetreuung angeboten wird.

Entsprechende Institutionen bzw. Vereine, die solche Leistungen anbieten, gibt es in Stuttgart.



Dr. Pfeiffer, A. Koch, I. Koch und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Die laufenden Förderungen für SportRegion e.V. und KulturRegion e.V. erhöhen

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, die Förderungen für die SportRegion e.V. und die KulturRegion e.V. ab dem Haushaltsjahr 2024 dauerhaft um je 50.000 € p.a. zu erhöhen und diese Mittelerrhöhung erstmals im Haushalt 2024 umzusetzen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren, insbesondere nach der Corona-Pandemie, sind die Kosten in verschiedenen Bereichen, z.B. Veranstaltungsdurchführung (Veranstaltungs- und Bühnentechnik sowie Catering), Energie etc., überdurchschnittlich stark gestiegen.

Die Mittelerrhöhung dient dem Inflationsausgleich, der Umsetzung von Tarifsteigerungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstellen und der Weiterentwicklung des Angebots.



Dr. Pfeiffer, Koch, Ganske, Wagner und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Kleine Firmen bei KI unterstützen

Antrag:

Die WRS wird beauftragt, ein Projekt zur Unterstützung kleiner Firmen in der Anwendung von KI aufzusetzen.

Begründung:

Durch die Anwendung von KI erhalten Firmen deutliche Wettbewerbsvorteile durch eine Steigerung der Effizienz, durch verbesserte Produkte und besseren Service, durch bessere Produktionsverfahren usw. Viele kleine Firmen tun sich mit dem Einsatz von KI aus vielerlei Gründen schwer. Gleichzeitig ist allerdings die Nutzung dieser neuen Möglichkeiten von entscheidender Bedeutung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Insbesondere folgende Aspekte sehen wir als wichtig an:

- a) **Erhaltung Wettbewerbsfähigkeit:** Künstliche Intelligenz entwickelt sich rasant weiter und wird in immer mehr Branchen an vielen unterschiedlichen Stellen in den Firmen eingesetzt. Unternehmen, die den Anschluss an diese Technologie verpassen, könnten an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und langfristig gefährdet sein,
- b) **Information für die Unternehmen:** für viele insbesondere kleinere Unternehmen ist es derzeit schwierig, bei den vielen Neuerungen auf dem Laufenden zu bleiben. Übersichten und Erfahrungsberichte könnten den Firmen helfen, hier einen Überblick zu bekommen und die passenden Dinge für Ihre Firma auszusuchen. Dabei ist auch eine Meta-Plattform denkbar, die auf vorhandene gute Übersichten usw. verweist,
- c) **Erfahrungsaustausch:** Viele Unternehmer begegnen den neuen technischen Möglichkeiten mit einer Grundskepsis. Ein Erfahrungsaustausch und Best-Practice-Beispiele können hier ermutigend wirken,

- d) Arbeitsplatzsicherheit: Wenn kleine Unternehmen KI-Technologien nutzen, können sie effizienter arbeiten und wettbewerbsfähiger sein. Dadurch wird die langfristige Sicherheit von Arbeitsplätzen in unserer Region gewährleistet.

Darüber hinaus ist zu prüfen, wie kleine Firmen eine gute Übersicht über die rechtlichen Herausforderungen durch den Einsatz von KI und die Security-Aspekte von KI bekommen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Pfeiffer', with a stylized flourish at the end.

Dr. Pfeiffer, Koch, Schick-Ebert und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Q-Guide für alle

Antrag:

Das Angebot des Q-Guides soll nicht nur verstetigt werden, sondern auch auf weitere Branchen, wie z.B. Elektrotechnik oder Handwerk, ausgedehnt werden. Dazu soll die WRS einen konkreten Vorschlag erstellen, in welchen Schritten eine solche Ausweitung erfolgen kann.

Begründung:

Mit dem Q-Guide wurden mit Fördermitteln des Bundes ein Weiterbildungsverbund für die Branchen Automobil und Maschinenbau geschaffen. Der Weiterbildungsverbund hilft Firmen zusätzlich zu den positiven Netzwerkeffekten, gute und passende Weiterbildungsangebote zu finden und sich entsprechend auszutauschen. Die Weiterbildung von Mitarbeitern ist gerade angesichts der stattfindenden Transformation von entscheidender Bedeutung. Insbesondere folgende Gründe sprechen im Rahmen der Verstetigung des Q-Guides auch für eine Ausdehnung auf weitere Branchen:

- a) **Relevanz:** Von der Transformation sind nahezu alle Branchen betroffen, d.h. die Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiter ist für alle Firmen ein strategisch sehr wichtiges Thema,
- b) **Maximierung des Nutzenpotenzials:** Die Ausdehnung des Q-Guides auf weitere Branchen sollte zu sehr geringen zusätzlichen Kosten möglich sein bzw. zahlreiche Synergien ermöglichen, da die Informationsbeistellung v.a. über die Homepage stattfindet,
- c) **Fachkräftemangel bekämpfen:** Nahezu alle Branchen klagen derzeit über einen Fachkräftemangel. Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote sind ein wichtiger Baustein in der Bekämpfung des Fachkräftemangels.



Dr. Pfeiffer, Koch, Schick-Ebert und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Neuer Suchlauf Kompetenzzentren

Antrag:

Die WRS wird beauftragt, einen neuen Wettbewerb „Regionale Kompetenz- und Innovationszentren“ zu starten.

Begründung:

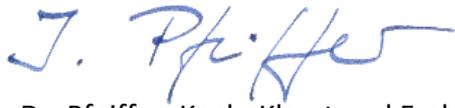
Im Jahr 2000 startete die WRS einen Wettbewerb „Regionale Kompetenz- und Innovationszentren“, aus dem 12 innovative Kompetenzzentren entstanden, die teilweise bis heute tätig sind.

Seitdem haben sich die Schwerpunkte in der Forschungslandschaft verändert. Durch einen erneuten Wettbewerb sollen Ansätze für neue Kompetenzzentren eruiert werden. Außerdem soll das Programm differenziert werden, um sich in der Region Stuttgart breiter aufstellen zu können:

Die Kompetenzzentren sind weiterhin auf eine lange Laufzeit ausgelegt. Dabei ist der Schwerpunkt auf die Bündelung von Kompetenzen im Rahmen von gemeinsamer Forschungsarbeit mit Wissenschafts- und Unternehmenspartnern gerichtet. Das Ziel dieser Kompetenzzentren besteht darin, auf internationaler Ebene neue, zukunftsrelevante Forschungsgebiete zu ergründen.

Mit Kompetenz-Projekten soll die Flexibilität erhöht und Konsortien die Möglichkeit gegeben werden, Forschung auf höchstem Niveau mit einer mittelfristigen Perspektive und einem künftigen Entwicklungspotenzial zu betreiben. Hierbei ist ein höheres finanzielles Engagement der Unternehmenspartner gefordert.

„Kompetenz-Module" sind eine neue Programmlinie, in deren Rahmen besonders risikoreiche Forschung auf höchstem Niveau in thematisch klar abgegrenzten Bereichen betrieben wird. Durch diese Module sollen zukunftsrelevante Forschungsthemen etabliert und neue Stärkefelder in den bestehenden Kompetenzzentren aufgebaut werden. Dadurch wird die Zukunftstauglichkeit des Forschungsstandorts der Region Stuttgart sichergestellt.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Pfeiffer', with a stylized flourish at the end.

Dr. Pfeiffer, Koch, Klamt und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Fachkräfte gewinnen - Mitarbeiterwohnungen als Standortfaktor

Antrag:

Die WRS wird beauftragt, zusammen mit Vertretern von Wirtschaft, Verbänden und Kommunen zu prüfen, inwieweit die Bereitschaft besteht, Mitarbeiterwohnungen zu schaffen, und welche Unterstützung erforderlich ist.

Begründung:

Der Wohnraummangel in der Region ist zu einer Standortfrage für Unternehmen in der Region Stuttgart geworden. Die Gewinnung von Fachkräften in allen Bereichen scheitert immer mehr daran, dass kein Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Die Bewerber müssen deshalb oft außerhalb der Region wohnen. Die Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte kostet die Beschäftigten viel Zeit und Geld. Dabei besteht auch die Gefahr, dass Arbeitsplätze außerhalb der Region vorgezogen werden.

Öffentliche und private Unternehmen haben sich in den letzten Jahrzehnten oftmals von vorhandenen Betriebswohnungen getrennt, da sie die Vermietung von Wohnraum nicht als Teil ihres Kerngeschäfts betrachtet haben. Nun wird der fehlende Wohnraum immer mehr zu einem Hemmschuh bei der Personalgewinnung.

Inzwischen empfiehlt auch die IHK Unternehmern, das Thema Mitarbeiterwohnen wieder in den Fokus zu nehmen.



Dr. Pfeiffer, Koch, Kreiser und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Parkplätze unter Strom

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, mit dem Land in Gespräche einzutreten, um den Ausbau von PV-Anlagen auf Parkplätzen mit Nachdruck zu forcieren. Sofern das 2023 aufgesetzte Landes-Förderprogramm fortgesetzt wird, bewirbt sich die Region Stuttgart um eine Förderung für eine regionale Konzeptentwicklung.

Begründung:

Im März 2023 legte die Landesregierung ein Förderprogramm für Photovoltaikanlagen auf bestehenden Parkplätzen (mind. 35 Stellplätze) auf und förderte entweder die Erstellung von Anlagen oder eine regionale Konzeptentwicklung. Leider war bereits im Mai 2023 Antragschluss. Das Programm soll allerdings weiterentwickelt werden. Sollte das Programm wie vorgesehen im Frühjahr/Sommer 2024 fortgesetzt werden, sollte sich die Region Stuttgart um Fördermittel bewerben.

Die Förderhöhe für eine regionale Konzeptentwicklung betrug 2023 maximal 100.000 Euro bzw. maximal 50 Prozent der Kosten.

Bereits 2019 haben wir die Überdachung von Parkplätzen beantragt. Dies wurde in einer Musterberechnung damals allerdings als unwirtschaftlich bewertet. Seitdem hat sich viel geändert und die Stromgestehungskosten konventioneller Energieträger sind stark gestiegen, während Strom aus Photovoltaik billiger wurde.

Durch die zusätzliche Nutzung von Fördermitteln des Landes ist die Wirtschaftlichkeit solcher Anlagen sehr wahrscheinlich.



Dr. Pfeiffer, Koch, Klant und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Naherholung näherbringen: Lebendige Landschaftsparks am Fluss

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, ab 2025 jährlich den „Tag der lebendigen Flusslandschaft“ zu veranstalten, um die an Flüssen liegenden Bereiche des Landschaftsparks in der Region und das Projekt „Adressen am Fluss“ stärker in den Blickpunkt der Menschen in der Region zu rücken.

- In den Teilen des Landschaftsparks entlang der Flüsse sollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen interessante Informationen über das Landschaftsparkmodell angeboten und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden über den ökologischen Wert der Landschaftsparks berichtet werden.
- Die Neckar-Kommunen im Projekt „Adressen am Fluss“ sollen dabei eingeladen werden, ein abwechslungsreiches Programm aus Kultur, Musik, Sport und Mitmachaktionen anzubieten.

Begründung:

Über den Beitrag der Naherholung zur Zufriedenheit der Bevölkerung und als Standortfaktor wurde auf der Regionalversammlung im September berichtet.

Flüsse besitzen dabei eine hohe Naherholungsfunktion für die Menschen einer Region. Überall dort, wo Flüsse erlebbar sind, besteht eine hohe Naherholungsqualität, unabhängig von der Größe der Kommunen am Fluss.

Die Region Stuttgart hat bei Flüssen noch Nachholbedarf, vor allem entlang des Neckars. In den letzten Jahren wurde aber in Bezug auf die Erlebbarkeit schon viel erreicht (Zugwiesen, Neckarstrand, Fahrradwege), dennoch spielen die Flüsse bei den Menschen in der Region eine noch geringere Rolle in der Naherholung als anderswo. Deshalb sollen die Flüsse und Projekte (Landschaftsparkmodell, „Adressen am Fluss“) noch stärker ins Bewusstsein gerückt werden.

Hierzu kann ein Tag „Lebendige Flusslandschaften“ beitragen. So könnte durch die Mitarbeit von Vereinen, Organisationen, Ämtern, Verbänden und Schulen jede Menge Attraktionen geboten werden, die die Menschen vor Ort locken. Dabei könnte auch das Erkunden der Flüsse in der Region als Erholungsgebiet zu Fuß, per Rad oder Schiff ermöglicht werden.

Es sollen auch alle Kommunen an den Flüssen, die keinen Landschaftspark auf ihrem Gemeindegebiet haben oder bei den „Adressen am Fluss“ mitarbeiten, zur Beteiligung eingeladen werden.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Pfeiffer', with a stylized flourish at the end.

Dr. Pfeiffer, Schmid, Klamt und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Entsorgung und Wiederverwendung mineralischer Abfälle und Bodenaushub

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,

1. zu berichten, wie der Verband die Entsorgungssicherheit für die genannten Abfälle bzw. den Bodenaushub sicherstellen wird und welche Entscheidungen in welchem Zeithorizont erforderlich werden,
2. zu berichten, durch welche Maßnahmen Wiederaufbereitung und Wiederverwertung in den Entsorgungsauftrag stärker einbezogen werden können und welche neuen technischen Lösungen dies unterstützen können. Insbesondere, inwieweit digitale Plattformen zur Organisation eines Zusammenwirkens zwischen Abgebern und Nutzern zur Verfügung stehen und ob diese ggf. vom Verband in seine Entsorgungsaufgabe einbezogen werden könnten.

Begründung:

Der Verband Region Stuttgart ist Entsorgungsträger für mineralische Abfälle und Bodenaushub bestimmter Deponieklassen. Er kann dies eigenständig oder durch Beauftragung erledigen.

Die Sicherung und Entwicklung von entsprechenden Deponieflächen werden zunehmend schwieriger, weshalb die Entsorgungsträgerschaft zunehmend auch unter dem Gesichtspunkt Wiederaufbereitung und Wiederverwertung gesehen werden muss. Oftmals könnte insbesondere Bodenaushub an anderer Stelle eingebaut werden, wenn Abgeber und Suchender voneinander wüssten.



Dr. Pfeiffer, Schmid und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Klimaneutralität: Was kann die Region tun?

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,

1. darzustellen, welche vom Verband Region Stuttgart beschlossenen Maßnahmen und Aktivitäten bereits bisher einen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität leisten,
2. darzulegen, welche Spielräume sich im Rahmen der vom Verbandsgesetz zugewiesenen Aufgaben dem Verband Region Stuttgart darüber hinaus bieten, um einen weitergehenden Beitrag zur Klimaneutralität zu leisten.

Begründung:

Die Regionalversammlung unterstützt schon bisher im Rahmen ihrer gesetzlich zugewiesenen Aufgaben die Bestrebungen der Kommunen in der Region, durch konkrete Maßnahmen klimaneutral zu werden und trägt insbesondere durch

- die Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Stärkung erneuerbarer Energien,
- die vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV,
- die Entwicklung eines Landschaftsparks und
- die Sicherung der Grünzüge

dazu bei, die klimapolitischen Ziele der europäischen Union, des Bundes und der Länder zu erreichen.



Dr. Pfeiffer, Schmid, Klamt und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Terrassierte Mauerweinberge erhalten

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit die terrassierten Mauerweinberge (Steillagenflächen) verstärkt in das Programm Landschaftspark einbezogen werden können.

Begründung:

Die Steillagenweinberge sind ein prägender Teil unserer regionalen Kulturlandschaft, insbesondere in den Flusstälern. Sie leisten einen besonderen Beitrag zur Vielfalt der Erholungslandschaften im Ballungsraum und sind unverzichtbarer Teil unseres Heimat-, Kultur- und Naturerbes.

Aufgrund der aufwändigen Bewirtschaftung und hohen Unterhaltskosten fallen immer mehr Terrassenweinberge aus der landwirtschaftlichen Nutzung und verbuschen. Viele Weinberghäuschen verfallen.

Land und EU haben zum Erhalt der Terrassenweinberge Förderprogramme aufgelegt. Aber auch der Verband Region Stuttgart könnte im Rahmen des Landschaftsparkprogramms den Erhalt dieser Kultur- und Erholungslandschaft unterstützen und fördern.



Dr. Pfeiffer, Schmid und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

S-Bahn-Ausbau mitdenken: Abstellkapazitäten sichern

Antrag:

Die Verbandsverwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit unseren Partnern zu erarbeiten, welche Abstellkapazitäten notwendig werden, um die verschiedenen angedachten Leistungsausweitungen auf der S-Bahn, die in der Regel mit einem entsprechenden Fahrzeugmehrbedarf einhergehend, realisieren zu können.

Begründung:

Der Verband Region Stuttgart denkt zurecht über die Ausweitung des Leistungsangebots der S-Bahn nach. In der Regel gehen solche Leistungsangebotssteigerungen mit einem entsprechenden Fahrzeugmehrbedarf einher.

Um diese letztendlich realisieren zu können, sind auch entsprechende Abstellflächen für die zusätzlichen S-Bahn-Fahrzeuge notwendig. Es ist daher erforderlich, dass der Verband Region Stuttgart in Abstimmung mit den Partnern den entsprechenden Bedarf erhebt und Maßnahmen ergreift, damit die entsprechenden Flächen künftig auch verfügbar bzw. planerisch gesichert sind.

Insbesondere im Zuge der zu erwartenden Neuausschreibung der S-Bahn-Leistungen in der kommenden Legislaturperiode sind Angaben über solche Standorte eine wichtige Basis, um ein offenes Verfahren für die Ausschreibung sicher zu stellen.



Dr. Pfeiffer, Ganske, Noe und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Schienengebundener Ersatzverkehr 2025 für die Panoramabahn

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, im Hinblick auf die Stammstreckensperrung 2025 und der fehlenden alternativen Nutzungsmöglichkeit der Panoramabahn in Zusammenarbeit mit der SSB eine direkte Stadtbahnverbindung Vaihingen - Hauptbahnhof zu prüfen.

Begründung:

Während der Stammstreckensperrung 2025 gibt es keine Alternativverbindung über die Panoramabahn zwischen Vaihingen und dem Hauptbahnhof. Die bisherigen Ersatzverkehre der Stadtbahn (U34) verkehren bisher von Vaihingen über Rotebühlplatz (Stadtmitte) in Richtung Vogelsang. Somit ist auch durch diese Stadtbahnverbindung keine umsteigefreie Verbindung von Vaihingen zum Hauptbahnhof möglich. Die neue U1 wird nur von Heslach aus über den Hauptbahnhof verkehren, sodass die neue U14 von Vaihingen aus über Charlottenplatz auch keine umsteigefreie Verbindung bieten kann.

Nach dem Neubau der Stadtbahnverbindungskurve Hauptbahnhof - Staatsgalerie steht in diesem Abschnitt in Tunnellage auch ein Abstell- bzw. Wendegleis zur Verfügung. Somit wäre technisch gesehen eine Stadtbahnverbindung zwischen Vaihingen und Hauptbahnhof möglich und es würde dadurch eine umsteigefreie Verbindung auf der Schiene geschaffen, die komfortmäßig den Busverkehr schlägt und stauunabhängig ist.



Dr. Pfeiffer, Ganske, Klamt und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Subjektive Sicherheit der S-Bahn-Fahrgäste in den Zügen und an den Stationen deutlich erhöhen

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,

1. Auskunft beim Betreiber der S-Bahn Stuttgart darüber einzuholen, welcher Erfüllungsgrad beim vertraglich vereinbarten Einsatz des Sicherheitspersonals in den Zügen und den Stationen der S-Bahn Stuttgart per 30.09.2023 erreicht wurde,
2. den Antrag der CDU/ÖDP-Regionalfraktion vom 9. Oktober 2020 wieder aufzunehmen, um das subjektive Sicherheitsgefühl in den Zügen und den Stationen der S-Bahn Stuttgart deutlich zu erhöhen,
3. die Verdoppelung des Einsatzes des Sicherheitspersonals in den Zügen in der Zeit von 20:00 Uhr bis Betriebsende in den S-Bahn-Zügen gegenüber heute umzusetzen,
4. eine deutlich sichtbare Verstärkung des Sicherheitspersonals auf den bekannten Brennpunkt-Station der S-Bahn Stuttgart in Angriff zu nehmen,
5. die Reinigungsfrequenz in den visiblen Stationen der S-Bahn Stuttgart als additiven Beitrag zu einem deutlich verbesserten subjektiven Sicherheitsgefühl zu erhöhen.

Begründung:

Die rückläufigen Fahrgastzahlen sind auch auf den nicht zu vernachlässigenden Aspekt des subjektiven Sicherheitsgefühls in den Zügen und auf den Stationen der S-Bahn Stuttgart zurückzuführen.

Um sich Fahrgästen auch bei Großveranstaltungen, an Wochenenden sowie für Abendveranstaltungen in der Woche den als attraktives und sicheres Verkehrsmittel zu präsentieren, bedarf es dringend der Erhöhung der Sicherheit für den Fahrgast. Dazu dienen die o.g. Vorschläge.

Sowohl deren Wirkung als auch deren Umsetzung fordern wir, damit die S-Bahn Stuttgart in der Region Stuttgart weiterhin ein leistungsfähiges und sicheres Verkehrsmittel bleibt.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Pfeiffer', with a stylized flourish at the end.

Dr. Pfeiffer, Ganske, I. Koch, Stumpp MdB und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Der Fahrgast im Fokus: Innovationen ermöglichen Leistungsausbau

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die technische Spezifikation für eine Ausrüstung von S-Bahn-Fahrzeugen in einem offenen System mit ATO GoA4 durch Industrie- und Eisenbahnverkehrsunternehmen in den nächsten Jahren schnellstmöglich erarbeitet wird.

Begründung:

Die aktuelle Misere mit fehlenden Triebfahrzeugführern und den damit verbundenen Einschränkungen für das aktuelle Leistungsangebot auf der S-Bahn hat aufgezeigt, dass für die künftigen Verkehre und notwendigen Leistungsausweitungen ein limitierender Faktor insbesondere auch in der Verfügbarkeit geeigneten Personals besteht.

Schon heute herrscht in vielen Branchen Fachkräftemängel. In Anbetracht der demografischen Entwicklung dürfte dieser sich in der Zukunft noch deutlich verschärfen. Von daher ist zu erwarten, dass trotz aller Anstrengung seitens der Verkehrsunternehmen auch die Zahl der verfügbaren Triebfahrzeugführer weiterhin ein limitierender Faktor bleiben wird.

Einen guten Lösungsansatz sehen wir mittelfristig im automatisierten Fahren mit der Zielsetzung, letztendlich vollautomatischen, fahrerlosen Verkehr auf der S-Bahn zu ermöglichen.

Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass dies in einem offenen System, also ohne Einzäunung der Strecken und Bahnsteige, möglich ist.

Eine solche Automatisierung, ATO GoA4, bedarf eine spezifische Ausrüstung der S-Bahn-Fahrzeuge. Diese Spezifikation liegt seitens der Industrie und der Eisenbahnverkehrsunternehmen bis dato nicht vor.

Nachdem der Verband der Region Stuttgart aller Voraussicht nach in der nächsten Legislaturperiode an die Neuausschreibung der S-Bahn-Leistung geht und dabei auch die Spezifikation der Fahrzeuge definiert werden muss, ist es dringend geboten, seitens des Verbands mit der Industrie und den EVU's Gespräche zu führen mit dem Ziel, eine entsprechende technische Spezifikation zu erhalten, die eine Ausrüstung bzw. Möglichkeit zur Nachrüstung der künftigen Fahrzeuge auf der S-Bahn Stuttgart ermöglicht.

Mit dem digitalen Schienenknoten Stuttgart und der Einführung von ETCS ist die Region Vorreiterin in Deutschland. Diese Vorreiterrolle könnte die Region auch beim Thema automatisiertem Fahren einnehmen und damit ihren Anspruch als führende Mobilitätsregion unterstreichen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Pfeiffer', with a stylized, cursive script.

Dr. Pfeiffer, Ganske und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Mobilitätsdrehscheibe Stuttgart Flughafen Fernbahnhof

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, die Intermodalität aller Verkehrsmittel an der Verkehrsdrehscheibe Stuttgart Flughafen/Messe zu verbessern und die Attraktivität des Verkehrsmittels „Rad“ durch ergänzenden Infrastrukturausbau (Radwege, Fahrradabstellanlagen einschließlich Ladestellen) zu steigern.

Für die Radwegeanbindungen von und zur Verkehrsdrehscheibe Stuttgart Flughafen/Messe müssen Lösungsansätze aufgezeigt werden. Außerdem müssen die bestehenden Lücken in der Radwegeführung von Fern- und Regionalbahn, S-Bahn und Stadtbahn innerhalb der Verkehrsdrehscheibe Stuttgart Flughafen/Messe geschlossen und das Radwegekonzept vervollständigt werden. Dabei geht es nicht allein um einen Infrastrukturausbau, sondern auch um eine bessere Ausschilderung und Lenkung des Verkehrsmittels „Rad“.

Begründung:

Das Rad ist nicht nur im Freizeittourismus fester Bestandteil der Mobilitätskette, sondern hat auch bei Berufspendlern gerade auf den Fildern an Attraktivität gewonnen. Die Fahrradabstellanlage am neuen Stadtbahn-Haltepunkt „Stadionstraße“ ist dafür ein sichtbarer Beweis.

Hinzu werden zunehmend Bahnreisende mit Rad kommen, sobald im Rahmen von S21 der neue Bahnhof „Stuttgart Flughafen Fernbahnhof“ eröffnet ist. Der neue Bahnhof bietet eine Alternative zum Stuttgarter Hauptbahnhof.

Während die Radwegekonzeption des Landkreises Esslingen nur den Weg auf den Fildern sowie von und zur Verkehrsdrehscheibe Stuttgart Flughafen/Messe beschreibt, fehlt die durchgängige Wegeführung innerhalb der Verkehrsdrehscheibe sowie die gezielte

Anbindung in Richtung Landeshauptstadt Stuttgart. Diese Defizite gilt es zeitnah zu beseitigen. Kurzfristig kann dies z.B. durch eine verbesserte Ausschilderung und Lenkung der Radverkehre erfolgen. Langfristig gilt es den Ausbaubedarf innerhalb der Mobilitätsdrehscheibe in Richtung Landeshauptstadt festzustellen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Pfeiffer', with a stylized flourish at the end.

Dr. Pfeiffer, Ganske, I. Koch, Rady und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Besseres Management zum Wohle der Fahrgäste

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, einen runden Tisch mit verschiedenen im Nahverkehr vertretenen Unternehmen und im regionalen ÖPNV tätigen Institutionen bzw. Kommunen zu initiieren, um über eine gemeinsame Einsatzzentrale zur besseren Abstimmung bei Störungen zu sprechen und die bessere Vernetzung im Sinne einer integrierten Planung des ÖPNV-Gesamtsystems zu steuern.

Begründung:

Einerseits sollen Fahrgäste so bei Störungen schneller und effizienter als heute informiert werden können und Verkehrsunternehmen könnten rascher reagieren und Gegenmaßnahmen einleiten.

Die Vernetzung des ÖPNV-Gesamtsystems in der Region erfordert mehr als nur die Einbindung des VVS und einzelner Verkehrsunternehmen. Die Verknüpfung mit Auto-, Rad- und Fußverkehr muss noch stärker gefördert werden. Deshalb sind auch Kommunen zu beteiligen.



Dr. Pfeiffer, Ganske und Fraktion

CDU/ÖDP-Fraktion im VRS · Kronenstr. 25 · 70174 Stuttgart

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

CDU/ÖDP-Regionalfraktion
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 229 4363
Telefax (0711) 226 64863
info@cdu-region-stuttgart.de

30.09.2023

Regionale Radwege koordinieren

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, über die Arbeiten am Klimamobilitätsplan im Landkreis Ludwigsburg und in der LHS und dabei insbesondere über die Maßnahmenbündel zur Verbesserung des überörtlichen Radwegenetzes zu berichten. Dabei soll das Hauptaugenmerk auf Radwegprojekte gelegt werden, die über die Landkreisgrenzen innerhalb der Region hinausgehen und wo möglicherweise Koordinationsbedarf besteht.

Außerdem soll berichtet werden, ob auch in den anderen Landkreisen ähnliche Projekte geplant sind.

Begründung:

Radwegenetze sind nicht die eigentliche Aufgabe der Region. Hier sind Kommunen, Landkreise und das Land gefragt. Allerdings ist der Ausbau des Radwegenetzes auch für die Region von großer Bedeutung, da es Teil des Mobilitätsverbunds ist. Deshalb ist es für die Region zumindest wichtig, dass es auch eine koordinierte Planung über die Landkreisgrenzen hinweg gibt. Aus diesem Grund beantragen wir einen Bericht über die aktuellen Ausbauplanungen im Rahmen des Klimamobilitätsplans.



Dr. Pfeiffer, Ganske, Klamt und Fraktion



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Flächen zur Weiterentwicklung der S-Bahn sicherstellen

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Verfahren zur Ermittlung der benötigten Flächen für den weiteren Ausbau der S-Bahn Stuttgart jenseits von Plochingen für Werkstatt- und Abstellkapazitäten einzuleiten. Des Weiteren soll sie darlegen, wie diese Flächen planerisch abgesichert werden können.

Begründung:

Der Betrieb der S-Bahn im Großraum Stuttgart ist eine Pflichtaufgabe des Verband Region Stuttgart. Um die Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung der Region erfüllen zu können, müssen die Fahrzeugkapazitäten für zusätzliche Linien, Verlängerungen und Taktverdichtungen derzeit und auch zukünftig ausgebaut werden. Dafür werden zusätzliche Werkstattkapazitäten und Abstellflächen benötigt.

Eine von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebene Studie des Verkehrswissenschaftlichen Instituts Stuttgart GmbH (VWI) weist darauf hin, dass die Kapazitäten des S-Bahn-Werkes in Plochingen perspektivisch nicht ausreichen werden und der bestehende Standort auch aus städtebaulichen Gründen nicht erweitert werden kann. Zudem werden perspektivisch zusätzliche Abstellflächen für den Fahrzeugbestand benötigt.

Um die S-Bahn-Stuttgart weiterentwickeln zu können, ist es also planerisch notwendig, einen oder mehrere mögliche Standorte zu identifizieren und zu sichern. Erst wenn diese Erfordernisse erfüllt werden, kann die S-Bahn Stuttgart auch langfristig ihrem Anspruch als Rückgrat des ÖPNV in der Region Stuttgart gerecht werden.

Für die Fraktion

Leo Buchholz, Philipp Buchholz,
Michael Lateier, Dorothee Kraus-Prause, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Anlaufstelle für den Baustoff-Kreislauf

Antrag:

Der WRS wird im Haushalt die finanzielle Möglichkeit zur Schaffung einer Anlaufstelle zur Verfügung gestellt, die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Kommunen kompetent berät, um rasch einen funktionierenden Baustoff-Kreislauf in der Region in Gang zu bringen.

Begründung:

Wie seitens der WRS zu erfahren war, gibt es seitens der Kommunen und der KMU einen hohen Beratungsbedarf hinsichtlich des Baustoff-Kreislaufs und Baustoff-Recyclings, der bisher von deren Mitarbeiter:innen weder zeitlich noch fachlich ausreichend abgedeckt werden kann.

In der Vorlage des WIV vom 09.10.2023 zum TOP „Zirkuläres Bauen“ weisen Fachleute explizit darauf hin, dass es hinsichtlich des Zirkulären Bauens an Wissen in der Breite fehlt und es Anlaufstellen bedarf, an die sich Interessierte wenden und sich dort informieren können.

Auch bei der IBA`2027 StadtRegion Stuttgart ist Baustoff-Kreislauf/-Recycling ein wichtiges Leitziel, das jedoch nur im Rahmen der eigenen Modellprojekte verfolgt und umgesetzt werden kann. Wie uns vom IBA-Büro aktuell berichtet wurde sei der Baustoff-Kreislauf in der gesamten Region noch ein weitgehend unterbelichtetes Thema. Von daher erhalte die IBA`27 auch viele Anfragen, die sie jedoch von ihrem Budget her nicht auffangen könne, sondern sich auf den Prozess der eigenen IBA-Modellprojekte fokussieren müsse.

Für die Fraktion

Irmela-Neipp-Gereke, Ulrich Dilger, Dr. Ludger Eltrop, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Arbeitskräftemobilisierung für den Wirtschaftswandel

Antrag:

Die WRS entwickelt Leitlinien und Ansätze für eine Strategie, wie zusätzliche Arbeitskräfte für die Transformation bevorzugt aus dem Kreis von Geflüchteten mobilisiert werden können. Die WRS entwickelt hierzu vorbereitende Maßnahmen, bringt sie auf den Weg und stimmt sie mit den einschlägigen Institutionen in der Region ab. Ggf. erforderliche Ressourcen sollen beziffert werden.

Begründung:

Der Mangel an Arbeitskräften ist ein erheblicher Hemmschuh für viele Branchen und Sektoren, u.a. auch für die Umsetzung der Energiewende, die Pflege oder auch Gastronomie (siehe auch Strukturbericht). Neben anderen Gruppen sind Geflüchtete fachlich teils gut ausgebildete und einsatzbereite Arbeitskräfte. Die Bundesregierung bereitet die Möglichkeiten für eine bessere, frühzeitige und rechtlich gesicherte Beschäftigung von Geflüchteten vor.

Vor diesem Hintergrund sollen die Möglichkeiten für die Arbeitskräftemobilisierung insgesamt, aber besonders aus dem Kreis von Geflüchteten neu bewertet und mögliche Maßnahmen für ihre zügige Mobilisierung erarbeitet werden. Das Welcome-Center kann hierzu sicher aus seinen Erfahrungen wertvolle Empfehlungen beisteuern.

Für die Fraktion

Dr. Ludger Eltrop, Dr. Cleo Becker, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Veranstaltung zu Energieeffizienz und Klimaschutz von Rechenzentren

Antrag:

Die Geschäftsstelle führt eine Veranstaltung zum Thema „Energieeffizienz und Klimaschutz von Rechenzentren“ durch und leitet daraus den Bedarf für eine regionale Initiative „Nachhaltigkeit und Green IT von Rechenzentren“ ab.

Begründung:

Die Digitalisierung führt zu immer höheren Bedarfen an Energie und Ressourcen. Dies wird besonders am hohen Ausbau von Rechenleistung und Rechenzentren deutlich. In der Region Stuttgart ist der Bedarf an Rechenleistung besonders hoch (Industrie 4.0 oder „Internet der Dinge“). Gleichzeitig gibt es eine besondere Kompetenz im Bereich Nachhaltige Rechenzentren (z. B. am HLRS Uni Stuttgart oder im Bereich von Quantencomputern).

Der Klimawandel macht hier ein rasches Umdenken in Richtung Effizienz und Nachhaltigkeit erforderlich. Eine weltweite Bewegung in Richtung nachhaltiger und klimaschonender „grüner“ Rechenzentren ist erkennbar (z.B. „Green cloud digital strategy“ der EU oder „Nachhaltige Rechenzentren Baden-Württemberg“).

Vor diesem Hintergrund soll die Veranstaltung die aktuellen Möglichkeiten zur nachhaltigen Transformation von Rechenzentren aufzeigen und regionale Schwerpunkte und Handlungsfelder deutlich machen.

Für die Fraktion

Dr. Ludger Eltrop, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Entwicklung des Ökostrombezugs der S-Bahn

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt darzustellen,

1. wie sich die Preise für Ökostrom am Strommarkt und die Stromkosten für die S-Bahn seit der Ablehnung im Verkehrsausschuss entwickelt haben und wie sich diese auf die vom Verband zu leistenden Zahlungen auswirken,
2. wie sich der Strommix für die S-Bahn in den vergangenen Jahren darstellt,
3. welche Strategie vom Verband Region Stuttgart bzgl. des Strombezugs der S-Bahn verfolgt wird,
4. welche Strategie von der Deutschen Bahn bzgl. des Bahnstrommixes verfolgt wird.

Begründung:

Mit dem Angebot, die S-Bahn auf Ökostrom umstellen zu können, hatte die Regionalversammlung die Chance, diesen für einen gewissen Zeitraum zu einem Festpreis zu beziehen. Seit der Ablehnung der Umstellung kam es zu starken Bewegungen auf dem Strommarkt. Daher bitten wir um Auskunft, wie sich diese Entwicklungen auf die S-Bahn auswirken und wie das Ziel, die S-Bahn auf Ökostrom umzustellen, vom Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn weiterverfolgt wird.

Für die Fraktion

Philipp Buchholz, Michael Lateier, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Freiflächenphotovoltaik und Landwirtschaft

Antrag:

Die Verwaltung bietet eine Informationsveranstaltung an - möglicherweise auch als „Treffpunkt Klimaschutz“ in Kooperation mit der Wirtschaftsregion -, bei der unterschiedliche Modelle einer Doppelnutzung geeigneter Flächen für Energieerzeugung und landwirtschaftliche Bewirtschaftung (Agri-PV) vorgestellt werden.

Begründung:

Neben der Solaroffensive auf Dächern soll auch das Freiflächenpotential in der Region ausgeschöpft werden. Dabei tritt landwirtschaftliche Nutzung häufig in Konkurrenz zur Energienutzung. Die Chancen einer Doppelnutzung geraten immer mehr ins Blickfeld. Die konkrete Umsetzung ist abhängig von unterschiedlichen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsformen und verlangt differenzierte energietechnische Voraussetzungen und Ausführungen. Eine Kenntnis der derzeitigen Möglichkeiten auf dem Sektor Agri-PV würde die Arbeit im Planungsausschuss qualifizieren.

Für die Fraktion

Dorothee Kraus-Prause, Dr. Ludger Eltrop, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Jungen Menschen die Region nahebringen

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, durch welche bereits laufenden Maßnahmen, die sich speziell an Jugendliche und junge Erwachsene richten, die Arbeit und die Aufgaben des Verband Region Stuttgart kommuniziert werden und darzustellen, wie aktuell verwaltungsin-tern bewertet wird, inwieweit nicht-akademische Bevölkerungsschichten zurzeit durch die Kommunikation erreicht werden.

Ziel soll sein, die Bekanntheit der Regionalversammlung, auch im Sinne der immer wichtiger werdenden Demokratiebildung, unter jungen Menschen zu steigern, die Verbundenheit mit der Region Stuttgart zu fördern und ein Verständnis für die Aufgaben und das Wahlsystem der Regionalversammlung zu vermitteln.

Begründung:

Das Erstarken nicht-demokratischer Parteien sowie immer weiter polarisierende Entscheidungen bei kommunalen Großprojekten machen deutlich, dass politische Bildung nicht bei der kommunalen Ebene halt machen darf. Auch die eigene Bevölkerungsumfrage attestiert uns, dass die Bekanntheit des Verband Region Stuttgart sowie seiner Aufgaben noch zu wünschen übriglässt.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage zeigen auch, dass insbesondere bei jungen Men-schen die Verbundenheit mit der Region Stuttgart gering ausgeprägt ist und der Verband Re-gion Stuttgart nur wenigen bekannt ist.

Für die Fraktion

Leo Buchholz, Dr. Ludger Eltrop, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober. 2023

Laser-Installation als authentische Landmarke für das Jubiläum 30 Jahre VRS

Antrag:

Die Geschäftsstelle prüft die Aufstellung und den Einsatz der Laser-Installation der Firma Trumpf als besonders herausragende Landmarke/Sehenswürdigkeit (landmark) für das 30-jährige Jubiläum des VRS 2024.

Begründung:

Mit dem (grünen) Laser hat die Firma Trumpf ein einzigartiges Technologieprodukt entwickelt, das weltweit als besonders innovativ gilt und bei einem firmeninternen Einsatz auch bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte.

Der Laser ist einzigartig, es gibt keinen stärkeren! Er ist 80 km weit und so fast von jedem Standort in der Region Stuttgart sichtbar. Aber er benötigt nur 3 kW Leistung - weniger als ein Wasserkocher – und ist somit sehr energieeffizient.

Der grüne Laser verkörpert die Region Stuttgart in einzigartiger Weise: Das Familienunternehmen Trumpf ist in Stuttgart gewachsen, in Ditzingen ansässig, aber weltweit Marktführer (u.a. im Bereich Lasertechnik). Der Laser kommt u.a. für die Herstellung von Batterien für die Elektromobilität zum Einsatz und steht für den Hochtechnologiestandort Region Stuttgart. Sowohl hohe Umwelt- als auch Sicherheitsstandards machen den Einsatz des Lasers attraktiv. So schaltet eine kleine Radaranlage den Laser bei herannahenden Flugzeugen aus. Bei zeitlich begrenztem täglichem Einsatz sind die Auswirkungen auf die Tierwelt gering. Für den Einsatz soll ein Konzept erarbeitet werden, das die Stärken der Region Stuttgart in besonderer Weise hervorhebt, nachhaltig ist und ggf. auch als Anschauungsobjekt mit einer Ausstellung für die gesamte Bevölkerung der Region verfügbar gemacht wird.

Für die Fraktion

Philipp Buchholz, Dr. Ludger Eltrop, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Nachhaltiges Bauen – regionale Förderung erweitern

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, regionale Programme zur (Ko-)Finanzierung von kommunalen Vorhaben durch Förderkriterien für mehr Nachhaltigkeit zu ergänzen. Diese sollen die Minimierung von Primärrohstoffen zum Ziel haben und den Einsatz von mineralischen Recyclingbaustoffen einfordern.

Begründung:

Diskussionen und Verfahren zur Sicherung von Rohstoffen aus den zurückliegenden Jahren haben erneut gezeigt, dass die Förderung von Recyclingrohstoffen und die Vermeidung von geologischen Primärrohstoffen elementar sind, um die Erschließung von neuen Steinbruch-Standorten und die damit einhergehenden Belastungen für Anwohner und Landschaft zu minimieren. Zusätzlich ist der Einsatz von Primärrohstoffen energetisch aufwendig und muss zur Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele stark reduziert werden.

In diesem Prozess ist die öffentliche Hand durch ihr in Summe enormes Auftragsvolumen ein entscheidender Akteur. Die Nachfrage nach Recyclingbaustoffe muss sich im kommunalen Bereich erhöhen, um den gesamten Wirtschaftszweig zu fördern und damit in der Konsequenz Umwelt und Bevölkerung zu schonen.

Auch der VRS sollte hier in dem ihm möglichen Bereich, z.B. bei Bauten im Landschaftspark, tätig werden und die Förderung aller öffentlichen Investitionen durch den VRS an die Reduktion des Einsatzes von Primärrohstoffen koppeln.

Für die Fraktion

Dr. Angela Brück, Leo Buchholz, Dorothee Kraus-Prause, Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Neuausschreibung S-Bahn-Vertrag in den Blick nehmen

Antrag:

Im Vorgriff auf die Ausschreibung der S-Bahn Stuttgart wird die Verwaltung beauftragt,

1. zu berichten, wo derzeit oder in naher Zukunft eine vergleichbare Ausschreibung erfolgt.
2. zu berichten, welche Fahrzeugtypen im S-Bahnnetz einsetzbar sind
3. und welche Anbieter in absehbarer Zeit ein entsprechendes Fahrzeug im Angebot hätten.
4. zu prüfen, ob eine gemeinsame oder zumindest eine konfigurationsgleiche Fahrzeugbeschaffung möglich und vorteilhaft ist; dabei ist insbesondere die S-Bahn-Rhein-Main/Frankfurt zu berücksichtigen.

Begründung:

Der S-Bahn-Vertrag steht in absehbarer Zeit vor einer Neuausschreibung. Ein wesentliches Qualitätsmerkmal der S-Bahn sind dabei die eingesetzten „Beförderungsgefäße“ (aka S-Bahn-Fahrzeuge). Die derzeit eingesetzten Fahrzeuge beruhen in ihrer Grundkonstruktion auf der Entwicklung aus den 1970'er Jahren.

Die entsprechenden Fahrzeuge, wie sie auch in Stuttgart eingesetzt werden können, werden derzeit noch in Köln, München und Frankfurt eingesetzt. Trotz eines entsprechenden Einsatzes wurde beim Re-Design und bei den entsprechenden Nachbestellungen deutlich, dass jede auch noch so geringfügige Änderung zu langwierigen Fahrzeugausfällen oder Genehmigungsprozessen führt. Die Neu-Entwicklung und Zulassung von Fahrzeugen im Eisenbahnverkehr ist daher nicht nur kostspielig, sondern auch an bestimmte Zeitfenster gebunden. Eine „gemeinsame“ Beschaffung (Bestellmenge/Stückzahl) kann daher zum einen zu einem günstigeren Preis aber auch zu mehr Effizienz bei Entwicklungsaufwand und Inbetriebnahme (Genehmigung durch EBA) führen.

Unabhängig von der konkreten Fahrzeugkonfiguration könnte ein Erfahrungsaustausch mit anderen Besteller/innen von S-Bahn-Fahrzeugen, insbesondere der S-Bahn München und Köln, wertvolle Informationen im Vorfeld der anstehenden S-Bahn-Ausschreibung liefern.

Für die Fraktion

Michael Lateier, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Regionale Wasserstrategie für die Region Stuttgart

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt die Rahmenbedingungen - Inhalte, Vorgehensweise, Zeit- und Budgetplan, etc. - für eine regionale Wasserstrategie für die Region Stuttgart auszuarbeiten. Dies sollte in enger Abstimmung u.a. mit den teilnehmenden Partner:innen des Dialogforums Wasser und anderer hierfür wichtiger Institutionen wie dem UM BW erfolgen. Es soll auch dargestellt werden, welche Mittel für die Erstellung der Strategie ggf. erforderlich sind.

Begründung:

Der fortschreitende Klimawandel führt zu erheblichen Problemen und Herausforderungen in der Wasserversorgung und Wasserversorgungssicherheit. Dürre, Trockenperioden, Starkregen und Wetteranomalien haben durch die Großräumigkeit der Wassereinzugsgebiete und Wasserversorgungsinfrastruktur eine regionale Dimension und verursachen sowohl in Quantität als auch in Qualität erhebliche neue Risiken.

Die Region Stuttgart hängt in erheblichem Maße von der Wasserversorgung aus dem Bodensee ab. Die Absichten der bayerischen Landesregierung, eine neue Wasser-Pipeline vom Bodensee bis nach Nordfranken aufzubauen, werfen ein Schlaglicht auf den neuen „Kampf ums Wasser“. Sowohl international (z.B. EU) als auch in Bund und Ländern wurden aktuell Wasser- oder Wassermangelstrategien (BW) entworfen. Vor diesem Hintergrund soll eine regionale Wasserstrategie kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven einer nachhaltigen Wasserversorgung und eines nachhaltigen Wassermanagements darstellen und mögliche Handlungsperspektiven aufzeigen.

Für die Fraktion

Dr. Cleo Becker, Dr. Ludger Eltrop, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

S62 neu denken

Antrag:

Die Verwaltung nimmt mit dem Land Gespräche auf, um die S62 zukünftig auch als „normale“ Verstärker-S-Bahn - ohne Auslassung einzelner Haltestellen - einsetzen zu können.

Begründung:

Die Zukunftsplanung zum Ausbau des öffentlichen Schienennahverkehrs im nordwestlichen Bereich der S-Bahn Stuttgart geht über das aktuelle Betriebskonzept der S-Bahnlinie S62 und den Streckenabschnitt Weil der Stadt – Zuffenhausen/Feuerbach hinaus. Für den zukünftigen Einsatz der S62 sollte daher die aktuell mit dem Land vertraglich fixierte „Express“-Bedienung entfallen.

Für die Fraktion

Michael Lateier, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Schiene und Wohnungsbau verknüpfen - Neue Entwicklungsachsen an Nebenbahnen und der S-Bahn-Verlängerung

Antrag:

Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, im Rahmen einer Untersuchung entlang der Nebenbahnen, aber auch entlang des Korridors der S2-Verlängerung, Siedlungsachsen zu identifizieren und ein Regionalplanänderungsverfahren vorzubereiten.

Begründung:

Im Regionalplan werden planerische Entwicklungsachsen unserer Region definiert, die festlegen, wo Entwicklung von Wohnraum verstärkt stattfinden soll und wo die Schieneninfrastruktur einer zunehmenden Bevölkerung den Zugang zu einer umweltfreundlichen Mobilität ermöglicht.

Im März 2022 hatte die Regionalversammlung beschlossen, die Gemeinden entlang der neu geschaffenen Verbindung der S4 zwischen Marbach/Neckar und Backnang zu Gemeinden im Siedlungsbereich aufzuwerten. Damit trug die Regionalversammlung der verbesserten Anbindung dieser Kommunen an den Schienenverkehr Rechnung. Die entsprechenden Kommunen haben nun die Möglichkeit mehr Fläche für Wohnbebauung auszuweisen, sind aber gleichzeitig verpflichtet höhere Dichtewerte bei Wohnbebauung einzuhalten.

Mit Fertigstellung der Verlängerung der S2 nach Neuhausen werden wir als Regionalversammlung auch bei diesen neu hinzugekommenen S-Bahn-Halten über eine Neubewertung der Siedlungsentwicklung diskutieren müssen.

In der Region sind die Menschen aber nicht ausschließlich durch S-Bahn-Verbindungen mobil, sondern auch durch andere Schienenstrecken, wie z.B. die Schönbuch- und die Strohgäubahn, die aus Landkreismitteln finanziert werden und wichtige Zubringer aus der Fläche in das S-Bahnnetz sind.

Für die Fraktion

Leo Buchholz, Angie Weber-Streibl, Dorothee Kraus-Prause, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Verstetigung und Langfristfinanzierung Q-Guide

Antrag:

Die Region ermittelt den Mittelbedarf und die Möglichkeiten einer Verstetigung und längerfristigen Finanzierung für die Qualifizierungsinitiative Q-Guide. Hierzu sollen sowohl eine Fremdfinanzierung (Akquisition Projektmittel) als auch eine Eigenfinanzierung in Betracht gezogen werden.

Begründung:

Der Q-Guide ist eine überaus wertvolle Initiative eines breiten Weiterbildungsverbundes zur Qualifikation von Fachkräften unter der Führung der WRS. Die Projektmittel laufen jedoch aus. Eine Finanzierung aus dem Haushalt 2024 erscheint lediglich als Übergangslösung. Die Q-Guide-Initiative ist jedoch über 2024 hinaus erforderlich und sollte eine langfristige Perspektive bekommen. Hierfür werden ein Konzept erstellt und mögliche Finanzierungsquellen identifiziert.

Für die Fraktion

Dr. Cleo Becker, Dr. Ludger Eltrop, Prof. Dr. André Reichel



Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18.Oktober.2023

Zukunftskonzept für RegioRad

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, für die Zeit nach Ablauf der aktuellen Ausschreibung im November 2026 ein zukunftsfähiges Konzept für ein Fahrradverleihsystem in der Region Stuttgart zu erarbeiten. Hierzu sollen Best Practice Beispiele aus vergleichbaren Regionen herangezogen werden.

Begründung:

Fahrradverleihsysteme haben sich mittlerweile weltweit als Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs etabliert. Mit dem Ende des aktuellen Ausschreibungszeitraums gilt es die Weichen für ein zukünftiges Fahrradverleihsystem neu zu stellen. Hierzu soll die Verwaltung Best Practice Beispiele aus vergleichbaren Regionen u.a. auf folgende Kriterien beleuchten: Tarifgestaltung, Free-floating-Bereiche, Stationsarten, Fahrrad- und Stationsanzahl, Fahrradausstattung, bauliche Ausführung der Stationen, Personalsituation, Betreiber (öffentlich, privat).

Für die Fraktion

Philipp Buchholz, Michael Lateier, Prof. Dr. André Reichel

Antrag zum Haushaltsplan 2024

Fraktionsgeschäftsstelle
Kronenstr. 25
70174 Stuttgart

T +49 (0) 711 226 30 10
F +49 (0) 711 226 23 20
info@gruene-vrs.de
www.gruene-vrs.de

18. Oktober 2023

Zuverlässige S-Bahn

Antrag:

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

1. für das Qualitätsmanagement mit der DB Regio S-Bahn GmbH und der DB Netz AG eine Stelle zu schaffen. Mittels eines Vier-Augen-Prinzips sollen beim Störungsmanagement und bei der Erstellung und Überwachung des Schienenersatzverkehrs die Interessen des Aufgabenträgers vertreten werden.
2. zu prüfen, einen Reservezug mit Bereitschaftspersonal zu bestellen, der in der Wendeschleife Schwabstraße positioniert wird und auf betriebliche Störfälle reagieren kann.
3. im Dialog mit den SSB die Lichtsignalanlagen auf dem Abschnitt Heslach - Vaihingen auf 80m Züge umzurüsten, damit bei Stammstreckensperrungen (2025) die U1 nach Vaihingen verlängert werden kann.
4. in Zusammenarbeit mit der S-Bahn Anpassungen an der Software vorzunehmen, um bei Türschließung gleichzeitig die Schiebetritte einzufahren. Ein analoges Vorgehen bei Türöffnung wäre sinnvoll.
5. zu prüfen, wie der Störungseintrag von außen ins S-Bahn-Netz reduziert werden kann. Hierzu soll dargestellt werden, wo häufig Störungen durch Personen im Gleis auftreten und in welchen Bereichen eine Einzäunung der Trassen möglich wäre.
6. den Bau von Bahnsteigtüren nach Inbetriebnahme von ETCS und ATO in den Stationen Mitnachtstraße bis Universität plus Bad Cannstatt zu prüfen.

Begründung:

Die Aufgabenträgerschaft für den S-Bahn-Verkehr ist eine der bedeutendsten Aufgaben des Verbands Region Stuttgart. Leider zeichnet sich in den vergangenen Jahren ein Negativtrend ab. „Zu behaupten, die S-Bahn Stuttgart agiere derzeit glücklos, wäre eine schamlose Untertreibung“, schreibt die Stuttgarter Zeitung am 3. Februar 2023. Insbesondere während der zahlreichen Bauphasen leidet die Qualität des S-Bahn-Betriebs und der Ersatzmaßnahmen.

(1) Mit einer Stelle beim Verband Region Stuttgart für Qualitätsmanagement wollen wir unserer Rolle als Aufgabenträger wieder gerecht werden. Durch die Implementierung eines Vier-Augen-Prinzips u.a. in den Bereichen Störungsmanagement und Schienenersatzverkehr wird eine zusätzliche Sicherheitsstufe eingeführt, die sicherstellt, dass Entscheidungen und Maßnahmen im Sinne des Aufgabenträgers und der Fahrgäste getroffen werden. Dies soll dazu beitragen, das Störungsmanagement zu optimieren und Betriebsunterbrechungen zu minimieren. Ebenso ermöglicht eine solche Stelle, die Umsetzung der Maßnahmen vor Ort zu überprüfen und Verbesserungen vornehmen zu können.

(2) Um auf betriebliche Störfälle flexibel reagieren zu können, wollen wir die Bereitstellung eines Reservezugs in der Wendeschleife Schwabstraße prüfen lassen. Dieser Zug kann schnell einsatzbereit sein und auf unvorhersehbare Störungen reagieren. Damit können die Auswirkungen auf den Fahrplan und die Pünktlichkeit reduziert werden.

(3) Der Schienenersatzverkehr bei Stammstreckensperrungen mit der U34 der SSB hat sich bewährt. Nach Einstellung der U34 und Umbau der U1 sind Anpassungen der Lichtsignalanlagen auf dem Abschnitt Heselach - Vaihingen notwendig, um die zukünftig 80m langen Züge nach Vaihingen verlängern zu können. Diese Gespräche müssen jetzt mit den SSB begonnen werden, um 2025 einen leistungsstarken Schienenersatzverkehr ohne Stammstrecke und ohne Panoramabahn anbieten zu können.

(4) Die Schiebetritte bedeuten nicht nur eine Erhöhung des Komforts, sondern auch eine Verlängerung der Fahrgastwechselzeiten. Mit dem zeitgleichen Einfahren der Schiebetritte mit der Türschließung lassen sich wertvolle Sekunden sparen. In Zusammenarbeit mit der S-Bahn und ggf. dem Hersteller sollen diese Anpassungen geprüft werden.

(5) Zahlreiche Betriebsstörungen werden durch Personen im Gleisbereich erzeugt. Die Reduzierung dieser Störungseinträge von außen ins S-Bahn-Netz ist daher von großer Bedeutung. Nach einer Analyse der Problemschwerpunkte soll eine Einzäunung der Trassen geprüft werden, wie dies bei U-Bahn Systemen Standard ist. Dies trägt nicht nur zur Vermeidung von Störungen bei, sondern erhöht auch die Sicherheit der Fahrgäste.

(6) Nachdem mit der Einführung von ETCS und ATO das genaue Halten der Züge ermöglicht wird, soll der Bau von Bahnsteigtüren in den Stationen Mitnachtstraße bis Universität plus Bad Cannstatt geprüft werden. Sie verhindern das Betreten der Gleise und minimieren das Risiko von Unfällen und Störungen.

Für die Fraktion

Philipp Buchholz, Michael Lateier, Prof. Dr. André Reichel

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky – Winnender Straße 88 – 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Thomas Bopp
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
Telefon: 0151/18048008
E-Mail: andreas.hesky@region-stuttgart.org

www.freiewaehler.de

22. Oktober 2023

Antrag 1 zum Haushalt 2024 – Reduzierter Aufwand für den Verkehrsvertrag

Antrag:

Die Verwaltung reduziert den Haushaltsansatz um die Fahrplananpassungen 2024 (Vorlage VA-308/2023) und kürzt ggf. die Verkehrsumlage entsprechend.

Begründung:

Für die Verkehrsleistungen der S-Bahn wird 2024 mit einem Aufwand von 145.840.000 € gerechnet. Tatsächlich wird die DB aus unterschiedlichen Gründen das vertragliche Programm nicht fahren. Der Aufwand für den Verkehrsvertrag ist entsprechend zu reduzieren und die Verkehrsumlage zu entlasten.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender

gez.
Bernhard Maier
Sprecher im VA

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Bernhard Maier

Wilfried Dölker (1. stv. Vorsitzender)
Wilfried Wallbrecht

Frank Buß (2. stv. Vorsitzender)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky – Winnender Straße 88 – 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Thomas Bopp
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
Telefon: 0151/18048008
E-Mail: andreas.hesky@region-stuttgart.org

www.freiewaehler.de

22. Oktober 2023

Antrag 2 zum Haushalt 2024 – Einnahmeminderung aus dem Deutschlandticket -Darstellung der Risiken-

Antrag:

Die Verwaltung berichtet über die Risiken für den Verbandshaushalt und die kommunalen Haushalte für den Fall, dass der Bund seine Ausgleichsleistungen für Einnahmeminderungen aus dem Deutschlandticket in 2023 und 2024 ff nicht erhöht.

Begründung:

Für die Einnahmeminderungen aus dem Verkauf des Deutschlandtickets erhalten die Verkehrsunternehmen auf der Basis der seit 2019 fortgeschriebenen Fahrgeldeinnahmen jeweils zu 50% Ausgleichsleistungen des Landes und des Bundes.

Ausgleichsleistungen erwartet der VRS auch für die Fahrgeldeinnahmeausfälle des 11. Nachtrags zum Verkehrsvertrag. Dies scheint noch nicht gesichert.

Genau so wenig gesichert ist die Fortführung der Ausgleichsleistungen des Bundes und der Länder über 2023 hinaus, genau so wenig wie die schon für 2023 notwendige Erhöhung auf voraussichtlich 4 Mrd. €.

Dies birgt erhebliche Risiken und Sprengstoff für die kommunalen Haushalte, sowie für die Aufrechterhaltung des Verkehrsangebots.

Dafür ist rechtzeitig und entsprechend Vorsorge zu treffen.

Unsere Befürchtungen über diesen Schnellschuss mit dem der Bund die kommunale Tarifhoheit ersetzt hat, scheinen sich in vollem Umfang zu bestätigen. Nach fünf Monaten wird deutlich, dass das Deutschlandticket nur sehr wenige Menschen neu in die öffentlichen Verkehrsmittel gebracht hat.

Zehn Millionen Fahrgäste haben eines gekauft, nicht einmal 10% sind neu in Bus oder Bahn. Auch für viele Gelegenheitsfahrer ist das Abo jetzt viel billiger als vorher.

Aber: Nur jede zwanzigste Tour mit dem Deutschlandticket ersetzt tatsächlich eine Autofahrt. Gleichzeitig wächst die Zahl der Autos in Deutschland auf einen neuen Rekord.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Bernhard Maier

Wilfried Dölker (1. stv. Vorsitzender)
Wilfried Wallbrecht

Frank Buß (2. stv. Vorsitzender)
Gerd Maisch

So war das nicht gedacht. Die Milliarden die Bund und Land dafür ausgeben sind eine Menge Geld dafür, dass sich praktisch nichts verändert.
Natürlich ist das Ticket für die Stammkunden von Bus oder Bahn eine Entlastung. Dazu braucht man allerdings kein Deutschlandticket. Wer Menschen entlasten will, soll Steuern und Abgaben senken für die Menschen die es nötig haben. Subjektförderung sagen wir dazu. Die Subventionierung eines Objekts wie des ÖPNV dagegen ist eine teure Gießkannenförderung, von der auch viele Leute profitieren, die es gar nicht nötig hätten. Objektförderung lohnt sich nur, wenn die Regierung das Verhalten der Menschen ändern möchte.

Nach diesem Maßstab ist das Deutschlandticket gescheitert.

Und die Klimabilanz? (manche haben vom Klimaticket gesprochen...)

Selbst das Verkehrsministerium hatte nur eine bescheidene Emissionsersparnis von 3 Mio. Tonnen vorhergesagt, in der Praxis werden es noch weniger sein. Damit ist das Deutschlandticket eine der teuersten Klimaschutzmaßnahmen, die man sich vorstellen kann. Jede gesparte Tonne CO2 kostet die deutschen Steuerzahler weit mehr als 1000 €. Im europäischen Emissionshandel liegt der Preis für die Vermeidung einer Tonne derzeit unter 90 €. Mit dem Geld ließe sich also ein Vielfaches der Klimawirkung erreichen, die das Deutschlandticket gebracht hat.

Das also ist das Ergebnis eines Schnellschusses, vor dem wir immer gewarnt haben. Der Bundesverkehrsminister hat mit seiner Verweigerungshaltung für eine angemessene Fortsetzung der Subventionierung möglicherweise die Problematik erkannt, es droht ein Scherbenhaufen. Wer bezahlt letztlich das entstandene Delta?

Bei Licht besehen sind die Milliarden besser aufgehoben in einer zielgenauen Entlastung der Menschen und im Ausbau des ÖPNV. Wir Freien Wähler haben immer gesagt: das Angebot muss besser werden!!! Erst danach hilft es, wenn man den Preis senkt. So lief es in Wien, wo das Billigticket erfunden wurde.

Jetzt ist es zu spät, die Erwartungshaltung ist geschaffen, die Geister die gerufen wurden, wird man nicht mehr los, die Verursacher stellen sich davon. Ein Desaster droht. Am Ende werden es die Kommunen als Aufgabenträger für den ÖPNV sein, die fehlenden Mittel zu ersetzen, um den Mindeststandard eines Verkehrsangebots aufrechtzuerhalten. Die Verkehrswende, die man erreichen wollte, sieht jedenfalls anders aus.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender

gez.
Bernhard Maier
Sprecher im VA

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Bernhard Maier

Wilfried Dölker (1. stv. Vorsitzender)
Wilfried Wallbrecht

Frank Buß (2. stv. Vorsitzender)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky – Winnender Straße 88 – 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Thomas Bopp
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
Telefon: 0151/18048008
E-Mail: andreas.hesky@region-stuttgart.org

www.freiewaehler.de

22. Oktober 2023

Antrag 3 zum Haushalt 2024 – Regio-Rad auf den Prüfstand

Antrag:

Die Verwaltung berichtet über die Fortentwicklung von Regio-Rad insbesondere die Kündigung verschiedener Kommunen und die Kosten pro Ausleihung.

Begründung:

2020 wurde im Verkehrsausschuss eine Konzeption zur Fortentwicklung von Regio-Rad beschlossen. Dazu gehört u.a. die Schaffung einer Personalstelle eines „regionalen Kümmerers“.

Neben den Personalkosten sind jährlich 300.000 € als Sachmittel im Haushalt für diesen Zweck angesetzt.

Wie der Presse zu entnehmen ist mehren sich die Zahlen der Kommunen, die aus unterschiedlichen Gründen (mangelnde Nutzung, Vandalismus) aus dem System aussteigen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach Aufwand und Erfolg, die auch an den Kosten pro Ausleihung gemessen werden kann.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender

gez.
Bernhard Maier
Sprecher im VA

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Bernhard Maier

Wilfried Dölker (1. stv. Vorsitzender)
Wilfried Wallbrecht

Frank Buß (2. stv. Vorsitzender)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky – Winnender Straße 88 – 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Thomas Bopp
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
Telefon: 0151/18048008
E-Mail: andreas.hesky@region-stuttgart.org

www.freiewaehler.de

22. Oktober 2023

Antrag 4 zum Haushalt 2024 – Toilettenprogramm für P+R Plätze

Antrag:

Die Verwaltung entwickelt ein Programm zum Bau von Toiletten auf den P+R Plätzen, die nach den regionalen Leitlinien betrieben werden.

Begründung:

Die Erreichbarkeit von öffentlichen Toiletten im S-Bahn-Netz liegt im öffentlichen Interesse. Der VRS unterstützt seit 2018 die Schaffung neuer P+R Plätze oder Parkhäuser und die Förderung von bestehenden P+R Stellplätzen, wenn sie nach den regionalen Leitlinien betrieben werden.

In der mittelfristigen Finanzplanung steigen die Planansätze für die Förderung bestehender Stellplätze bis in das Jahr 2027 auf 1.000.000 € an. Im Finanzhaushalt sind in den Jahren 2025 bis 2027 insgesamt 7,7 Mio. € für investive Maßnahmen eingeplant. Aus diesen Planansätzen bietet sich auch ein Programm zum Bau und zum Betrieb von öffentlichen Toiletten an, was unzweifelhaft die Attraktivität zur Nutzung des ÖPNV steigern würde. Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür ein Programm zu entwickeln, mit dem solche kommunalen Maßnahmen mit 50 % gefördert werden.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender

gez.
Bernhard Maier
Sprecher im VA

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Bernhard Maier

Wilfried Dölker (1. stv. Vorsitzender)
Wilfried Wallbrecht

Frank Buß (2. stv. Vorsitzender)
Gerd Maisch

Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky – Winnender Straße 88 – 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Thomas Bopp
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
Telefon: 0151/18048008
E-Mail: andreas.hesky@region-stuttgart.org

www.freiewaehler.de

22. Oktober 2023

Antrag 5 zum Haushalt 2024 – WRS reloaded

Antrag:

Die Wirtschaftsfördergesellschaft (WRS) wird aufgefordert, eine Wirksamkeitsanalyse vorzulegen und über den Stand der vorhandenen Rücklagen und die vorgesehene Verwendung dieser Rücklagen zu berichten.

Begründung:

Die WRS ist vielfältig tätig.

Im Haushalt des Verbands Region Stuttgart sind rund 11 Mio. € dafür veranschlagt. Der langjährige Geschäftsführer ist im Sommer in den Ruhestand verabschiedet worden. Deshalb ist es nun ein günstiger Zeitpunkt, das vielfältige Engagement der WRS darzustellen und zu bewerten und ggf. über eine Anpassung des Engagements zu diskutieren.

Dazu ist es auch erforderlich, die Finanzsituation der Gesellschaft zu beurteilen, insbesondere was den Stand der vorhandenen Rücklagen und deren vorgesehene Verwendung betrifft.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender

gez.
Gerd Maisch
Sprecher im WIV

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Bernhard Maier

Wilfried Dölker (1. stv. Vorsitzender)
Wilfried Wallbrecht

Frank Buß (2. stv. Vorsitzender)
Gerd Maisch



Freie Wähler in der Region Stuttgart - Regionalfraktion
Andreas Hesky – Winnender Straße 88 – 71334 Waiblingen

Verband Region Stuttgart
Herrn Vorsitzenden
Thomas Bopp
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Freie Wähler in der Region Stuttgart
Fraktionsvorsitzender
Andreas Hesky
Winnender Straße 88
71334 Waiblingen
Telefon: 0151/18048008
E-Mail: andreas.hesky@region-stuttgart.org

www.freiewaehler.de

22. Oktober 2023

Antrag 6 zum Haushalt 2024 – Resolution zum Ausbau der Wasserstraße Neckar beschließen

Antrag:

Die Fraktion der Freien Wähler beantragt, dass die Verbandsverwaltung eine Resolution zum Ausbau der Schleusen der Bundeswasserstraße Neckar entwirft und diese der Regionalversammlung in ihrer Sitzung im Dezember 2023 zur Beschlussfassung vorlegt.

Begründung:

Um die Klimaschutzziele der Region Stuttgart und auch die der Bundesregierung zu erreichen, muss sich die Mobilität verändern. Dazu gehört auch, mehr Güterverkehr von der Straße auf das Binnenschiff zu verlagern. Dies gelingt jedoch nur mit modernen und leistungsfähigen Wasserstraßen mit für große Binnenschiffe ausgebauten Schleusen. Wenn auf dem Neckar - aufgrund der Schleusengröße - allerdings nur kleinere Binnenschiffe unterwegs sein können, ist die Durchgängigkeit des Wasserstraßennetzes nicht für alle Schiffe gewährleistet.

Der Schleusenausbau auf dem Neckar ist im aktuellen Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf verankert. Seit vielen Jahren setzen sich Politiker*innen auf allen Ebenen, auch die Regionalversammlung, für eine zukunftsfähige Wasserstraße Neckar ein. Das von Bundesverkehrsminister Volker Wissing nun verkündete „Aus“ für den Ausbau der Neckarschleusen Baden-Württemberg ist ein herber Schlag, welcher auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und insbesondere die Region Stuttgart trifft.

Für uns Freien Wähler ist es dringend notwendig, dass die Regionalversammlung ein klares politisches Signal nach Berlin sendet, um nochmals an die herausragende Bedeutung der Schleusenverlängerungen für die Wirtschaftsregion Stuttgart nachdrücklich zu erinnern.

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Bernhard Maier

Wilfried Dölker (1. stv. Vorsitzender)
Wilfried Wallbrecht

Frank Buß (2. stv. Vorsitzender)
Gerd Maisch

Die Regionalverwaltung wird gebeten, eine Resolution für den Schleusenausbau zu erarbeiten und der Regionalversammlung in der Sitzung im Dezember 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Für die Fraktion:



Andreas Hesky
Fraktionsvorsitzender



Frank Buß
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorstand:

Andreas Hesky (Vorsitzender)
Bernhard Maier

Wilfried Dölker (1. stv. Vorsitzender)
Wilfried Wallbrecht

Frank Buß (2. stv. Vorsitzender)
Gerd Maisch

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Öffentliche Räume lebenswert gestalten

Der Verband wird beauftragt,

in Anlehnung an die Förderung von Landschaftsparkprojekten einen jährlichen Wettbewerb auszuschreiben. Dieser Wettbewerb soll gestaltete Freiflächen und Stadtplätze einzelner Kommunen prämiieren.

Die SPD-Fraktion beantragt, hierfür 50.000 € in den Haushaltsplan einzustellen.

Begründung:

Unter dem Aspekt der notwendigen Verdichtung der Bebauung werden auch innerörtliche Freiräume immer wichtiger. Durch öffentliche Freiräume können Wohnquartiere lebenswerter und ansprechender gestaltet und somit aufgewertet werden.

In Anlehnung an die Förderung von Landschaftsparkprojekten schreibt der VRS einen jährlichen Wettbewerb aus, bei dem Kommunen ihre ausgeführten Projekte einreichen können.

Besonders beispielgebende Projekte werden von einer Jury ausgewählt und entsprechend dotiert, wenn die Plätze und Anlagen dem gesellschaftlichen Zusammenleben besonders förderlich sind (z.B. Mehrfachnutzung) und gleichzeitig ökologischen und klimatischen Zukunftsansprüchen (z.B. Trinkbrunnen, Wasserflächen, Grün) gerecht werden. Dabei ist das Thema Inklusion mit zu bewerten.

Auch ehrenamtliches Engagement und Bürgerbeteiligung bei der Planung soll in die Wertung mit einbezogen werden.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Regina Traub
Sprecherin Planungsausschuss

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Gewerbegebiete zukunftsfähig entwickeln

Der VRS unterstützt Kommunen bei der Planung von Gewerbegebieten mit konkreten Handlungsempfehlungen, z.B. zu den Themen:

- Ein- und Durchgrünung;
- Wasser- und Abwassermanagement;
- Mobilität (ÖPNV Anbindung, Radwege, Parkflächenmanagement).

Begründung:

Aus ökologischen und gesellschaftspolitischen Aspekten wird die Gestaltung/ Planung von Gewerbeflächen derzeit sehr kritisch gesehen. Verbesserungen in der Planung mit konkreten Vorgaben im Flächennutzungsplan können die Realisierung und Akzeptanz verbessern und Emissionen reduzieren.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender

Dr. Jürgen Zieger
Sprecher
WIV



Regina Traub und Fraktion
Sprecherin
Planungsausschuss

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Grünzüge und Grünzäsuren auf dem Prüfstand

Die Geschäftsstelle wird gebeten,

zu überprüfen, inwieweit die bestehenden Grünzüge und Grünzäsuren bisher eingehalten wurden und weiterhin ihrer ursprünglich zgedachten Funktionalität gerecht werden.

Begründung:

Durch bauliche Maßnahmen werden Grünzüge und Grünzäsuren in ihrer Ausdehnung immer mehr beschnitten; so z.B. durch Erweiterung bestehender baulicher Anlagen (meist privilegierte Nutzung), durch Eingriffe in die Randbereiche („endgültig ausgeformt“) oder gar durch Umwandlung in eine andere Nutzung.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Regina Traub
Sprecherin Planungsausschuss

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Serielles und Modulares Bauen

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

einen Bericht zum Thema „Serielles und modulares Bauen“ unter folgenden Aspekten zu erstellen:

- a) Welche Erkenntnisse wurden zu dem Thema durch die IBA'27 gewonnen?
- b) Wie kann das Thema in die Kommunen transportiert werden?

Begründung:

Um schnell preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, ist serielles und modulares Bauen eine ideale Möglichkeit. Serielles und modulares Bauen kann Mittel sein, Bauprozesse zu optimieren, um zügig, möglichst kostengünstig und in hoher Qualität neuen Wohnraum zu schaffen. Der Aspekt der Nachhaltigkeit ist dabei von wesentlicher Bedeutung.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Regina Traub
Sprecherin Planungsausschuss

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Auslastung, Fahrgeldeinnahmen und Deckungsgrad der 1. Klasse in der S-Bahn

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

dem Verkehrsausschuss über die Auslastung, die Fahrgeldeinnahmen und den Deckungsgrad der 1. Klasse in den Jahren 2023 und 2024 zu berichten. Angesichts der weiterhin extrem schlechten Besetzungszahlen in der 1. Klasse soll dargestellt werden, welche Fahrgeldeinnahmen in diesen Jahren real generiert wurden und wie hoch der jeweilige Deckungsgrad war.

Begründung:

Nachdem der Verkehrsausschuss mehrfach mehrheitlich die Abschaffung der 1. Klasse abgelehnt hat, gilt es nun, stetig den Erfolg und die Wirksamkeit dieser Entscheidung kritisch zu überprüfen, um für die Zukunft die richtigen Schlüsse zu ziehen.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Michael Makurath
Sprecher
Verkehrsausschuss

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Chancen von ATO und ATP für den nächsten Verkehrsvertrag nutzen

Die Geschäftsstelle wird gebeten,

einen Fahrplan für die langfristige Nutzung von ATO (automatische Zugsteuerung) und ATP (automatische Zugsicherung) mit Meilensteinen zu entwickeln. Hierzu sind Gespräche mit der S-Bahn Stuttgart, dem Infrastrukturbetreiber DB Netz AG und der Eisenbahnfahrzeugindustrie notwendig, damit daraus ein Fahrplan für das nächste Jahrzehnt mit klar definierten Meilensteinen entsteht. Dieser Fahrplan sollte dann auch Bestandteil des neuen S-Bahnvertrages werden.

Begründung:

Mit der Inbetriebnahme von ETCS in der S-Bahnstammstrecke steht der erste Meilenstein hin zu einem System des automatisierten Fahrens bei der S-Bahn in unserer Region ins Haus.

Ziel muss es dabei sein, angesichts des technischen Fortschritts auf diesem Gebiet und des akuten Lokführermangels einen schnellen Einstieg zu erreichen.

Diese Entwicklung muss jetzt auch im Hinblick auf den nächsten Verkehrsvertrag konkretisiert und konsequent vorangetrieben werden.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Michael Makurath
Sprecher Verkehrsausschuss

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Pönalezahlungen für die Bedürfnisse der Fahrgäste nutzen

Die Geschäftsstelle wird gebeten,

dem Verkehrsausschuss darzustellen,

- 1) wie der aktuelle rechtliche und vertragliche Rahmen für Pönalezahlungen aussieht,
- 2) wie hoch die Pönalezahlungen im laufenden Verkehrsvertrag jeweils pro Jahr waren,
- 3) wofür die Pönalezahlungen jeweils verwendet wurden,
- 4) welche Spielräume es im aktuellen Verkehrsvertrag gibt, um die Pönalezahlungen für die Fahrgäste direkt nutzbar zu machen,
- 5) wie im Hinblick auf den kommenden Verkehrsvertrag ein System zu entwickeln wäre, damit die Pönalezahlungen in erster Linie den Bedürfnissen der Fahrgäste zu Gute kommen und nicht direkt oder indirekt dem DB Konzern.

Begründung:

Pönalezahlungen sind vertragliche Bestandteile des unseres S-Bahnverkehrsvertrages. Aufgrund dauerhafter Mangelleistung durch die Deutsche Bahn, sind die Summen stetig gewachsen, ohne dass die Fahrgäste davon unmittelbar profitiert haben.

Diese Unwucht im System zu ändern, sollte nun, im Rahmen der gesetzlichen und vertraglichen Möglichkeiten, Ziel der Regionalpolitik sein.

In Zukunft sollen die Zahlungen in erster Linie den Fahrgästen bzw. den Interessen des Verbandes dienen und nicht mehr dem DB Konzern und seinen diversen Gesellschaften.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Michael Makurath
Sprecher Verkehrsausschuss

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Ein einheitliches Solidarticket im VVS in Rahmen des Deutschlandtickets umsetzen

Die Geschäftsstelle und die VVS-Aufsichtsräte aus der Regionalversammlung werden gebeten,

sich nach Einführung des 49 Euro-Tickets und der Einführung des 365 Euro-Jugendtickets in Baden-Württemberg auch für eine ähnliche Regelung für ein einheitliches Solidarticket im VVS einzusetzen.

Begründung:

Mit dem 49 Euro-Ticket und dem 365 Euro-Jugendticket gibt es inzwischen Regelungen, die auch von einzelnen Städten im VVS (Landeshauptstadt Stuttgart) oder von Bundesländern wie Hessen oder Niedersachsen aufgegriffen wurden, um auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel Mobilität weiterhin erschwinglich zu machen.

Hier sollte der VVS jetzt die Initiative für sein Verbundgebiet ergreifen.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Michael Makurath
Sprecher Verkehrsausschuss

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Bericht: Quo vadis IBA'27?

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

der Regionalversammlung unter der Leitfrage: „Kann die IBA'27 die selbstgestellten Erwartungen 2027 erfüllen?“ über den Status Quo der IBA'27 zu berichten.

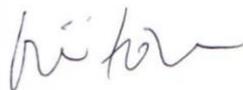
Begründung:

Die Transformationsherausforderungen in der Wirtschaft können nicht losgelöst von den sich abzeichnenden strukturellen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen gemanagt werden. Die IBA'27 steht nicht zuletzt für den Anspruch Transformation aktiv zu gestalten. Mit aktuell 23 IBA'27 Projekten ist das Portfolio für das Berichtsjahr 2027 weitgehend definiert.

„Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?“ ist eine der zentralen Fragen und Herausforderungen, denen sich die IBA stellt. Von herausragender Bedeutung für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist in diesem Kontext die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Bezahlbarer Wohnraum ist ein nicht substituierbares Gut für die menschliche Existenz und wird zusehends zur großen sozialen Frage. Der Erfolg der IBA'27 wird auch daran zu messen sein, ob es gelingt, diesen Anspruch qualitativ und quantitativ einzulösen. Die angespannte Lage in der Bau- und Immobilienwirtschaft, geprägt durch enorm gestiegene Baukosten und gleichzeitig hohen Kapitalmarktkosten, sorgt aktuell und auf absehbare Zeit für schwierige Rahmenbedingungen bei der Zielerreichung.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Dr. Jürgen Zieger
Sprecher WIV

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Gemeinsame Interessenvertretung der Europäischen Metropolregion Stuttgart (EMRS) stärken

Die Geschäftsstelle und die WRS werden beauftragt,

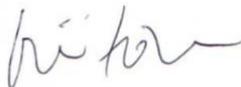
über die Koordination der gemeinsamen Interessen und Interessenvertretung der Europäischen Metropolregion Stuttgart (EMRS) gegenüber Land, Bund und EU und über die Formulierung eines gemeinsamen Zielbildes zu berichten.

Begründung:

Auf dem Metropolkongress im September 2022 in Heilbronn wurden in einer aktuellen Studie von Prognos die Bekanntheit der EMRS und das Zugehörigkeitsgefühl zu der EMRS als gering ermittelt und das Fehlen eines gemeinsamen Ziels für die EMRS konstatiert. Die Repräsentanten der Regionen innerhalb der EMRS waren sich im Abschlussplenum einig, entsprechende Abstimmungen zu organisieren. In diversen Anträgen im VRS ist der Auftrag einer kohärenten Ausformulierung und Abstimmung mit den Partnern innerhalb der EMRS wiederholt thematisiert worden. Bekanntheit und politische Wirkung der EMRS und des VRS bedürfen dringend dieser Abstimmungen.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Dr. Jürgen Zieger
Sprecher WIV

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Herausforderungen der Transformation Region Stuttgart gestalten

Die Geschäftsstelle wird gemeinsam mit der WRS und ggf. weiteren Partnern beauftragt,

eine Konferenz zu den Herausforderungen der Transformationsprozesse in der Wirtschaft mit besonderen Schwerpunkten bzw. Zielen zu organisieren. Diese sind:

1. Die Unterstützung einer in seinen Fördervoraussetzungen offeneren Gestaltung des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung.
2. Eine qualifizierte Debatte jenseits ideologischer Fremdenfeindlichkeit, über qualifizierte Zuwanderung und kulturelle Offenheit.

Begründung:

Zu 1.: Durch geeignete EU-Förderinstrumente sollen die Regionen zur Bewältigung der damit verbundenen enormen sozioökonomischen Herausforderungen finanziell unterstützt werden. Wirtschaftlich starke Regionen, auch solche mit großen Transformationsherausforderungen wie z.B. Stuttgart, partizipieren an diesen Programmen bisher nur in geringem Umfang.

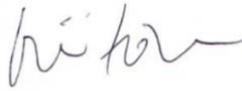
Mit dem Zwischenziel, bis 2030 die Emissionen, um mindestens 55% zu senken (Fit For 55-Paket), hat die EU ihre Pläne für die Ziele der Wirtschaft konkretisiert. Vorhandene Wertschöpfungsketten sind gefährdet, es droht der massive Verlust von Arbeitsplätzen mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen für die privaten und öffentlichen Haushalte und nicht zuletzt soziale und politische Verwerfungen. Der gleichzeitige Aufbau neuer zukunftsorientierter Technologien erfordert hohe, erst zu erwirtschaftende Investitionen. Dies wird in unserem Verbandsgebiet erschwert durch fehlende Gewerbeflächen und/oder internationale Konkurrenz, nicht zuletzt durch fehlende EU-Fördergelder.

Zu 2.: Der dramatische Fachkräftemangel in mittlerweile allen Sektoren der Wirtschaft entwickelt sich zu einem herausragenden Wachstums- und Innovationshemmschuh in der Wirtschaft und gefährdet in dramatischer Weise die Daseinsvorsorge in den Bereichen öffentlicher und privater Infrastrukturen.

Kulturelle Offenheit muss gemanagt und Teil der Unternehmenskultur und des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft werden.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Dr. Jürgen Zieger
Sprecher WIV

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Eine stärkere Rolle der Region beim Thema Behindertenbeauftragte

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

zur besseren Umsetzung der Aufgaben des Verbandes im Zusammenhang mit mobilitätseingeschränkten Personen und Behinderten die Behindertenbeauftragten von Kreisen und Kommunen in der Region zu einer jährlichen Konferenz einzuladen.

Dafür werden zusätzlich jährlich 20.000 € in den allgemeinen Haushalt eingestellt.

Teilhaushalt 2 Ergebnishaushalt:

Planjahr 2024 20.000 €

und Mifri 2025 – 2027: je 20.000 €

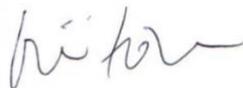
Deckung: Verbandsumlage

Begründung:

Zur Umsetzung der Aufgaben des Verbandes im Zusammenhang mit mobilitätseingeschränkten Personen und Behinderten ist eine stärkere Koordinierung und Vernetzung mit den Behindertenbeauftragten der Kreise und Kommunen notwendig. Dies kann durch eine jährliche Konferenz erreicht werden, die durch den Verband ausgerichtet wird.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Dr. Jürgen Zieger
Sprecher WIV

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Bewerbung der Region als Europäische Kulturhauptstadt

Der Verband Region Stuttgart sondiert zusammen mit der Landeshauptstadt Stuttgart und der Kulturregion die Möglichkeiten für eine Bewerbung als Europäische Kulturhauptstadt bzw. Region.

Begründung:

Unsere Region besitzt ein vielfältiges Kulturleben. Vom weltberühmten Ballett, über das mehrfache Opernhaus des Jahres, eine bunte Theaterlandschaft, zahllosen Museen und das Literaturarchiv in Marbach, hin bis zur Subkultur und einer vielfältigen Clublandschaft.

Seit 1985 vergibt die Europäische Union einmal jährlich den Titel Europäische Kulturhauptstadt. Bereits zweimal wurden deutsche Städte ausgezeichnet und im Jahr 2010 auch erstmals mit dem Ruhrgebiet eine ganze Region. Dies könnte auch Vorbild für die Region Stuttgart sein.

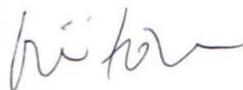
Die ausgewählten Städte erhalten als Anschubfinanzierung 1,5 Millionen Euro aus Mitteln des EU-Kulturförderprogramms "Creative Europe".

Um den Städten die Möglichkeit einer umfassenden Vorbereitung zu geben, finden die Bewerbungen jeweils sechs Jahre und die Vergabe vier Jahre im Voraus statt. Derzeit stehen die Städte bzw. Länder bis 2033 fest.

Zeit also für Region, Landeshauptstadt und Kulturregion die Möglichkeiten und Chancen einer gemeinsamen Bewerbung unter dem Dach der Region zu überprüfen.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Dr. Jürgen Zieger
Sprecher WIV

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

Kongress „Weiterbildung in den sozialen Dienstleistungsberufen in unserer Region“

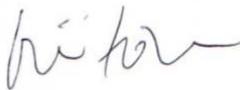
Die Geschäftsstelle, die WRS und die Q-Guide Region Stuttgart werden gebeten, im Laufe des Jahres 2024 einen Kongress „Weiterbildung in den sozialen Dienstleistungsberufen in unserer Region“ zu organisieren, um auf den Fachkräftemangel in diesen Bereichen aufmerksam zu machen und nach Lösungsansätzen im Rahmen der Q-Guide Region Stuttgart zu suchen.

Begründung:

Der Arbeits- und Fachkräftemangel und der daraus abzuleitende Weiterbildungsbedarf sind längst über den industriellen Sektor und seinen Kern der Automobilwirtschaft und des Maschinenbaus hinausgegangen. Industrie und Handwerk in der Breite, Handel, öffentliche Verwaltung und insbesondere soziale Dienstleistungen sind hinzugetreten. Aufgrund der drängenden Herausforderung der sozialen Daseinsvorsorge und der Mangelanzeigen aus den Kommunen und den Verbänden regen wir einen speziellen Kongress für soziale Dienstleistungsberufe an. Mit der Q-Guide Region Stuttgart haben wir bereits ein Instrument in der Hand, um auch in diesem Bereich aktiv einzuwirken und die zahlreichen Akteure in diesem Bereich zu vernetzen.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Dr. Jürgen Zieger
Sprecher WIV

und Fraktion

18. Oktober 2023

Antrag der SPD-Regionalfraktion

Haushalt 2024

KI-Allianz Baden-Württemberg weiter ausbauen und vernetzen

Die Geschäftsstelle wird beauftragt,

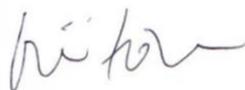
1. die KI-Allianz Baden-Württemberg auszubauen und weiter zu vernetzen;
2. weitere Förderkulissen aufzuzeigen;
3. sicherzustellen, dass die Fördermittelkulisse dauerhaft zweckgebunden der KI-Initiative zufließt.

Begründung:

Die KI Allianz BW hat erste Projekte in der Region Stuttgart definiert und Mittel von 11,1 Mio. Euro vergeben. In der Allianz sind die Regionen Karlsruhe, Stuttgart, Neckar-Alb, Freiburg, Nordschwarzwald und der Ostalbkreis gebündelt. Der Auftrag ist, die Chancen von künstlicher Intelligenz (KI) aufzuzeigen, Unternehmen zu vernetzen und ein „Ökosystem“ der Akteure in der Region aufzubauen und mit anderen starken Regionen zu vernetzen.



Thomas Leipnitz
Fraktionsvorsitzender



Dr. Jürgen Zieger
Sprecher WIV

und Fraktion

Stuttgart, 22. Oktober 2023



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD/FR-Fraktion (PLA)

Ausbau und Integration von Photovoltaikanlagen

Antrag:

Wir beauftragen die Verbandsgeschäftsstelle damit darzulegen, wie bei der (Vor-)Prüfung und Bewertung neuer Gewerbeflächen

1. die Nutzung von Gebäudedachflächen und Parkflächen für Photovoltaikanlagen (PVA) priorisiert bzw. (wo technisch sinnvoll) als Baulast festgeschrieben wird,
2. im Sinne der Erhöhung der Netzstabilität Möglichkeiten zur ortsnahe Pufferung von Erzeugungsspitzen durch bspw. Batterien oder Elektrolyseure in der Planung berücksichtigt werden und
3. Anforderungen zur Einbindung leistungsstarker PVA und Pufferkapazitäten in ein „virtuelles Kraftwerk“ einfließen.

Eine übersichtliche Darstellung der standortabhängigen Ertrags- oder für die Stabilität des Stromnetzes relevanter Faktoren soll den Beschlussvorlagen zur Ausweisung von Gewerbegebieten für die Fachausschüsse und für das Regionalparlament beigelegt werden. Falls für die Untersuchung insbesondere für die Punkte 2. und 3. erwartbar zusätzliche Gutachten eingeholt werden müssen, wird die Verbandsgeschäftsstelle beauftragt, eine Abschätzung der Aufwände hierfür vorzunehmen und in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Begründung:

Bundesgesetzlich ist das Land verpflichtet, 0,2 Prozent seiner Flächen für PVA zur Verfügung zu stellen. Um photovoltaischen Flächenfraß zu verhindern, sollen diese Vorgaben möglichst auf bestehenden Gewerbeflächen umgesetzt werden.

PVA sind ein relativ elegantes Mittel zur regenerativen Erzeugung elektrischer Energie, wenn sie keine zusätzlichen Flächen verbrauchen. Ein umfangreicher Ausbau der Erzeugungskapazitäten ist ohne Berücksichtigung der Möglichkeiten zur Netzintegration

allerdings hochriskant. Durch den Netzbetreiber bereitzustellende zusätzliche Regelleistung ist kostenintensiv und beeinflusst über den Börsenstrompreis auch die Wirtschaftlichkeit von PVA.

Die Energiesicherheit der Region ist ein hohes Gut. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Region Zukunftstechnologieprojekte wie beispielsweise zur Spitzenlastpufferung einsetzbare Elektrolyseure fördert und im Rahmen der Effizienzerhöhung und Reduktion des CO₂-Ausstoßes zunehmend „Grünstrom“ nutzen will, ist die Einbindung von PVA mit anderen Energieerzeugungsanlagen und Regelleistungsanlagen zu einem virtuellen Kraftwerk (= Zusammenschaltung von dezentralen Stromerzeugungseinheiten wie PVA, WKA, BHKW, Batterie-Speicherkraftwerken, Power-to-Gas usw. zu einem Verbund) folgerichtig. Dieser Verbund stellt elektrische Leistung verlässlich bereit und kann damit zu einem relevanten Anteil die dargebotsunabhängige Leistung aus Großkraftwerken ersetzen.

Ein wichtiger Aspekt von virtuellen Kraftwerken ist die Vermarktung des Stroms über bestehende, aber auch zu entwickelnde Geschäftsmodelle sowie die Bereitstellung von Systemdienstleistung aus einem Verbund kleiner dezentraler Anlagen. Virtuelle Kraftwerke sind mit Kosten für Kommunikation und den Aufwand der zentralen Steuerung verbunden [1], stellen aber auch einen Ansatz für zukunftsweisende Innovation dar.

Fokus Netzstabilität:

Bereits jetzt und mit zunehmender Tendenz kommt es in Teilen des regionalen Stromnetzes mehrmals monatlich zu (bislang nur kurzzeitigen) Spannungseinbrüchen bis zur Hälfte der normalen Netzspannung mit resultierenden Überströmen in die elektrischen Verbraucher. Leistungsstarke industrielle Energiestromverbraucher und kritische Infrastruktur wie z. B. Krankenhäuser verfügen über dynamische Überstromschutzeinrichtungen, deren Auslösen (= Lastabwurf) aber im Extremfall die Abschaltung von Teilen des Mittelspannungsnetzes nach sich ziehen kann. Durch die bedarfsunabhängige Leistungserzeugung und die hohe Schwankungsbreite (Faktor 20 - 30 zwischen sonnenreichen und trüben Wintertagen) stellen große PVA eine Herausforderung für die Frequenzstabilität im Stromnetz dar.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Wunsch

Holger Dorn

und Fraktion

Quellen: [1] https://de.wikipedia.org/wiki/Virtuelles_Kraftwerk

Stuttgart, 22. Oktober 2023



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD/FR-Fraktion (PLA)

Auswirkungen von Windkraftanlagen auf das Mikroklima

Die Verwaltung möge für eine Untersuchung der Auswirkungen von Windkraftanlagen auf das lokale Mikroklima Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Wie groß sind die davon betroffene Flächen pro WKA, gibt es auch Auswirkungen auf die Menschen, die in der Umgebung der Anlagen leben müssen, und wie groß ist die Zahl der davon potenziell Betroffenen?

Begründung:

Der VRS ist aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) dazu verpflichtet, ebenso wie im restlichen Baden-Württemberg 1,8 Prozent seiner Fläche bis spätestens 31. Dezember 2032 für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen. Windräder beeinflussen das Mikroklima, indem sie der strömenden Luft Energie entziehen sowie die Luft durchmischen, wie eine Studie der Harvard-Wissenschaftler Lee M. Miller und David W. Keith aus dem Jahr 2018 nachweist. Nach den Ergebnissen der Forscher übersteigt die faktisch gemessene Erwärmung der Luft die theoretisch vermiedene Erwärmung durch verringerte Emissionen kurz- und mittelfristig. „Die direkten Klimaauswirkungen der Windenergie sind augenblicklich, während sich die Vorteile nur langsam ansammeln“, so David Keith. Der Grund dafür ist, dass die Anlagen die warme Luft nach unten und die kalte Luft nach oben wirbeln, was zu einer Erwärmung in Bodennähe führt.

Der gesetzlich angeordnete massive Ausbau von Windkraftanlagen wird zwangsläufig solche Nebenwirkungen zur Folge haben. Es ist daher sinnvoll, diese zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen, welche die Gegebenheiten in unserer dichtbesiedelten Region konkret berücksichtigt. Sie soll darlegen, in welcher Größenordnung dieser Einfluss erfolgt und ob und inwieweit er möglicherweise auch negative Einflüsse auf Tier- und Pflanzenwelt sowie die Menschen im Einflussbereich hat.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Wunsch'.

Stephan Wunsch

Christian Köhler

und Fraktion

Quelle: <https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/studie-windraeder-beeinflussen-mikroklima-558040>

Stuttgart, 22. Oktober 2023



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD/FR-Fraktion (VA)

Fachkräftemangel der S-Bahn bekämpfen

Der VRS wird damit beauftragt, Haushaltsmittel für einen gemeinsamen Planungsstab mit der Deutschen Bahn zur Verfügung zu stellen. Dieser soll es ermöglichen, Probleme bei der Personalvorsorgeplanung gemeinsam zu lösen.

Begründung:

Die S-Bahn ist aufgrund technischer Probleme, aber auch wegen eines eklatanten personellen Mangels im Fahrbetrieb nicht mehr dazu imstande, die vertraglich zugesicherten Leistungen zu erbringen. Es existiert sogar eine eigene Webseite, die sich ausschließlich mit dem sogenannten „S-Bahn-Chaos“ beschäftigt [1]. Regelmäßig fallen Züge aus und es ist bereits jetzt beschlossen, dass die Taktzeiten verlängert werden. Ab 2024 fahren etwa die S-Bahnen samstags nur noch im Halbstundentakt. Dabei sind die Züge schon jetzt samstags stark ausgelastet, insbesondere vor und nach großen Sportveranstaltungen (z. B. VfB-Heimspiele).

Der VRS als Aufgabenträger der S-Bahn wurde in der Vergangenheit über diese Probleme stets sehr spät von seinem Vertragspartner Deutsche Bahn informiert.

Offenbar ist die DB nicht in der Lage, ausreichend Personal für die vertraglich vereinbarten Verkehrsleistungen zu gewinnen. Verbesserungen ab 2025 durch zusätzliches Personal sind zwar von der DB versprochen, ob sie jedoch realisiert werden können, ist angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahre zumindest zweifelhaft.

Die Bahn hat erwiesenermaßen Probleme bei der Personalvorsorgeplanung. Sobald insbesondere während der kälteren Jahreszeit wieder eine Krankheitswelle auftritt, kann diese nicht mehr kompensiert werden und führt zu massiven Zugausfällen. [2].

Wir stellen daher den Antrag, Haushaltsmittel für einen gemeinsamen Planungsstab bereitzustellen. Dieser soll der frühzeitigen Wahrnehmung von Personalproblemen und einer vorsorglichen Personalgewinnung dienen. Durch den verbesserten Informationsaustausch zwischen Bahn und VRS können Ziele und Mittel gemeinsam besser abgeglichen werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Wunsch'.

Stephan Wunsch

Christian Köhler

und Fraktion

Quelle:

[1] <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/einkaufsmanagerindex-industrie-produktion-mit-staerkstem-rueckgang-seit-2020/29423208.html>

Stuttgart, 22. Oktober 2023



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD/FR-Fraktion (WIV)

Kampf gegen Antisemitismus in der Kulturszene

Antrag:

Aus aktuellem Anlass beantragen wir, dass der Kulturregion Stuttgart Mittel dafür bereitgestellt werden, Antisemitismus in der Kulturszene zu bekämpfen. Dafür sollen die Empfänger von Fördermitteln aus der regionalen Kulturförderung eindringlich darauf hingewiesen werden, dass ihre Unterstützung antisemitischer Organisation wie beispielsweise BDS (Boycott, Divestment and Sanctions), Samidoun und dem Palästina-Komitee nicht geduldet wird. Die Kulturregion Stuttgart wird beauftragt zu prüfen, inwieweit sie eine Zusammenarbeit mit dem [Institut für Neue Soziale Plastik](#) bei der Umsetzung unterstützen kann.

Begründung:

Wie sich in aller Deutlichkeit am Beispiel der Documenta in Kassel, aber auch gegenwärtig bei der fehlenden Distanz einiger Künstler zu antisemitischen Netzwerken wie BDS, einschlägigen Moscheevereinen und Islamverbänden zeigt, ist die Kulturszene in Teilen anfällig für latenten Antisemitismus und sogar puren Judenhasse.

Die eritreische deutschsprachige Rapperin Nura postete beispielsweise nach dem palästinensischen Terrorangriff, bei dem Anfang Oktober 2023 mindestens 260 Besucher eines Musikfestivals in Israel umgebracht wurden, ein Bild auf Instagram, auf dem sie ein Transparent mit der Aufschrift „Free Palestine“ hochhält. Eine unheilige Allianz aus Antisemiten und Akteuren aus Politik und Medien relativiert sogar den Terror gegen Juden und jüdische Einrichtungen hier in Deutschland.

Dieser dramatischen Fehlentwicklung sollten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv entgegenwirken, indem wir eindeutig klar machen, dass wir Antisemitismus (auch israelbezogenen) strikt ablehnen. Es wäre vollkommen inakzeptabel, Antisemiten auch noch mit

Fördergeldern aus unseren Mitteln zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Wunsch'.

Stephan Wunsch

Holger Dorn

und Fraktion

Quellen:

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/israel-krieg-kulturbetrieb-antisemitismus-100.html>

<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/like-fuer-terror-jubel-documenta-distanziert-sich-von-ruangrupa/>

Stuttgart, 22. Oktober 2023



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD/FR-Fraktion (WIV)

Anpassung der Kulturförderung

Antrag:

Wir beantragen, Mittel dafür bereitzustellen, um die Ursachen für Kostensteigerung bei der Kulturförderung detaillierter aufzuschlüsseln und wo sinnvoll und möglich Sparpotenzial zu benennen. Insbesondere betrifft dies folgende Posten:

- 1) NaturVision Filmfestival
- 2) About Pop – Konferenz
- 3) Film- und Medien-Festival - Steigerung der Fördermittel um +28 % aufschlüsseln, insbesondere Anteil Marketing und Hospitality.

Begründung:

Unsere Region droht in eine massive Rezession zu schlittern. Die deutsche Industrie hat ihre Produktion im September 2023 so stark gedrosselt wie seit fast dreieinhalb Jahren nicht mehr. Der Rückgang sei so kräftig ausgefallen wie zuletzt im Mai 2020, als die Corona-Welle die Weltwirtschaft belastete, wie der Finanzdienstleister S&P Global Anfang Oktober 2023 zu seiner monatlichen Umfrage unter Hunderten Unternehmen mitteilte. In den allermeisten Fällen wurde die Drosselung dem rückläufigen Neugeschäft zugeschrieben.

Daher muss auch der Verband Region Stuttgart sparen und sich auf wesentliche Standortfaktoren konzentrieren. Auch wenn die Förderung kultureller Angebote im Gesamthaushalt nur einen kleinen Anteil einnimmt, so ist die Größenordnung dennoch vergleichbar mit den Fördermitteln aus dem Bereich technische Innovation. Die Region ist bezüglich kultureller Angebote jedoch bereits sehr gut aufgestellt, daher ist im Bereich Kulturförderung eine Fokussierung auf Bestandswahrung geboten. Neue Projekte kann

sich die Region gegenwärtig nicht leisten. Bereits etablierte und bewährte Formate sollen mit auskömmlicher Finanzierung erhalten bleiben. Kostensteigerungen müssen aber sehr gut begründet werden.

Die betrifft insbesondere die Musikkultur. Gerade im Bereich Pop kann die Musikwirtschaft ausreichend Geld erwirtschaften und sich selbst finanzieren. Da es in Stuttgart bereits eine lebendige Club-Szene gibt, ist nicht ersichtlich, warum hierzu Steuergeld der Region aushelfen sollte. Gerade die Vernetzung von Kulturschaffenden sollte ebenfalls kein förderwürdiges Thema mehr sein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Wunsch'.

Stephan Wunsch

Holger Dorn

und Fraktion

Quelle:

<https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/einkaufsmanagerindex-industrie-produktion-mit-staerkstem-rueckgang-seit-2020/29423208.html>

Stuttgart, 22. Oktober 2023



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD/FR-Fraktion (WIV)

Erhöhung der Mittel für Jüdische Kultur und Geschichte in der Region Stuttgart

Antrag:

Wir beantragen, die Mittel für Jüdische Kultur und Geschichte in der Region Stuttgart von derzeit 100.000 € um 50.000 € zu erhöhen.

Begründung:

Auch in unserer Region geraten unsere jüdischen Mitbürger zunehmend unter Druck und sehen sich einer feindlichen Atmosphäre ausgesetzt. Dieses gefährliche antisemitische Klima entsteht durch Desinformationen seitens linker sowie muslimischer Kreise. Dieser Bedrohung gilt es als Demokraten entschlossen und mit klarer Kante entgegenzutreten. Daher ist es nur recht und billig, die Mittel für die Schaffung von Aufklärungsarbeit und Akzeptanz für unsere jüdischen Mitbürger erkennbar zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Wunsch

Daniel Lindenschmid

und Fraktion

Quelle:

<https://jf-buchdienst.de/Was-Juden-zur-AfD-treibt.html>

Stuttgart, 22. Oktober 2023



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD/FR-Fraktion (WIV)

Inflationsausgleich für die SportRegion Stuttgart

Antrag:

Wir beantragen einen Inflationsausgleich für die SportRegion Stuttgart.

Begründung:

Die SportRegion Stuttgart leistet eine wichtige gesellschaftliche Arbeit in unserer Region. Derzeit wird sie mit 319.000 € vom Verband unterstützt. In den letzten Jahren waren coronabedingt Sportangebote stark rückläufig. Dieser Missstand hat insbesondere Kinder aus sozial prekären Verhältnissen sowie Menschen mit Behinderung enorm getroffen und benachteiligte Strukturen zementiert. Der Inflationsausgleich soll helfen, dieses gesellschaftlich problematische Defizit zu mindern.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Wunsch

Daniel Lindenschmid

und Fraktion

Stuttgart, 22. Oktober 2023



Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Haushaltsantrag der AfD/FR-Fraktion (WIV)

Erhöhung der Mittel für „Zukunftsregion Stuttgart“

Antrag:

Wir beantragen, die Mittel für „Zukunftsregion Stuttgart“ zur Etablierung eines internationalen Technologie-Summits von derzeit 300.000 € um 50.000 € zu erhöhen.

Begründung:

Unsere Region droht in eine massive Rezession zu schlittern. Es ist daher wichtig, in die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes zu investieren und die Entwicklung neuer Technologien zu forcieren. Gerade in Anbetracht dessen, dass die Bundesregierung die Investitionen in wichtige Themen wie die Künstliche Intelligenz und ähnliche kürzt, statt auszuweiten, ist es wichtig in unserer Region einen positiven Gegenpunkt zu setzen, um uns auch bei Themen wie beispielsweise der Quantentechnologie erfolgreich zu positionieren.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Wunsch

Daniel Lindenschmid

und Fraktion

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**
Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

15.10.2023

Antrag

Anfrage

Leitfaden für Natur- und Waldkindergärten anbieten

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart erstellt analog zum Leitfaden für Gemeinschaftsschuppenanlagen einen Leitfaden für die Errichtung von Natur- und Waldkindergärten im Außenbereich aus regionalplanerischer Sicht. Dieser wird auf der Verbandshomepage eingestellt.

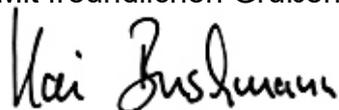
Der Antragsteller geht davon aus, dass dies im Rahmen der eingestellten Mittel für Regionalplanung erfolgen kann. Andernfalls beziffert die Geschäftsstelle den erforderlichen Betrag und stellt diesen zur Beschlussfassung ein.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion sieht es als notwendig an, diesen Antrag für den Haushalt 2024 erneut zu stellen, nachdem sich 2023 gezeigt hat, dass der Planungsausschuss sich

immer wieder und zunehmend mit Ausnahmegenehmigungen für die Erstellung von Natur- und Waldkindergärten beschäftigen musste. Der Leitfaden soll auch dazu dienen, die Arbeit im Planungsausschuss zu vereinfachen. Unter anderem waren Naturkindergärten am 12.07.2023, 10.05.2023, 01.03.2023 und 25.01.2023 Thema im Planungsausschuss. Die Pädagogik dieser Einrichtungen wird bei Kommunen und Familien also sehr wertgeschätzt und nachgefragt. Gleichzeitig sind diese Kitas für die Städte und Gemeinden eine geeignete Möglichkeit in der derzeitigen Situation des Mangels an Plätzen, schnell und preisgünstig Kitaplätze zu schaffen, die auch von privaten Trägern betrieben werden können und damit die Kommunen von der direkten Verantwortung für die Versorgung mit Fachpersonal entlasten. Es sollte in dieser Situation nicht der Eindruck entstehen, als sei die Region der Bremser, weil in jedem Fall über Ausnahmegenehmigungen diskutiert, das Verfahren verlängert und Unsicherheit für die Antragstellenden suggeriert wird. Ein klarer Leitfaden kann hier das Verfahren vereinfachen.

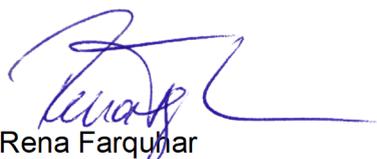
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**
Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

15.10.2023

Antrag

Anfrage

RegioRad radikal auf den Prüfstand stellen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart berichtet:

1. welche Möglichkeiten sie sieht, in der Kombination von Leihrädern mit E-Scootern und -Rollern sowie ShareNow-Angeboten ein einheitliches Angebot an diesen Mobilitäts-Alternativen zu entwickeln;
2. welche Möglichkeiten sie sieht, die technischen Schwächen der RegioRäder und die organisatorischen Mängel abzustellen und ein modernes regionales Radleihkonzept zu entwickeln;
3. welche Kosten, wirtschaftlichen Folgen und Auswirkungen auf das Tourismus-Angebot mit einer Beendigung des RegioRad-Angebotes zum 31.12.2026 verbunden wären, wenn der jetzt bestehende Dienstleistungsvertrag mit DB Connect endet;
4. ob ein privater Anbieter wie bei E-Scootern nicht besser geeignet ist, so eine Dienstleistung anzubieten als ein DB-Unternehmen.

5. wie hoch der aktuelle Kostendeckungsgrad des RegioRad-Angebotes 2023 und im Haushalt 2024 ist.

Begründung:

Zu den Mobilitätsangeboten in der Region Stuttgart muss ein Radleihsystem gehören. Es muss aber funktionieren. RegioRad bekommt die technischen Probleme (zum Beispiel Ortung oder Abstellsystem) bei den Rädern bisher nicht in den Griff. Auch organisatorisch kommt RegioRad in Zeiten des Personalmangels nicht hinterher. Immer mehr Städte und Gemeinden diskutieren den Ausstieg oder haben ihn schon vollzogen. Es kann nicht immer weiter in ein anscheinend überholtes Konzept investiert werden (*siehe Haushaltplan Anschlussmobilität 5370-010 ÖPNV-Allgemein: B+R und RegioRad Förderung sowie Tretroller etc. 300.000 €*). Die FDP- Fraktion fragt: Sind wir an einem Punkt, an dem gilt „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende?“

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**
Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

15.10.2023

Antrag

Anfrage

Schuldentilgung im Haushalt 2024 erhöhen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

1. Die Schuldentilgung wird von der im Haushalt vorgesehenen Höhe von 5,88 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro erhöht.
2. Der Verband Region Stuttgart berichtet, in welcher Höhe sich der Zinsaufwand für Kredite so verringern lässt.
3. Die Finanzierung der erhöhten Tilgung soll soweit möglich über eine Entnahme aus der Rücklage finanziert werden.

Begründung:

Der Schuldenstand des Verbandes steigt laut Etatentwurf 2024 auf 422,5 Millionen Euro. Als Tilgung sind 5,88 Millionen Euro (Seite 7 und 163) vorgesehen. Aus Sicht der FDP-Regionalfraktion ist diese Tilgungsrate angesichts der steigenden Zinsen zu niedrig. Der

Verband sollte ein Signal für effiziente Mittelverwendung setzen. Außerdem kann nicht von einer generationengerechten Verschuldungspolitik gesprochen werden, wenn sich nach derzeitigem Stand ein Tilgungszeitraum von über 70 Jahren ergibt, zumal nicht zu erwarten ist, dass künftig keine Kredite mehr aufgenommen werden müssen. Von „generationengerechter Finanzpolitik“ spricht man, wenn Schulden innerhalb von 30 Jahren zurückgeführt werden.

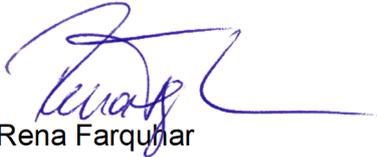
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**
Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

15.10.2023

Antrag

Anfrage

Trinkbrunnen an S-Bahn-Stationen & Bahnhöfen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

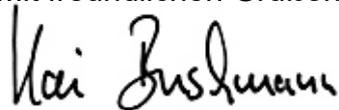
Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

1. Der Verband Region Stuttgart stellt im Haushalt einen Betrag von 10.000 Euro für ein Konzept zur Einführung von Standtrinkbrunnen an den S-Bahn-Stationen und Bahnhöfen beginnend mit dem Hauptbahnhof in Stuttgart bereit.
2. Das Konzept soll in Zusammenarbeit mit DB-Service erstellt werden. Dabei sind die finanziellen Verantwortlichkeiten und die Fördermöglichkeiten abzuklären. Darauf aufbauend sind die Kosten für eine Umsetzung zu beziffern.
3. Die Geschäftsstelle berichtet, ob für die Ausstattung der Stationen mit Trinkbrunnen Pönalemittel eingesetzt werden können und berücksichtigt dies gegebenenfalls in der Etatplanung mit einem gegenüber Punkt 1 erhöhten Beitrag, wenn sich dadurch eine schnellere Umsetzung bereits 2024 ergibt.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion sieht es als notwendig an, diesen Antrag für den Haushalt 2024 erneut zu stellen, nachdem sich seit 2016, als die Fraktion den Antrag erstmals gestellt hat, gezeigt hat, dass sich die Fahrtzeiten und -verzögerungen teilweise massiv verlängert haben und die Wetterentwicklung in der Region Stuttgart den Bedarf an Möglichkeiten, sich mit Trinkwasser zu versorgen, deutlich erhöht hat. Die beantragten 10.000 Euro sind als erster Schritt, Trinkbrunnen flächendeckend im ÖPNV-Bereich in der Region bereit zu stellen. Wenn sich das Projekt durch Einsatz von Pönalemitteln beschleunigen lässt, würde die FDP-Regionalfraktion diesen Weg gerne beschreiten, da diese Mittel dann unmittelbar den S-Bahn-Nutzenden zugute kommen.

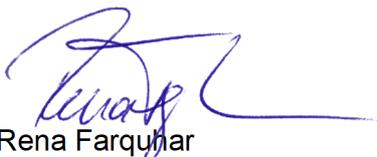
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

19.10.2023

Antrag

Anfrage

Fußball-Europameisterschaft – Fachkräftewerbung für die Region

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Der Verband Region Stuttgart nutzt die fünf während der Fußball-Europameisterschaft 2024 an Spielterminen vom 16. Juni bis 5. Juli 2024 in Stuttgart angesetzten Spiele zu einer Präsentation der Region Stuttgart und der Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Die Präsentation und das Beratungsangebot ist stadionnah oder noch besser im Bereich des MHP-Stadions (vormals Mercedes-Benz-Arena) einzusetzen und soll die jeweiligen Fans der ausländischen Mannschaften ansprechen und für einen Umzug in die Region Stuttgart werben.

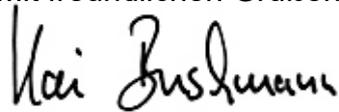
Zu diesem Zweck lässt die Geschäftsstelle des Verbandes ein entsprechendes ansprechendes Konzept entwickeln, das die Möglichkeit enthält, Präsentation und Beratungsangebot auch bei weiteren Spielen des VfB Stuttgart auf internationaler Ebene einzusetzen.

Die Geschäftsstelle beziffert den erforderlichen Betrag für Konzept und Umsetzung. Die FDP-Regionalfraktion beantragt, dass dieser zur Beschlussfassung in den Haushalt 2024 eingestellt wird.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion sieht die kommende Fußball-Europameisterschaft als einmalige Chance an, die Fans ausländischer Mannschaften als potenzielle Fachkräfte direkt in Stuttgart anzusprechen. Dafür ist ein Konzept notwendig, das schnellstmöglich erstellt werden und umgesetzt werden muss. Wichtig ist dabei, dass eine direkte, persönliche Beratung stattfindet.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**
Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

19.10.2023

Antrag

Anfrage

Konzept Ringschluss S-Bahn-Endpunkte durch Expressbusse

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart beauftragt ein Konzept für einen Ringschluss der derzeitigen S-Bahn-Endpunkte beziehungsweise anderer in Frage kommender S-Bahn-Stationen durch regionale Express-Busse mit dem Ziel, eine zusätzliche Alternative für einen schnellen ÖPNV zu schaffen, mit der Probleme auf der Stammstrecke umgangen werden können.

Der Antragsteller geht davon aus, dass dies im Rahmen der im Haushalt 2024 bereitgestellten Mittel erfolgen kann. Andernfalls beziffert die Geschäftsstelle den erforderlichen Betrag und die FDP-Regionalfraktion beantragt, diesen Betrag in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion sieht es nach den Erfahrungen mit der Stammstreckensperrung 2023 und den noch kommenden Baumaßnahmen der kommenden Jahre sowie dem

Bestreben, das Angebot zu verbessern als notwendig an, Expressbusse als ergänzendes Angebot zu untersuchen. Als Beispiel können dafür die Verbindung S1 (Kirchheim), S2 (Schorndorf), S3/S4 (Backnang) dienen (siehe Abbildung unten). Diese Punkte könnten durch eine Expressbus-Linie verbunden werden und so für ein zusätzliches Angebot sorgen. Die Frage, ob diese Ergänzung zielführend ist und ob beispielsweise auch andere S-Bahn-Endpunkte gleichermaßen verknüpft werden können, kann nur eine Untersuchung beantworten. Da Expressbusse in der Zuständigkeit der Region liegen und bereits Strecken betrieben werden, die innerhalb des S-Bahn-Gebietes laufen, plädieren wir für eine umfassende Untersuchung aller Alternativen im Interesse eines stabilen ÖPNV.

Mit freundlichen Grüßen

Kai Buschmann

Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender

Armin Serwani

Armin Serwani

Rena Farquhar

Rena Farquhar

Gabriele Heise

Gabriele Heise

Albrecht Braun

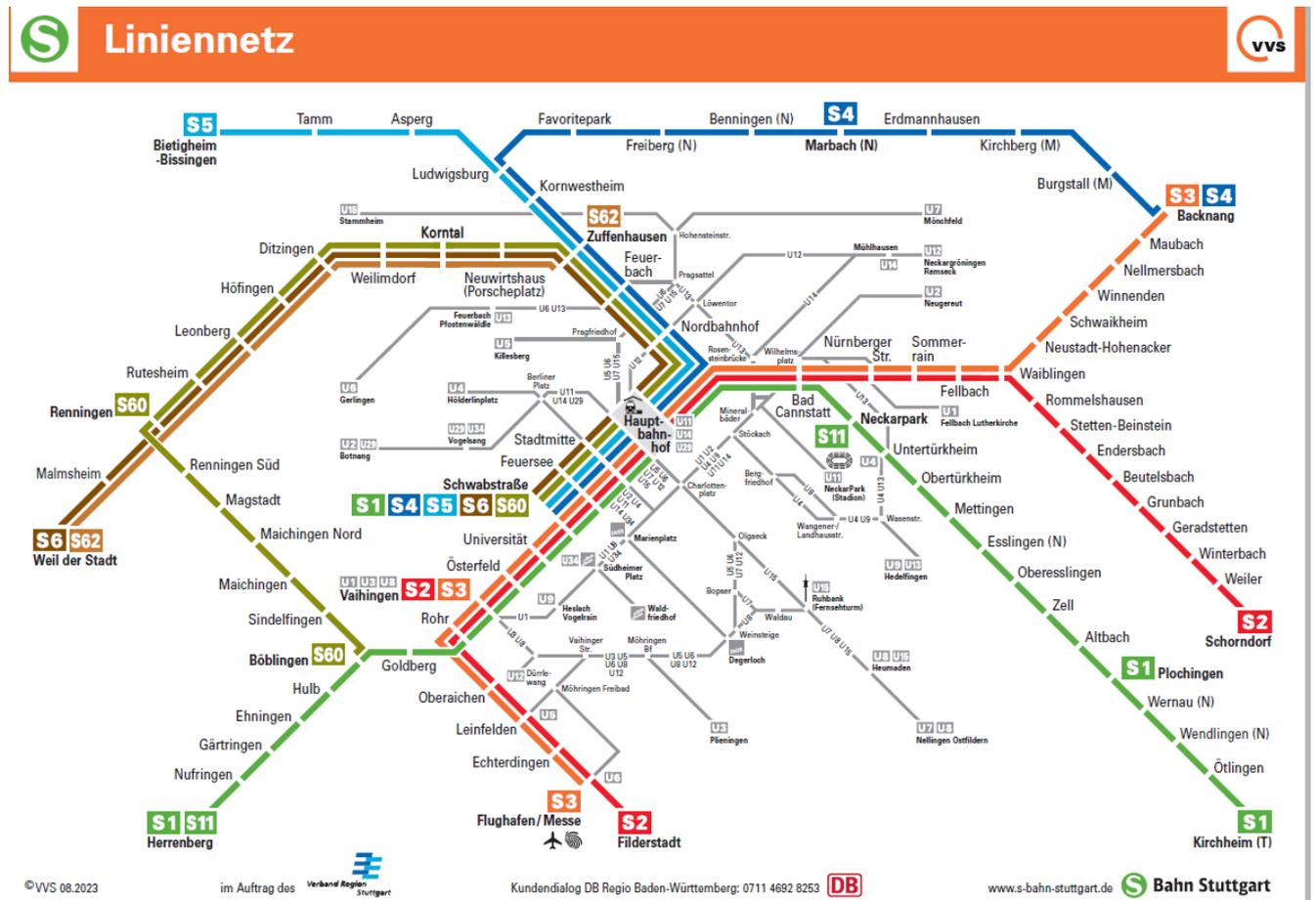
Albrecht Braun

Volker Weil

Volker Weil

Hartfrid Wolff

Hartfrid Wolff



**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

19.10.2023

Antrag

Landesentwicklungsplan 20XX – Beteiligung des Verbandes Region Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

1. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart berichtet, inwieweit sie in die Vorarbeiten der Landesregierung für die Erstellung des Landesentwicklungsplan 20XX eingebunden ist, der den Landesentwicklungsplan aus dem Jahre 2002 ablösen soll.
2. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart wird beauftragt, ihrerseits initiativ zu werden und die Frage gutachterlich prüfen zu lassen, ob das seitherige Zentrale-Orte-Konzept durch ein Konzept der „zentralörtlichen Bereiche“ abgelöst werden kann, die auch mehrere Kommunen umfassen können, um auf diese Art das regionale Problem der regional rund um Stuttgart dicht beieinander liegenden als Mittelzentren in Frage kommenden Städte zu lösen und zu klären, ob so vor allem der örtliche Einzelhandel gegenüber der Online-Konkurrenz gestärkt werden kann.
3. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart wird beauftragt, aktiv Verhandlungen mit dem Land aufzunehmen, ob die Einstufung als „Mittelzentrum“ oder einer gemäß Punkt 2 entsprechenden an die aktuelle Entwicklung angepassten Einstufung künftig durch die Region stattfinden kann und nicht mehr dem Land vorbehalten bleibt.
4. Die Geschäftsstelle prüft, ob die unter 1. bis 3. genannten Punkte im Rahmen der für 2024 ausgewiesenen Haushaltsmittel umgesetzt werden können. Falls nicht, beziffert sie den notwendigen finanziellen Aufwand und die FDP beantragt hiermit diesen Betrag in den Etat 2024 einzustellen.

Begründung:

Nach den der FDP-Regionalfraktion vorliegenden Informationen des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen hat das Land für den LEP 20XX eine Raumanalyse zu folgenden Themenkomplexen beauftragt:

- Grundlegende raumrelevante Entwicklungen
- Analysen zur Raumstruktur
- Analysen zur Siedlungsentwicklung
- Analysen zur Infrastruktur
- Analysen zum Freiraum
- Analysen zu Klimaschutz- und Klimaresilienz
- Analysen zu besonderen regionalen Entwicklungsaufgaben für Teilräume
- länderübergreifenden Kooperationen

Nach Auffassung der FDP-Regionalfraktion ist sicherzustellen, dass die besonderen strukturellen Belange der Region Stuttgart von Anfang an in der Entwurfsplanung berücksichtigt werden. Dazu sind die kommunalen Praktiker aus der Region gleichberechtigt mit den uns derzeit nicht bekannten Gutachtern in die Entwurfsplanung einzubinden. Nach den Angaben in der Landtagsdrucksache 17/5127 werden die Ergebnisse der Raumanalyse zu verschiedenen planungsrelevanten Themen im Rahmen der Beteiligungsdialoge sowie in Form von Workshops mit Vertretern der Regionalverbände, der Kreise und Gemeinden sowie der kommunalen Landesverbände diskutiert.

Dabei rechnet das MLW mit dem Abschluss der Gutachten zu folgenden Zeiten:

- Raumanalyse: im Verlauf des Jahres 2024
- Evaluation des geltenden Landesentwicklungsplans: Ende 2023
- Gutachten zu Instrumenten zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme: Herbst 2023
- Einzelhandelssteuerung im Landesentwicklungsplan: Anfang 2024.

Das ist nach unserer Auffassung zu spät.

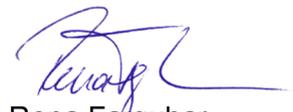
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



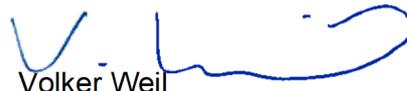
Rena Farquhar



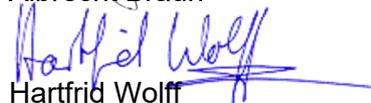
Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

19.10.2023

Antrag

Anfrage

Photovoltaik Region Stuttgart – Solaranlagenausbau P+R-Plätze

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Der Verband Region Stuttgart berichtet, wie sich seit 2021/22 die Förderkulisse für den Auf- und Ausbau von Solaranlagen verändert hat und ob und in welcher Form die Nutzung von P+R-Plätzen für die Stromerzeugung von staatlichen Zuschüssen profitieren kann.

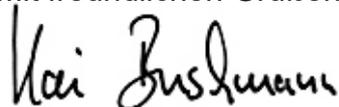
Sollte es finanzielle Förderung geben, wird beantragt:

1. Der Verband Region Stuttgart lässt ein Konzept erarbeiten, wie die P+R-Plätze in der Region schnellstmöglich als Standorte für Photovoltaikanlagen und gegebenenfalls für Ladesäulen genutzt werden können.
2. Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 50.000 Euro ausreicht, um die Erstellung des Konzeptes für die P+R-Plätze zu finanzieren. Sollte der Betrag nicht ausreichen, beantragt die Fraktion, den von der Geschäftsstelle ermittelten Betrag in den Etat 2024 einzustellen.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion strebt seit Jahren an, über den Verband Region Stuttgart eine Photovoltaikregion Stuttgart als Modellregion zu schaffen. Zu den Initiativen seit 2016 gehörte unter anderem 2021 der Antrag die regionalen P+R-Plätze mit Solaranlagen auszurüsten und Ladepunkte aufzustellen. Die Mehrheit der Regionalversammlung lehnte dies ab. Argumentation (Sitzungsvorlage VA 190/2022): „Ladesäulen an P+R-Parkplätzen sind aufgrund der langen Standortzeiten der Autos und der daraus resultierenden geringen Anzahl der Ladungen bzw. der Belegungsdichte von Ladesäulen nicht wirtschaftlich zu betreiben (selbst mit Bundesförderung).“ Und „Die Errichtung großflächiger Solaranlagen mittels Carports über P+R-Parkplätzen ist sehr teuer. Die Kosten (Carportkonstruktion + Solaraufdachung + Infrastrukturkosten) belaufen sich aufgrund der Unterkonstruktion derzeit ungefähr auf das Doppelte von „klassischen Solarparks“. Gleichzeitig ist die Einspeisevergütung (EEG-Vergütung) zu gering, als dass wesentliche Einnahmen generiert werden könnten.“ Der Antrag soll erreichen, die damalige Argumentation über die Effektivität solcher Anlagen aufgrund der technischen Entwicklung zu überprüfen, weil es inzwischen die technische Möglichkeit der Zwischenspeicherung von Strom und der Einspeisung ins Netz gibt. Durch die technische Weiterentwicklung dürften P+R-Plätze inzwischen als Bereiche für Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Frage kommen. Der Antrag geht außerdem davon aus, dass sich eine Vereinbarung mit einem Anbieter (lokale Stadtwerke oder beispielsweise auch EnBW schließen lässt), die eine Nutzung der vorhandenen Fläche möglich macht.

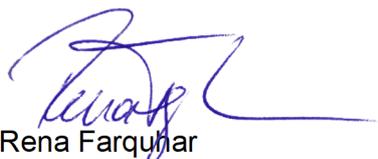
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

19.10.2023

Antrag

Anfrage

Photovoltaik Region Stuttgart – Solaranlagenausbau Verbandsgebäude

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

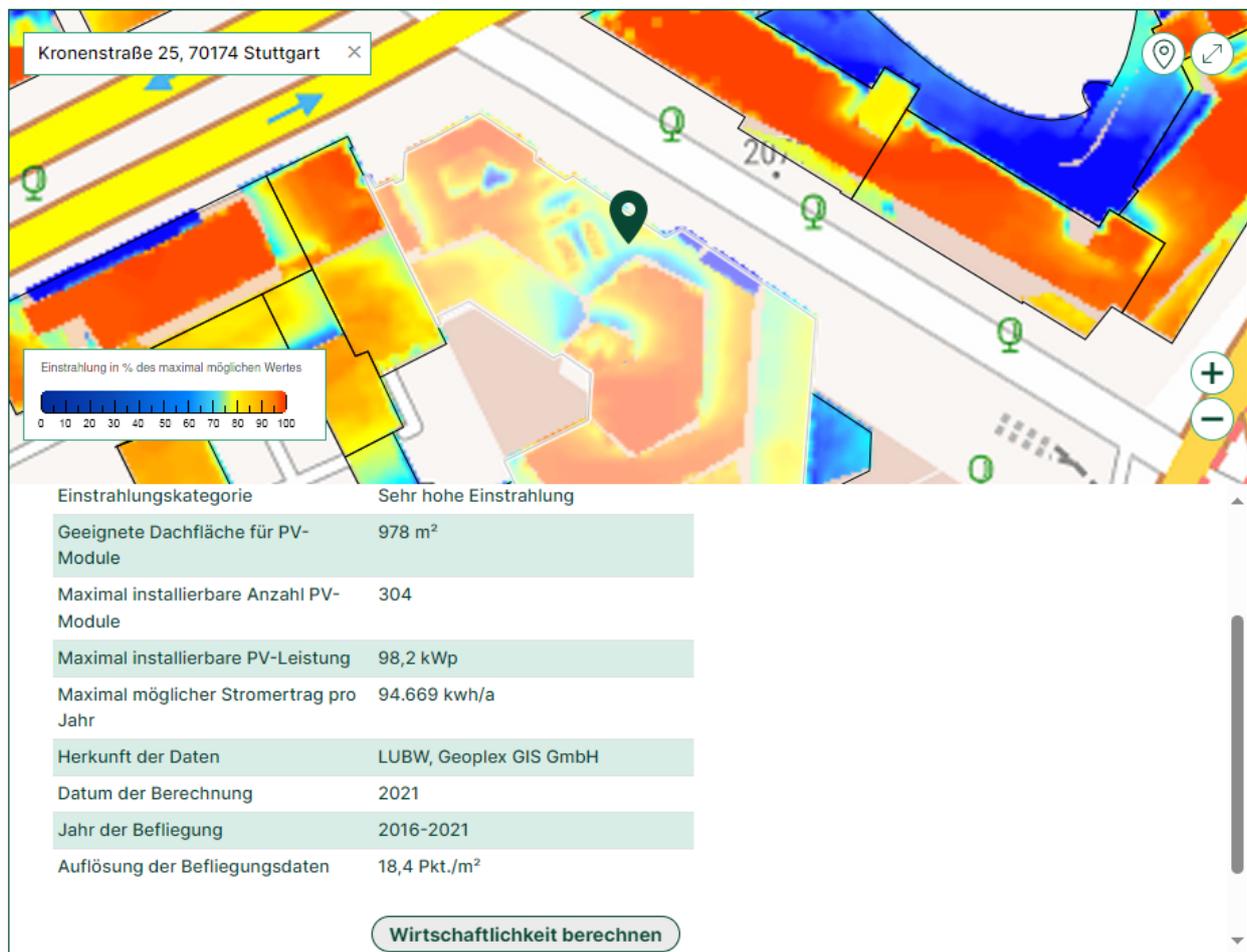
Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Der Verband Region Stuttgart berichtet, wie sich seit 2021/22 die Förderkulisse für den Auf- und Ausbau von Solaranlagen verändert hat und ob und in welcher Form der Verband Region Stuttgart aktuell davon selbst profitieren kann.

Die Geschäftsstelle nimmt Verhandlungen mit dem Vermieter des Gebäudes Kronenstrasse 25 auf, wie schnell sich das vorhandene Solarpotenzial auf dem Gebäude nutzen lässt und beziffert, wie hoch die eingesparten Stromkosten für den Verband sind. Gegebenenfalls finanziert der Verband die Kosten der Solaranlage vor und stellt den notwendigen Betrag in den Haushaltsplan 2024 ein. Wenn möglich ist die Anlage so anzulegen, dass sie als Demonstrationsmodell für vergleichbare Projekte gleicher Größenordnung dienen kann.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion bemüht sich seit Jahren über den Verband Region Stuttgart eine Photovoltaikregion Stuttgart als Modellregion zu schaffen. Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass der Verband Region Stuttgart sich selbst als Best-Practice-Beispiel engagiert. Das Potenzial ist laut Energieatlas (allerdings auf der Basis des Jahres 2021 berechnet), auf dem Verbandsgebäude vorhanden. Eine Stromerzeugung von rund 95.000 kwh/a stellt eine interessante Größenordnung bei der Einsparung der Energiekosten des Gebäudes dar (siehe Abbildung).



Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

19.10.2023

Antrag

Anfrage

Photovoltaik Region Stuttgart – Stand und Ausbaumöglichkeiten im Verbund mit dem Handwerk

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

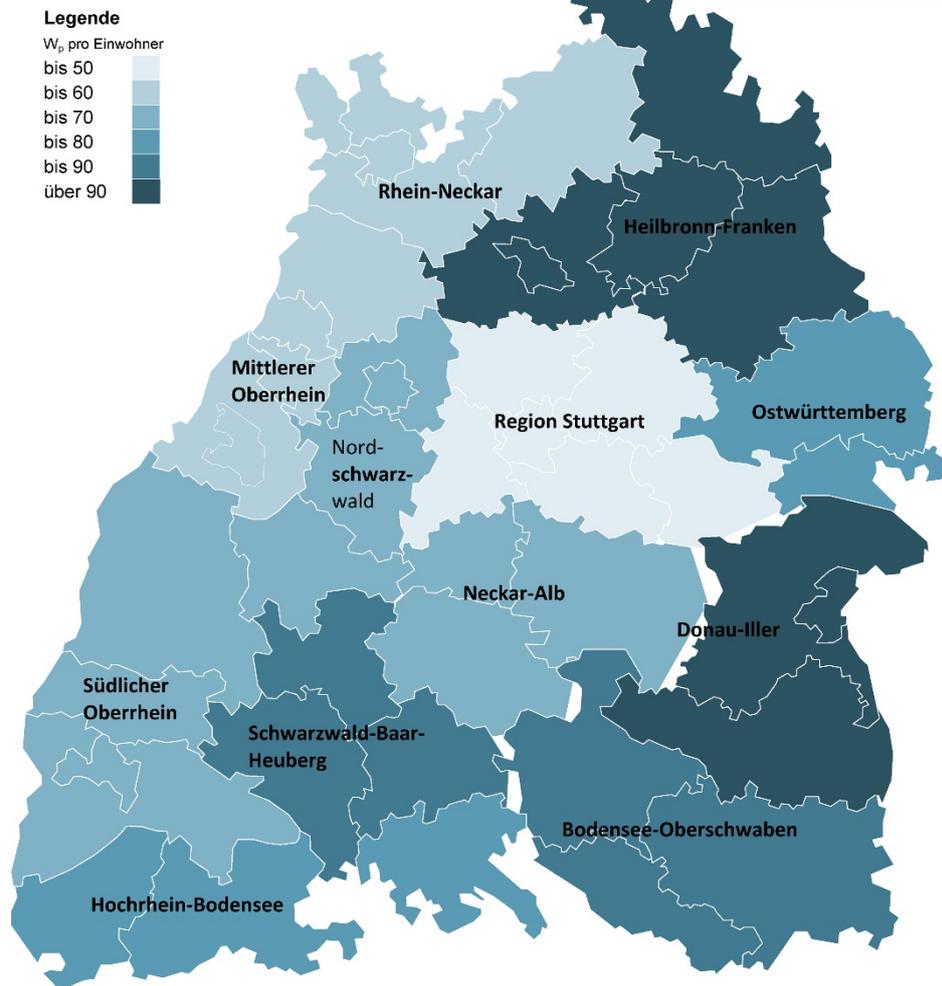
1. Der Verband Region Stuttgart berichtet über die Aktivitäten des Photovoltaik Netzwerkes Region Stuttgart und den Stand verbandseigener Initiativen zur Steigerung der Nutzung der Photovoltaik in der Region Stuttgart.
2. Die Geschäftsstelle entwickelt auf der Basis der inzwischen in Land und Bund geschaffenen Fördermöglichkeiten in Zusammenhang mit den für Photovoltaik zuständigen Gewerken und den Energieversorgern ein Konzept für eine Beschleunigung des Zubaus an Photovoltaikleistung in der Region Stuttgart. Ziel muss es dabei sein, zu den Nachbarregionen aufzuschließen und möglichst eine Spitzenposition einzunehmen. In die Erstellung des Konzeptes ist der Fachverband Elektro- und Informationstechnik Baden-Württemberg und die Innung für Elektro- und Informationstechnik Stuttgart sowie der Verband des Kraftfahrzeuggewerbes Baden-Württemberg und die Innung des Kraftfahrzeuggewerbes Region Stuttgart einzubinden.
3. Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 50.000 Euro ausreicht, um die Erstellung des Konzeptes und eine erste Umsetzung zu finanzieren. Sollte der Betrag nicht ausreichen,

beantragt die Fraktion, den von der Geschäftsstelle ermittelten Betrag in den Etat 2024 einzustellen.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion verfolgt nach wie vor ihr Ziel, eine Photovoltaikregion Stuttgart als Modellregion zu schaffen. Die bisherigen Anstrengungen der Region haben leider nicht dafür gesorgt, dass die Region Stuttgart ihre im Vergleich zu anderen Regionen schlechte Position (siehe Abbildung) verbessern konnte. Der Bericht soll unter anderem die

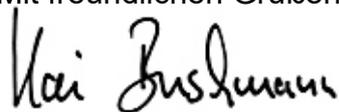
Photovoltaik-Liga Baden Württemberg
Zubau Photovoltaik-Leistung - Gebäudeanlagen je Region
Stand Hj 1 2023



Quelle: KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg. Die Daten basieren auf Auswertungen des Marktstammdatenregisters durch das ZSW. Darin teilweise vorhandene Unstimmigkeiten wie zum Beispiel Leistungsangaben in Watt statt Kilowatt und falsche Zuordnung zu Postleitzahl und Gemeindegemeinschaften wurden soweit wie möglich bereinigt. Trotz sorgfältiger Auswertung sind weitere fehlerhafte Zuordnungen aufgrund der Datenlage nicht ausgeschlossen. Stand August 2023.
Einwohnerzahlen 31.03.2023: Statistisches Landesamt BW, Stand 2023

Ursachen für die unbefriedigende Entwicklung benennen und Möglichkeiten für Verbesserungen aufzeigen. Kernanliegen der FDP-Fraktion ist es, einen Verbund aus den Akteuren zu organisieren, der im Endeffekt vor Ort für eine Verstärkung des Photovoltaik-Ausbaus sorgen kann und auch von diesem profitiert. Dabei ist der wesentliche Vorteil der Photovoltaik auszuspielen: Bei ihr kommen kleine und mittlere Handwerksbetriebe aus der Region zum Zuge, weil es sich nicht um großtechnische Anlagen handelt. Damit ist auch die Wertschöpfungskette regional und stärkt die regionale Wirtschaft. Jetzt geht es darum, endlich in die Umsetzung zu kommen, was andere Regionen bisher anscheinend besser schaffen. Das Potenzial hat Thomas Kiwitt in der Stuttgarter Zeitung vom 17.08.2023 beschrieben: „... auf den rund 15 Prozent bereits bebauten Fläche der Region könnte Solarstrom erzeugt werden, etwa auf Dächern, über Parkplätzen und an Lärmschutzwänden oder mit sogenannten Balkonkraftwerken ...“ Genau das wollen wir erreichen.

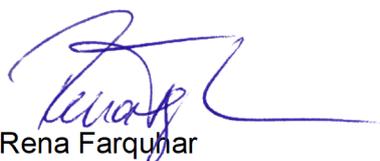
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

19.10.2023

Antrag

Anfrage

Zukunftsfeste Lieferlogistik schaffen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart berichtet,

1. welche Ergebnisse der Arbeitskreis Gütermobilität als „dauerhaftes regionales Netzwerk“ (Haushaltsplan 2020) von 2020 bis 2022 erzielt hat und warum mit dem regionalen Haushaltsplan 2023 die Förderung des Projektes mit jährlich 50.000 Euro eingestellt wurde.
2. Welche der in Sitzungsvorlage Nr. 262/2019 auf der Basis des Antrages der FDP-Fraktion vom 20.10.2018 genannten drei Bausteine
Baustein 1: Stärkung der regionalen Logistik-Kompetenz auf der Grundlage eines Netzwerkes,
Baustein 2: Entwicklung modellhafte Projektansätze zur urbanen Logistik in der Region,
Baustein 3: Konzepte zur urbanen Logistik als eine Komponente für die IBA27-Quartiere,
inzwischen wie weit umgesetzt werden konnten.

Die FDP-Fraktion beantragt, in den Haushaltsplan 2024 in das Kofinanzierungsprogramm „Wirtschaft und Tourismus“ einen Betrag von 150.000 Euro einzustellen, der die am 18. Oktober 2023 vorgestellten Aktivitäten ergänzt und speziell dem Bereich „Zukunftsfeste City-Logistik“ vorbehalten sein soll. Sollte die Geschäftsstelle den Betrag für zu niedrig halten, beziffert sie die notwendige Summe und die FDP übernimmt diese in ihren Antrag.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion sieht das Thema Logistik als Schlüsselthema in den kommenden Jahren. Wir dürfen nicht nur an den Personenverkehr denken, sondern müssen stärker als bisher den urbanen Güterverkehr in den Fokus nehmen. Andere Städte wie Hamburg, Zürich, aber auch München nutzen bereits neue Technologien und Möglichkeiten wie Drohnensysteme, aber auch Güter-Kombiverkehre auf den S-Bahn-Gleisen, Wohnquartier-Paket-Abholsystem, digitalgesteuerte Kombiverkehrszentren oder autonome Güterverkehrssysteme auf der Schiene. Hier gilt es die Möglichkeiten zu schaffen in der Spitzengruppe dieser Entwicklung dabei zu sein, zumal nur regionale Wertschöpfung und daraus generierte Steuereinnahmen den Wohlstand der Region sichern kann.

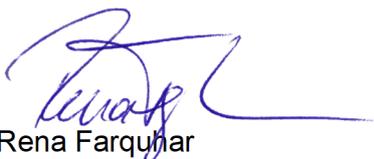
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**
Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

20.10.2023

Antrag

Anfrage

Seilbahnen in der Region – Modellgebiet für ein Modellprojekt identifizieren

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

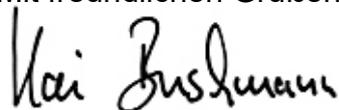
Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

1. Der Verband Region Stuttgart identifiziert mögliche Modellgebiete für ein Modellprojekt Seilbahn und bereitet die Einrichtung einer interkommunalen Seilbahn im Gebiet des Verbandes Region Stuttgart in Zusammenarbeit mit den Belegenheitskommunen vor.
2. Der Verband Region Stuttgart (VRS) stellt hierfür eine angemessene Anteilsförderung zur Verfügung und unterstützt, gegebenenfalls unter Zuhilfenahme eines entsprechenden Beratungsunternehmens, eine angestrebte Antragstellung zur Förderung durch Mittel des Bundes (GVFG-Bundesprogramm) und gegebenenfalls weiterer Förderer. Zweck der Förderung ist die Ermöglichung der tatsächlichen Realisierung.
3. Ziel des Projekts ist die Demonstration der Machbarkeit einer verkehrlich relevanten, interkommunalen Seilbahnverbindung, die der Ergänzung des Angebots des öffentlichen Nahverkehrs dient. Aus der gemeindeübergreifenden Aufgabenstellung ergibt sich die Beteiligung der VRS.

Begründung:

Seilbahnen sind klimafreundlich, preiswert, platzsparend, schnell realisierbar und zuverlässig. Sie können daher ein wichtiger Baustein im Gesamtkonzept urbaner, moderner Nahverkehrsversorgung sein. Im Regionalplan sind für den Seilbahnbetrieb bereits Trassen freigehalten. Ein Modellprojekt in der Region Stuttgart soll aufzeigen, mit welchen Vorteilen dieses Verkehrsmittel verbunden ist. Das Modellprojekt soll interkommunal angelegt sein und erfordert daher nicht nur finanzielle Unterstützung durch den Bund und den Verband Region Stuttgart, sondern auch Unterstützung im Rahmen der Projektplanung und -steuerung. Mit der Neuregelung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes hat die Bundesregierung die Weichen für den Ausbau eines leistungsfähigen Seilbahnnetzes für den ÖPNV gestellt. Durch die Vorgabe das Seilbahnvorhaben eine Mindestvorhabengröße von 30 Millionen Euro haben müssen, um mit bis zu 75 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des GVFG-Bundesprogramms gefördert werden zu können, unterstreicht die regionale Dimension, die ein solches Modellprojekt hat. Hinsichtlich einer Bundesförderung soll frühzeitig mit dem BMDV Kontakt aufgenommen werden.

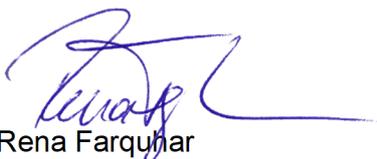
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

21.10.2023

Antrag

Anfrage

Vollautomatisiertes Fahren der S-Bahn erproben und umsetzen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Der Verband Region Stuttgart berichtet über den aktuell mit dem laufenden Ausbau erreichbaren Automatisierungsgrad im S-Bahn-Netz der Region und startet mit DB und anderen in Frage kommenden Partnern ein Programm für den Betrieb hochautomatisierter, fahrerloser Züge auf den S-Bahn-Linien. Soweit möglich, soll dabei auch der Betrieb fahrerloser Busse im Zubringerverkehr erprobt werden.

Das Programm soll die aktuellen Planungen und Arbeiten für den Digitalen Knoten Stuttgart ergänzen und eine Automatisierung im Fahrbetrieb bis hin zu fahrerlosen oder vollautomatischen Systemen mit Grade of Automation (GoA 3/4) erreichen, statt dem bisher im Digitalen Knoten geplanten Automatisierungsgrad 2 (GoA 2).

Die Geschäftsstelle beziffert den Aufwand für das beantragte Programm und die bestehenden Fördermöglichkeiten und stellt eine erste Tranche von 500.000 Euro für das Programm ein, wenn dieser Betrag für die Anschubfinanzierung ausreicht. Bei Mehr- oder Minderbedarf ist der entsprechende Betrag als von der Fraktion beantragt, einzustellen.

Begründung:

Nach dem Aufwand und den Umständen, die die Installation von ETCS und die Arbeiten am bundesweiten Modellprojekt Digitaler Knoten Stuttgart mit sich gebracht haben, muss sichergestellt werden, dass Stuttgart zu einem Leuchtturmprojekt in Deutschland wird und alle Möglichkeiten, die die digitale Technik bietet, voll ausgenutzt werden. Dazu gehört auch der Ersatz von Lokführenden durch die digitale Technik, nachdem sich gezeigt hat, dass deren Anzahl auf längere Sicht nicht für einen stabilen Betrieb ausreicht, so dass es beispielsweise durch nicht vermeidbare Krankheitsfälle immer wieder zu Beeinträchtigungen des Zugverkehrs kommt. Europaweit wird bereits an diesem Thema geforscht und gearbeitet. So haben die Dänischen Staatsbahnen (DSB) bekanntgegeben, dass sie die ersten fahrerlosen Züge 2030 einsetzen will, für deren Lieferung Alstom, CAF und das Konsortium Siemens Mobility/Stadler beauftragt werden. Siemens meldete am 5. Juli 2023 ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt „AutomatedTrain“: „Bei diesem erproben die Partner in den kommenden drei Jahren vollautomatisierte Bereitstellungs- und Abstellungsfahrten von Zügen. Dazu werden bis 2026 als Prototypen ein Zug von Siemens Mobility sowie ein Zug der S-Bahn Stuttgart mit intelligenter Sensorik ausgerüstet. Der Mireo Smart Zug von Siemens Mobility wird dabei den Weg aus der Abstellanlage bis zur ersten Station vollautomatisiert und ohne Lokführerin oder Lokführer zurücklegen.“ Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unterstützt das Vorhaben. Der Parlamentarische Staatssekretär Michael Kellner überreichte in Berlin einen Förderbescheid über rund 42,6 Millionen Euro. Dieser Antrag soll sicherstellen, dass die Region an den entsprechenden Projekten beteiligt ist und die Umsetzung schnellstmöglich erfolgt, damit die durch Stuttgart 21 erreichte Spitzenposition gewahrt bleibt.

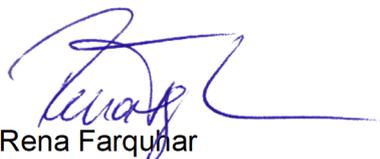
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

22.10.2023

Antrag

Anfrage

Ausdehnung der Home-Area von Carsharing-Angeboten und On-Demand-Ridepooling-Angeboten auf die gesamte Region

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

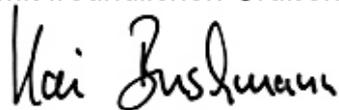
1. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart nimmt Gespräche mit den aktuellen Anbietern von Carsharing-Angeboten und On-Demand-Ridepooling-Angeboten im Gebiet der Region Stuttgart auf, mit dem Ziel, eine Definition der „Home-Areas“ zu erreichen, die alle 179 Städte und Gemeinden umfasst und so erreichbar macht.
2. Der Verband Region Stuttgart setzt ein Vermittlungsportal auf, das ähnlich wie Hotelportale, alle vorhandenen Angebote zusammenfasst und so die Nutzung der Dienste und den Preisvergleich erleichtert. Er strebt eine gemeinsame App aller Anbieter an.

Die FDP-Regionalfraktion geht davon aus, dass diese Punkte im Rahmen der eingestellten Mittel für den regionalen ÖPNV, dem diese Angebote zuzurechnen sind, erfolgen kann. Wenn dies nicht zutrifft, beziffert die Geschäftsstelle den erforderlichen Betrag und stellt diesen als von der FDP-Regionalfraktion beantragt, zur Beschlussfassung ein.

Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion sieht ein Hemmnis für die verbesserte Nutzung der momentan schon vorhandenen alternativen Mobilitätsangebote in zwei Punkten. Erstens ist das Angebot für die möglichen Kunden sehr unübersichtlich und zersplittert. Zweitens ist der Geltungsbereich nicht einheitlich. Manche Carsharing-Anbieter decken bereits die ganze Region ab. Andere Anbieter von On-Demand-Angeboten aber auch von Fahrzeugen für Selbstfahrende konzentrieren sich auf Stuttgart. Die Erfahrung zeigt, dass dies für eine Startphase solcher Angebote typisch ist. Der entscheidende Erfolgsfaktor ist aber a) Nutzerfreundlichkeit und b) Vergleichbarkeit der Angebote. Dazu sollten die digitalen Möglichkeiten umfassend genutzt werden. Da diese Vergleichbarkeit vom Einzelfahrschein (VVS) bis zum Tagespreis und Sonderpauschalen (zum Beispiel Deer) reichen muss, bietet sich an, dass der Verband Region Stuttgart die Rolle des Vermittlers und Organisers übernimmt und je nach Ergebnis der Gespräche auch für die Umsetzung beispielsweise in Form eines Mobility-Portals federführend ist.

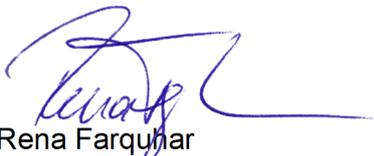
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Kai Buschmann, Armin Serwani,
Rena Farquhar, Albrecht Braun,
Gabriele Heise, Volker Weil,
Hartfrid Wolff

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Schafgasse 13, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

22.10.2023

Antrag

Anfrage

Etatposten für Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten senken

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt zur Behandlung im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2024:

Der Ansatz bei den Ausgaben des Verbandes Region Stuttgart für „Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten“, Haushaltsstelle 44210000, Etatentwurf Seiten 116 und 117 wird im Haushaltplan von den für 2024 eingeplanten 990.700 Euro (plus 9,11 Prozent gegenüber dem Ansatz für 2023 von 908.000 Euro) auf 950.000 Euro (plus 4,63 Prozent gegenüber dem Ansatz von 2023) gesenkt und damit die Steigerung auf 40.700 Euro beschränkt.

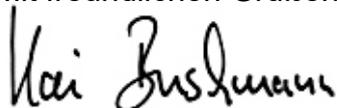
Begründung:

Die FDP-Regionalfraktion sieht den im Etat enthaltenen Ansatz als zu hoch an. Wie in den Erläuterungen zur Haushaltsstelle 44210000 ausgeführt, greift die Erhöhung der Entschädigung um 45.700 Euro erst ab September 2024. Es erscheint aber unwahrscheinlich, dass in den vier Monaten bis Dezember tatsächlich so viele Fraktionssitzungen zu den erhöhten Sätzen abgehalten werden, wie für diese Erhöhung berechnet. Die Terminplanung des Verbandes sieht derzeit für diesen Zeitraum insgesamt

12 Sitzungen von Regionalversammlung und Ausschüssen vor, zu denen dann noch die entsprechenden Fraktionssitzungen kämen. Die FDP-Regionalfraktion geht deshalb davon aus, dass die für das ganze Jahr 2024 ohnehin als Einzelposten eingestellten 624.000 Euro ausreichen dürften, um die fälligen Entschädigungen für Verdienstauffälle und Fahrtkosten abzudecken, zumal diese durch den Einsatz von durch den Arbeitgeber gestellten oder privat erworbenen Deutschland-Tickets für Teile der Regionalrätinnen und -räte ganz entfallen dürften. Deswegen schlägt sie vor, den gesamten Etatposten von 990.700 Euro auf 950.000 Euro zu senken, was immer noch eine Steigerung von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr wäre.

Alle Fraktionen sollten sich auch bemühen, ihre Abrechnungen niedrig zu halten.

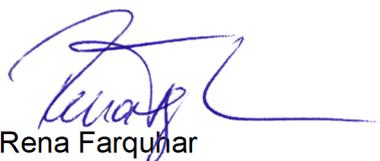
Mit freundlichen Grüßen



Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Armin Serwani



Rena Farquhar



Gabriele Heise



Albrecht Braun



Volker Weil



Hartfrid Wolff

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Ländle leben lassen – Bruttowohndichtewerte anheben

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

Die Regionalversammlung beschließt, im Sinne der im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgeschriebenen kurzfristigen Reduktion des Flächenverbrauchs auf 2,5 Hektar pro Tag mit dem Ziel der Netto-Null bis 2035, sowie im Sinne des gemeinsamen Volksantrags "*Ländle leben lassen*", höhere verbindliche Obergrenzen für den Flächenneuverbrauch festzulegen.

Dazu werden die Ziele der Freiraumsicherung/Bruttowohndichte (2.4.0.8 (Z)) im Textteil des Regionalplans¹ wie folgt angehoben:

- Oberzentrum und Schwerpunkte des Wohnungsbaus = 130 Einwohner pro Hektar
- Mittelzentren = 110 Einwohner pro Hektar
- Unterzentren = 90 Einwohner pro Hektar
- sonstige Gemeinden mit verstärkter Siedlungstätigkeit = 80 Einwohner pro Hektar
- Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung im Verdichtungsraum und der Randzone um den Verdichtungsraum = 70 Einwohner pro Hektar
- übrige Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung = 60 Einwohner pro Hektar.

Die Geschäftsstelle bereitet eine Teilplanänderung vor und erstellt hierzu eine Beschlussvorlage für die Regionalversammlung.

Begründung:

Der Flächenverbrauch in Baden-Württemberg ist trotz der von der Landesregierung angestrebten Begrenzung auf 2,5 Hektar pro Tag nach wie vor hoch. Zwar ging der Bodenverschleiß nach 2017 leicht zurück, stieg jedoch ab 2020 wieder deutlich an und ist nach wie vor fast doppelt so hoch wie der Richtwert (2022: 4,6%)². Der bereits zitierte Volksantrag "*Ländle leben lassen*" von über 20 Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden³ setzt sich dafür ein, die seitens der Landesregierung selbst gesetzten Richtwerte gesetzlich verpflichtend zu machen. Ein erstes positives Zeichen ist hier, dass das Bundesverwaltungsgericht den umstrittenen Flächenfraß-Paragraphen 13b des Baugesetzbuchs (BauGB) am 18.7.2023 als unvereinbar mit europäischem Recht beschied⁴. Auch stagniert das Interesse an Einfamilienhäusern gegenwärtig aufgrund der allgemein gestiegenen Baukosten sowie der Baukreditzinsen, wodurch die Ausweisung derartig flächenintensiver Wohngebiete an Attraktivität verliert.

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in der Region bleibt jedoch auf hohem Niveau, insbesondere in Stuttgart, aber auch in den Landkreisen. Diese Situation wird sich laut aktuellen Prognosen bis 2030 noch deutlich durch Zuzug verschärfen⁵. Kompaktere Wohnquartiere, möglichst funktionsgemischt und gemeinwohlorientiert entwickelt, sind hierauf die richtige Antwort. Zu diesem Schluss kommt auch die Architektenkammer Baden-Württemberg und fordert eine Novelle des Baurechts zum Flächensparen⁶.

Flächenschutz und Wohnraumversorgung sind zwei lose Enden, die es zu verbinden gilt. Hierzu hat unsere Fraktion bereits in den Haushaltsberatungen 2015 und 2016 Impulse zur Erhöhung der Bruttowohndichte eingebracht, um Städte und Gemeinden zum flächenschonenden, aber qualitativ hochwertigen Städtebau zu ermutigen. So können Bauproduktionskosten, Infrastrukturkosten und damit auch Mietpreise gesenkt und eine wesentliche Voraussetzung für eine tragfähige ÖPNV- und Schienenanbindung geschaffen werden – Vorgaben, die viele Kommunen bereits freiwillig erfüllen⁷. Bereits durch geringfügige Anpassungen (z.B. Kettenhäuser statt freistehender Einfamilienhäuser), können selbst Eigenentwicklergemeinden deutlich erhöhte Wohndichten erreichen, die sich in die ortstypische Bebauung einfügen.

Angesichts dieser drängenden Probleme will unsere Fraktion das Thema Bruttowohnflächenverdichtung im aktuellen Haushalt erneut aufgreifen, um die anhaltende und unwiederbringliche Versiegelung hochwertigster Böden in der Region zu verhindern, und dennoch erschwinglichen Wohnraum zu fördern.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Peter Rauscher
stellv. Fraktionsvorsitzender



Sebastian Lucke
Mitglied im Planungsausschuss

¹ Siehe https://www.region-stuttgart.org/fileadmin/Verband_Region_Stuttgart/Planung/Dokumente/regionalplan_2009_text.pdf

² <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/GebietFlaeche/GB-FV-LR.jsp>

³ <https://www.laendle-leben-lassen.de/>

⁴ <https://www.bverwg.de/pm/2023/59>

⁵ Dargestellt u.a. im Wohnbau-Forum für die Region Stuttgart (2017)

⁶ Siehe beispielsweise <https://www.akbw.de/themen/presse/archiv-pms/2023/flaechenverschwendung-tabu> und https://kraichgau.news/region/c-politik-wirtschaft/flaechenverbrauch-reduzieren-und-baurecht-veraendern_a112205

⁷ https://region-stuttgart.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZRsvSekV4YO5h1hK_AZKk_0cHA_q_C_8wI0QK_5C2cDAY/Vorlage_-ohne_Beschluss-_PLA12716.pdf

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: CO₂-Schattenpreis bei der Fortschreibung des Regionalverkehrsplans anwenden

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

1. Im Zuge der mittelfristigen Anpassung des Regionalverkehrsplans wird ein CO₂-Schattenpreis von 237 Euro pro Tonne Kohlendioxid zugrunde gelegt. Die Geschäftsstelle bemisst nach anerkannten Berechnungsverfahren zusätzlich zum „*Climate-Proofing*“ die zu erwartenden CO₂-Emissionen aus der Errichtung der Infrastrukturen („Graue Energie“¹) und stellt diese in Verbindung mit den Klimafolgekosten für alle Infrastrukturvorhaben dar.
2. Bei künftigen klimarelevanten Entscheidungen im Wirkungshorizont des Verbands Region Stuttgart wird dieser CO₂-Schattenpreis ebenfalls zugrunde gelegt und regelmäßig entsprechend der Empfehlungen des Umweltbundesamts angepasst. Die Klimafolgekosten der Entscheidungen sind in geeigneter Weise in den Beschlussvorlagen darzustellen.

Begründung:

Umweltbelastungen, insbesondere Klimafolgen, verursachen immense Kosten für die Gesellschaft, etwa in Form von umweltbedingten Gesundheits- und Materialschäden, Ernteauffällen oder Schäden an Ökosystemen und Infrastrukturen. Im Jahr 2021 betragen nach Angaben des Umweltbundesamts (UBA) die Umweltkosten allein in den Bereichen Straßenverkehr, Strom- und Wärmeerzeugung mindestens 241 Milliarden Euro. Das UBA empfiehlt auf Grundlage der Methodenkonvention für im Jahr 2022 emittierte Treibhausgase einen Kostensatz von 237 Euro pro Tonne Kohlendioxid (t CO₂) zu verwenden (1% Zeitpräferenzrate).

Die vom UBA ermittelten Kostensätze machen deutlich, welchen Nutzen Klima- und Umweltschutz für die Gesellschaft hat und welche Kosten der Gesellschaft durch Unterlassung entstehen. Sie ermöglichen eine bessere Abschätzung der Folgen von öffentlichen Investitionen und regionalbedeutsamen Infrastrukturvorhaben. Da Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) die Hauptverursacher des Klimawandels sind, ist die Einpreisung der realen Klimafolgekosten ein entscheidender Hebel für den globalen Klimaschutz.

Zu den Zielsetzungen der Regionalverkehrsplanung zählt auch die Reduzierung der negativen Wirkungen des Verkehrs, insbesondere die Treibhausgase. Hierzu wurde als Reaktion auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Fortschreibung des Regionalverkehrsplans – Klimafolgen berücksichtigen“ aus dem Jahr 2013 das „*Climate-Proofing*“ in das Fortschreibungsverfahren integriert. Dies wird jedoch nur auf die Nutzung von Infrastruktur angewandt, nicht auf die bei ihrem

Bau entstehenden Emissionen. Dadurch wurden die bauseitigen Emissionen („Graue Energie“), die einen sofortigen negativen Einfluss auf das Klima haben und in der Lebenszyklusbetrachtung dominieren, bislang nicht hinreichend beachtet. Dabei kommt ihnen im Rahmen der Standardisierten Bewertung des GVFG künftig ein deutlich größeres Gewicht zu, um Kosten und Nutzen seitens der Fördermittelgeber abzuschätzen.

Mit dem Regionalverkehrsplan nimmt der Regionalverband ganz wesentlichen Einfluss auf Investitionsentscheidungen von Bund und Land. Da sich die Rahmenbedingungen für die Raumentwicklung seit der Verabschiedung des Regionalverkehrsplans am 18.07.2018 grundlegend geändert haben (u.a. durch die Klimaschutzgesetze von Bund und Land sowie durch die Klarstellung des Bundesverfassungsgerichts, dass Klimaschutz Verfassungsrang besitzt), müssen Infrastrukturen in ihrer Klimafolgewirkung umfassend bewertet werden. Hier kann der CO₂-Schattenpreis, aufgeführt in der Wirtschaftlichkeitsbewertung als Summe und separate Spalte, als Orientierungshilfe bei der Entscheidung dienen.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



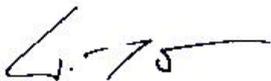
Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Peter Rauscher
stellv. Fraktionsvorsitzender



Michael Knödler
Mitglied im Verkehrsausschuss



Wolfgang Hoepfner
Mitglied im Verkehrsausschuss

¹ Die Energiemenge, die für die Errichtung eines Gebäudes sowie für Produktion, Transport und Entsorgung der Baustoffe anfällt.

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Erreichbarkeit kulturell-historischer Veranstaltungsorte

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

Die Geschäftsstelle erstellt einen Bericht über die Erreichbarkeit kultureller und historischer Veranstaltungsorte außerhalb städtischer Zentren mit dem ÖPNV und mit Fahrrädern oder Pedelecs.

Der Bericht soll Grundlage dafür sein, das ÖPNV-Angebot und dessen Vertaktung gemeinsam mit den Landkreisen zu verbessern.

Begründung:

Für den Tourismus, für Naherholung, für Freizeitverkehre und für Kultur bietet unsere Region zahlreiche Orte im ländlichen Bereich. Ein touristisches Themenportal beispielsweise beschreibt dieses Potential anhand einer „Dichterreise“ durch die Region wie folgt:

„Von Stuttgart aus lässt sich ein bedeutender Teil der literarischen Landschaft Baden-Württembergs erkunden, die reich an Dichtern und Philosophen von Weltruf ist. Viele der Dichterhäuser und biografischen Literaturmuseen wurden in den vergangenen Jahren nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten neu gestaltet und mit multimedialen Präsentationen ausgestattet. Der durch das Land reisende Besucher bekommt anschaulich ein breites Panorama deutscher und europäischer Geistesgeschichte geboten. Die Tour zu biografischen Orten von Schriftstellern in der Region Stuttgart beginnt nördlich am Deutschen Literaturarchiv in Marbach und endet in Blumhardts Literatursalon in Bad Boll.“¹

Obwohl diese Orte unsere Region auszeichnen, sind sie häufig schlecht oder gar nicht mit dem ÖPNV erreichbar. Ein extremes Beispiel hierfür ist das „Oppidum Heidengraben“, mit fast 17 Quadratkilometern eine der größten befestigten spätkeltischen Siedlungen Europas². Dort entsteht ein neues großes Besucherzentrum (Heidengrabenzentrum). Eine ÖPNV-Anbindung ist jedoch nicht vorhanden.

Eine gute und schnelle ÖPNV-Anbindung für historische und kulturelle Einrichtungen ist daher kein Nischenthema, sondern ein wichtiges Element für die Akzeptanz dieser Einrichtungen. Sie dient aber auch den Besucherinnen und Besuchern, die so einen wichtigen und guten Zugang und damit gute freizeittouristische Möglichkeiten bekommen.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



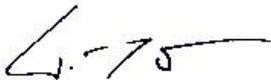
Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Peter Rauscher
stellv. Fraktionsvorsitzender



Michael Knödler
Mitglied im Verkehrsausschuss



Wolfgang Hoepfner
Mitglied im Verkehrsausschuss

¹ <https://www.kulturreise-ideen.de/literatur/dichterorte/Tour-dichterhaeuserin-und-um-stuttgart.html>

² <https://www.keltenland-bw.de/keltenland/der-heidengraben/>

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Kontinuierliche Mobilitätsbefragung

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

Die Geschäftsstelle prüft die Ausweitung der kontinuierlichen Mobilitätsbefragung (KONTIV) "Mobilität in Stuttgart heute und morgen"¹ von SSB AG und Landeshauptstadt Stuttgart auf die Gesamtregion, mit dem Ziel eines Monitorings von Quell-, Ziel- und Binnenverkehren.

Die etwaigen Mehrkosten zur Ausweitung der Mobilitätsbefragung in regelmäßigen Abständen werden im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellt.

Begründung:

Seit 2016 weist unsere Fraktion wiederholt darauf hin, dass viele verkehrspolitische Entscheidungen in der Region ohne eine ganzheitliche, detaillierte Betrachtung der Verkehrsströme und des Modal Split getroffen werden. Dabei kann der Neu- oder Ausbau von Verkehrswegen sowie von ÖPNV-Angeboten verkehrliche Auswirkungen weit über den Einzugsbereich eines einzelnen Projekts hinaus mit sich bringen.

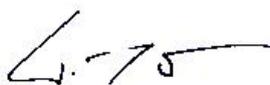
Die Untersuchung „Mobilität in Deutschland“, auf die seitens der Verwaltung bei unseren vorausgehenden Anträgen hingewiesen wurde, stellte 2017 Zahlen zum Modal Split für das gesamte Bundesgebiet vor, und die Folgestudie soll Ende 2024 vorliegen. Regionale Details, insbesondere bezüglich der Verkehrsströme, können hieraus allerdings nur sehr begrenzt abgeleitet werden.

Für Stuttgart dagegen liegen mit der KONTIV-Erhebung der SSB und der Stadt Stuttgart aus dem Jahr 2020 bereits sehr spannende Daten vor. Sinnvoll ist daher aus Sicht der Fraktion DIE LINKE/PIRAT, unter Nutzung von Synergieeffekten regelmäßig aktualisiertes Datenmaterial zur tatsächlichen ÖPNV-Nutzung zu erhalten, welches die lang- und mittelfristigen Projektionen des Verkehrsmodells ergänzt und gegebenenfalls auch korrigiert.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Hoepfner
Mitglied im Verkehrsausschuss



Michael Knödler
Mitglied im Verkehrsausschuss

¹ https://www.ssb-ag.de/fileadmin/02_Kundeninformation/SSB_Mobilitaetsbroschuere_2020.pdf.

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Machbarkeitsstudie für eine regionale CO₂-Kompensationsstrategie

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

Die Geschäftsstelle des Verbands Region Stuttgart beauftragt eine Machbarkeitsstudie für eine regionale CO₂-Kompensationsstrategie als Grundlage für zyklisches Bauen.

Die Geschäftsstelle ermittelt die hierfür notwendigen Kosten und stellt diese in den Haushalt ein.

Begründung:

Die Bauwirtschaft setzt sehr viel CO₂ frei und stellt mit ihren „grauen Emissionen“ sogar den Verkehrssektor in den Schatten. Jede Baumaßnahme, jeder Hoch- oder Tiefbaubau, jeder Neu- und Umbau hinterlässt einen klimaschädlichen Fußabdruck. Ohne aktives Bauen aber lassen sich auch viele sozialräumliche Ziele nicht umsetzen.

Die Bauwirtschaft in Deutschland ist ein konservatives, regional geprägtes und kleinteilig strukturiertes Gewerbe. Fast 90% der Betriebe haben weniger als 20 Beschäftigte. Der Adressat der Klimaneutralität ist daher keine greifbare Großindustrie, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Handwerksbetriebe. Eine Folge dieser Betriebsstrukturen ist, dass im Baugewerbe bisher wenig und unkoordiniert geforscht wurde, und Bauen daher eine eher innovationsarme Disziplin ist. Es fehlen regionale Strategien, die Baupraxis vor Ort zu transformieren. Ohne die Region als Möglichkeitsraum und die Regionalverwaltung als „Möglichkeitsbeschaffer“ werden in Zukunft die Strukturen fehlen, die dem regional tätigen Baugewerbe bei der Transformation einen verlässlichen Rahmen bieten können. Es gibt sie natürlich auch, die großen Player der Baustoffherstellung: Der württembergische Zementproduzent Heidelberg Materials (ehemals Heidelberger Zement) hat das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein. Im Jahr 2030 soll die CO₂-Emission pro Tonne Zement in Deutschland 400 kg und in der globalen Produktion 500 kg betragen. Damit steht die Bauwirtschaft trotz der Hoffnung auf grünen Wasserstoff vor einer gigantischen Transformation hin zur Dekarbonisierung. Wie sie aussehen soll, ist bisher unklar.

Obwohl also Stoffkreisläufe aufgebaut werden, der Holzbau boomt und dem Bauerhalt ein Vorrang eingeräumt wird, sind die Hürden enorm, den CO₂-Ausstoß im Bauwesen vollständig abzusenken. Ohne Kompensationsmaßnahmen und neue Zyklen des Bauens wird das Ziel der Klimaneutralität im Bauwesen mittelfristig nicht zu erreichen sein. Dazu kommt, dass gerade technische Bauwerke wie Pumpspeicherkraftwerke oder Kläranlagen in der Regel ohne den klimaschädlichen Baustoff Beton nicht auskommen werden. Es gibt keinen gesetzlichen Mechanismus, baulich verursachte und unvermeidbare Verunreinigungen der Atmosphäre mit klimaschädlichen Gasen auszugleichen. Anders als bei der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gibt es auch kein Verschlechterungsverbot oder ein Minimierungsgebot bei baulichen Maßnahmen beziehungsweise

Eingriffen in die Atmosphäre. Der deutsche und europäische Gesetzgeber geht davon aus, dass die Klimaschutzziele allein durch eine stufenweise CO₂-Reduktion erreicht werden können. Dass die energieintensiven und emissionsstarken Bauindustrien wie Zement oder Stahl die Klimaschutzziele auf dem Kompensationsmarkt aufbessern, um ihre Produkte im Markt zu halten, ist stark anzunehmen. Wenn sie dies aber mit klaren Bilanzierungsregeln und auf der Grundlage von internationalen Abkommen tun, dann werden diese Maßnahmen nicht vor Ort an der Quelle der Emissionen sein. Die Externalisierung von Klimaschutzmaßnahmen ist ein wichtiges Instrument, um die globalen Emissionen zu senken, aber verhindert in der Regel die Einführung von klimafreundlichen Produkten und den Aufbau von klimaneutralen Produktionszyklen. Erst durch den Aufbau regionaler Bauzyklen lassen sich die Gewohnheiten unserer kleinteiligen und konservativen Baukultur ändern.

Eine CO₂-Kompensationsstrategie von baulichen Maßnahmen kann jedoch erst am Ende einer generellen Vermeidungsstrategie stehen, die die Bauaufgabe an sich hinterfragt, die Nutzung bestehender räumlicher oder baulicher Anlagen oder Bauelemente favorisiert, und den Einsatz rezyklierfähiger Materialien maximiert hat. Die freiwillige Kompensation von unvermeidbaren klimaschädlichen Emissionen ist also Teil der Bauwende. Grundsatz für alle ökologischen Strategien sollte sein, dass die Region, in der man lebt, und die Region, von der man lebt, im selben Raum miteinander verbunden sind. Regionales Holz im Wohnungsbau, Ersatzpflanzungen von Bauholz und abkühlende Wälder sollen sich ergänzen.

Da die Regionalplanung der Steuerung baulicher Entwicklungen dient, liegt es nahe, dass in diesem Planungsraum auch die neue Ökologie des Bauens gefördert wird. Aufgabe der Region Stuttgart ist es, Strukturen zu schaffen, um die lokale Bauwirtschaft auf dem Weg in die Klimaneutralität zu begleiten. In der Regionalplanung geht es also in Zukunft nicht mehr darum, klimaschädliches und „kompensiertes“ Wachstum zu kanalisieren, sondern um die Transformation bestehender Ökologien. Ein rein kommunaler Ansatz wird scheitern, weil dieser regelmäßig an die kommunalen Grenzen stoßen würde.

Derzeit gibt es in der Regionalverwaltung noch keine Strukturen, um diese Bauwende zu begleiten und die Transformation der Bauwirtschaft fachlich ausreichend zu unterstützen. Unser Antrag will daher die Bedingungen schaffen, sich mittelfristig von der Regionalplanung als baulichem Wachstumsinstrument zu lösen. Stattdessen sollen, prozesshaft und von der Bauforschung und Vertretern der Bauwirtschaft begleitet, die klimaschädlichen Emissionen und die Kompensationsbedarfe gutachterlich erhoben werden. Ohne eine quantitative Erfassung ist eine kritische und situative Bewertung der Bauaufgaben nicht möglich. Mit der Kompetenz der Klimastiftung Baden-Württemberg sollen zeitlich gestaffelte Kompensationsprojekte erhoben werden, die dem steigenden Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen entsprechen. Ziel der Machbarkeitsstudie ist es, auf regionaler Ebene handlungsfähig zu werden und die räumlichen und funktionalen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Bauwende zu schaffen.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Peter Rauscher
stellv. Fraktionsvorsitzender



Sebastian Lucke
Mitglied im Planungsausschuss

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Mobilitätspunkte in der Region

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

1. Die bestehenden Mobilitätspunkte werden mit Radreparatursäulen ausgestattet und diese Qualitätsverbesserung wird in den Standard für neue Mobilitätspunkte mit aufgenommen.
2. Die bestehenden Mobilitätspunkte werden mit E-Bike-Akkuladestationen ausgestattet und auch diese Qualitätsverbesserung wird in den Standard für neue Mobilitätspunkte mit aufgenommen.
3. Die Verwaltung erstellt eine Nutzungsstatistik für die bereits bestehenden interaktiven Infoterminals.
4. Die Verwaltung prüft die Einrichtung weiterer potentieller Standorte für Mobilitätspunkte, auch an geeigneten Stadtbahnhalten und Bahnhöfen.
5. Die Mittel zur Ausstattung der Mobilitätsstationen mit Radreparatursäulen und E-Bike-Akkuladestationen werden von der Verwaltung bestimmt und im Haushalt 2024 eingestellt.

Begründung:

Aktuell gibt es in 13 Kommunen in der Region ausgewiesene regionale Mobilitätspunkte¹, weitere 20 potentielle Standorte an S-Bahn- und Regionalbahnstationen sind identifiziert, unter anderem am Bahnhof Nürtingen.

Weitere Standorte, wie z.B. Möhringen als Knotenpunkt mit vielen Stadtbahn- und Buslinien, oder Untertürkheim als Verbindung zwischen Stadtbahn und S-Bahn, könnten sich ebenfalls als Standorte eignen.

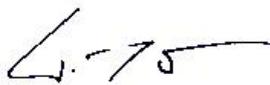
Allerdings hat sich die Neubeschaffung der interaktiven Infoterminals deutlich verteuert. Deswegen sollte geprüft werden, in welchem Umfang sie gegenwärtig genutzt werden². Liegt diese Information vor, so kann man bei künftigen Mobilitätspunkten zielgerichteter entscheiden, ob sie mit einem Infoterminal ausgestattet werden sollen oder nicht.

Die Ausstattung von Mobilitätspunkten mit Radreparatursäulen und Akkuladestationen soll helfen, Fahrräder und E-Bikes schnell wieder flottzumachen. Dadurch lässt sich die Nutzung des Fahrrads als umweltfreundliches Verkehrsmittel in der Region attraktiver machen und weiter fördern.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Hoepfner
Mitglied im Verkehrsausschuss



Michael Knödler
Mitglied im Verkehrsausschuss

¹ Liste der Mobilitätspunkte: <https://www.region-stuttgart.org/de/bereiche-aufgaben/mobilitaet/mobilitaetspunkte/>

² Im ersten Quartal 2023 gab es beispielsweise ca. 5.000 Aufrufe an den 16 Infoterminals, siehe <https://region-stuttgart.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZa3XFPUwreDGc9cO2M4VK-PjcN-yHJWkFjthdOQWksJ/Vorlage-mit-Beschluss-VA-304-2023.pdf#search=Terminal>.

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Nahverkehrsknoten Flughafen optimieren und stärken

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit der Flughafen Stuttgart GmbH (FSG) Gespräche zu führen, mit dem Ziel, den „Verkehrsknoten Flughafen“ durch Verbesserung der ÖPNV-Infrastruktur zu stärken. Dabei sollen insbesondere die nachfolgenden Punkte angesprochen werden:

1. Die Wiederinbetriebnahme der Bushaltestelle vor dem Terminalgebäude für lokale und regionale Buslinien – insbesondere auch die RELEX-Linien X10 und X60.
2. Die Vervollständigung und Verbesserung der Leitsysteme zwischen den Terminals, einschließlich S-Bahn, künftigem Flughafenbahnhof, SAB und Haltestelle der U6.
3. Ein barrierefreier Ausbau der Wegeverbindungen zwischen den Terminals, einschließlich S-Bahn, künftigem Flughafenbahnhof, SAB und Haltestelle der U6, unter Berücksichtigung eines möglichst vollständigen Wetterschutzes.

Begründung:

Nach der Inbetriebnahme des Stuttgart Airport Busterminals (SAB) hatte die FSG die bisherige Haltestelle für den lokalen und regionalen Busverkehr vor dem Terminalgebäude außer Betrieb genommen. Auch die regionalen und lokalen Buslinien halten nun ausschließlich am SAB. Für zahlreiche ÖPNV-Fahrgäste hat sich dadurch sowohl die Erreichbarkeit der Terminals als auch der S-Bahn erheblich verschlechtert. Auch die Haltestelle der neu eröffneten U6 liegt in erheblichem Abstand zum SAB. Der VVS weist bei „normaler“ Laufgeschwindigkeit Wegezeiten für den Weg vom SAB zur S-Bahn bzw. vom SAB zur Stadtbahn U6 von mindestens 6 bzw. 7 Minuten aus – und das ohne Gepäck.

Die Beschilderung der Wege zwischen Terminal, SAB und U6 ist mit kleinen Schildern halb versteckt und teilweise lückenhaft. Die Wege sind unattraktiv, nicht wettergeschützt und beinhalten zahlreiche Barrieren wie Kanten oder Löcher. Eine Wegeleitung für blinde bzw. sehbehinderte Menschen existiert nicht.

Die Gesamtsituation macht den „Verkehrsknoten Flughafen“ als Umsteigeort äußerst unattraktiv, was sich auch anhaltend negativ auf die Nutzung der RELEX-Linien X10 und X60 auswirken dürfte.

Die Wiederinbetriebnahme des Bussteigs vor dem Terminal, der bisher keiner anderen Nutzung zugeführt wurde, kann die Wege erheblich verkürzen und den Knoten insgesamt attraktiver machen. Idealerweise sollten die lokalen und regionalen Busse sowohl den Bussteig vor dem Terminal als auch den SAB anfahren. Am SAB könnten dabei weiterhin „Standzeiten“ abgewartet werden.

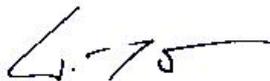
Sollte sich die FSG einer Wiederinbetriebnahme des Bussteigs vor dem Terminal verweigern, sollten die Gespräche zumindest mit dem Ziel der besseren und lückenlosen Beschilderung der Wege sowie des barrierefreien Ausbaus dieser Wege geführt werden.

Eine derartige Steigerung der Attraktivität und Nutzerfreundlichkeit am Verkehrsknotenpunkt und Mobilitätsschwerpunkt Flughafen wäre auch im wohlverstandenen Interesse der Region und der Fahrgäste der S-Bahn sowie der RELEX-Busse.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Hoepfner
Mitglied im Verkehrsausschuss



Michael Knödler
Mitglied im Verkehrsausschuss

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Neckaroffensive jetzt – Mehr Fluss wagen!

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt

- Ausgehend vom Abschlussbericht zum Neckar-Forschungsprojekt "Adressen am Fluss" richtet der Verband Region Stuttgart eine niederschwellige Förderlinie für "Neckarpioniere" in Höhe von 500.000 Euro pro Jahr für Einzelprojekte am Neckar bis 100.000 Euro ab 2024 ein. Die Verbandsverwaltung unterbreitet einen Umsetzungsvorschlag für die neue Förderlinie.
- Die Geschäftsstelle hinterlegt im Stellenplan eine neue Stelle in EG 13, Landschaftsplaner*in für Projekte am Neckar, mit dem Ziel, Neckarpioniere und Kommunen bei der Entwicklung von Landschaftsparkprojekten und „Adressen am Fluss“ entlang des Neckars fachplanerisch zu unterstützen, sowie die neue Förderlinie zu betreuen.
- Die Verbandsverwaltung entwickelt mit dem Land Baden-Württemberg, den Land- und Stadtkreisen sowie den Anrainerkommunen eine "Rivermap Neckaroffensive 2035", mit dem Zielhorizont, bis zum Jahr 2035 eine unbedenkliche Badegewässerqualität entlang des Neckars herzustellen. Als Zwischenziel soll ein tagesaktuelles Monitoring mit einem Ampelsystem verfolgt werden, um das gefahrlose Baden im Neckar in Abschnitten mit geringer Belastung aufzuzeigen.
- Die finanziellen Mehrbedarfe werden im Haushaltsplan hinterlegt. Etwaige Förderhorizonte seitens des Landes, des Bundes und der EU sind fortlaufend zu prüfen.

Begründung:

Im Abschlussbericht "*Flussregion werden – Mehr Lebensqualität am Wasser in der Region Stuttgart*" zum Projekt "*Adressen am Fluss*" findet sich eine zentrale Antwort auf die Frage, wie der Neckar als Natur- und Lebensraum attraktiver gestaltet werden kann: Wünschenswert wäre eine Förderlinie für Neckarpioniere, für agile Initiativprojekte unter dem Motto „Kleinere Projekte, schnellere Umsetzungen“¹. Ziel der geförderten Projekte ist die Rückaneignung des industriell überformten Flusslaufs als Bundeswasserstraße, und damit ein Transformationspfad zur multifunktionalen Inwertsetzung des Neckars. Dies gilt es auch im Hinblick auf eine stärkere Resilienz gegenüber klimawandelbedingten Multigefahren zu forcieren, wie Hochwasser und Starkregen. Entstehen soll eine multicodierte Flusslandschaft mit Mehrwert für Mensch, Tier und Natur. Darüber hinaus könnten diese Pilotprojekte als Initialzündungen für größerflächige Landschaftsreparaturen dienen, im Sinne eines regionalen Kompensationsflächenmanagements.

Mit der von uns vorgeschlagenen Fachplanerstelle beim Verband Region Stuttgart hätten wir die Möglichkeit, betroffene Kommunen – die häufig finanziell nicht in der Lage sind, eigene fachplanerische Kompetenzen vorzuhalten – und engagierte Pioniere bei der Projektierung zu

unterstützen. Insgesamt könnte sich so die Zahl der Anträge für das Landschaftspark-Förderprogramm erhöhen, womit der Wettbewerbsansatz im Hinblick auf die Konkurrenz qualitativ hochwertiger Einzelanträge gestärkt werden würde.

Die von uns vorgeschlagene Neckaroffensive 2035 soll jedoch über die gestalterische Aufwertung der Rand- und Uferzonen des Flusses hinausweisen, mit dem Ziel, die Wasserqualität sukzessive zu verbessern, um bis 2035 das gefahrlose Baden im Neckar im Sinne der Parameter der Badegewässerverordnung zu ermöglichen. Trotz der Aufwertung des Neckarufers mit weiteren Projekten in der Umsetzung und Planung² wurden bisher keine Badestellen in Betracht gezogen. In Stuttgart selbst besteht seit den 1950er Jahren ein polizeirechtliches Badeverbot im Neckar aufgrund von Schadstoffeinleitung, Schiffsverkehr und gefährlichen Unterströmungen. Wird die Wasserqualität auf Badewässer-Niveau angehoben, könnten zumindest gesicherte Badestellen ausgewiesen werden. Laut Analysen des Landesgesundheitsamts hat sich die hohe Kontamination des Neckars bisher nicht verringert, was zeigt, dass ein „Weiter so“ nicht zielführend ist. Stattdessen ist eine mit Maßnahmen unterlegte Gesamtstrategie erforderlich.

Ein im Rahmen der Neckaroffensive zu entwerfender Fahrplan für die Siedlungsentwässerung muss beispielsweise zusätzliche Klärstufen zur Elimination von Spurenstoffen und Mikroorganismen vorsehen, sowie technisch auf die Einhaltung der mikrobiologischen Anforderungen an Badegewässer ausgerichtet sein. Außerdem muss der Eintrag kritischer Stoffe aus der Landwirtschaft verringert und die weiteren „Schmutzfrachten“ aus Abwässern und Abschwemmungen durch Begleitmaßnahmen vermindert werden.

Die Vorschläge und Vorgaben für das Projekt Neckaroffensive 2035 sollten daher in das politische Zielbild des VRS integriert, durch ein kontinuierliches Monitoring unterstützt und mit Handlungsempfehlungen unterlegt werden. Die Kosten für eine Landschaftsplanungsstelle wären überschaubar und könnten sich durch Koordinierungs- und EU-Fördermittel weiter verringern.

Unsere Fraktion erwartet keine sofortige Rückkehr zu der landschaftlichen Schönheit des Neckars, die Goethe im 18. oder Mark Twain im 19. Jahrhundert bewunderten³, doch die Gestaltung eines attraktiven Lebens- und Aufenthaltsraums für Mensch und Natur wäre machbar.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Peter Rauscher
stellv. Fraktionsvorsitzender



Sebastian Lucke
Mitglied im Planungsausschuss

¹ Siehe <https://www.iba27.de/wp-content/uploads/Flussregion-werden.pdf>, S. 14

² Siehe unter anderem "Erlebnisraum Neckar: Ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss", 2017, (<https://www.stuttgart-meine-stadt.de/file/5b9f9acfd10d432e3d447702>)

³ Siehe Johann Wolfgang von Goethe, *Aus einer Reise in die Schweiz über Frankfurt, Heidelberg, Stuttgart und Tübingen im Jahre 1797*, und Mark Twain, *Ein Bummel durch Europa* (1880).

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Radregion Stuttgart gestalten

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

Die Geschäftsstelle prüft die Erstellung eines regionsweiten Radverkehrskonzepts. Ziel des Konzepts ist die Integration des Fahrrads als vollwertiges Verkehrsmittel im Alltags- und Freizeitverkehr, die Entwicklung eines übergreifenden regionalen Radwegenetzes, sowie weiterführende Planungen mit Kreisen und Kommunen zum Ausbau eines schnellen, sicheren und in den ÖPNV eingebundenen Radverkehrs. Dabei sollen mit den Baulastträgern Maßnahmen definiert und ein entsprechendes Monitoring etabliert werden.

Ziel ist ein Netzausbau in der Region statt nur Linienverbindungen. Oft endet die Vernetzung an Gemeinde- und Kreisgrenzen. Dabei sollen sowohl Radwege für Pendler als auch touristisch genutzte Radwege betrachtet und Schnittstellen planerisch ausgestaltet werden.

Das Ergebnis der Untersuchung soll in die mittelfristige Fortschreibung des Regionalverkehrsplans einfließen.

Die Mittel zur Erstellung eventuell notwendiger Gutachten und Konsultationen mit Kommunen, Radverkehrsbeauftragten sowie Radverbänden und Radinitiativen werden im Haushalt 2024 eingestellt.

Begründung:

Der Radverkehr ist eine ökologische, klimafreundliche Form der Mobilität, die der Gesundheit der Radnutzenden dient und darüber hinaus noch Spaß macht. Um das volle Potenzial der Radmobilität auszunutzen, sind allerdings Maßnahmen nötig, die in anderen Verkehrsbereichen wie dem MIV oder dem ÖPNV selbstverständlich sind. Notwendig ist vor allem ein Konzept für gefahrlose Wege, das die Alltagsbedürfnisse (Arbeit, Schule, Einkaufen, Freizeit) abhängig von topographischen Gegebenheiten und körperlicher Konstitution berücksichtigt.

Der Verband Region Stuttgart hat in den letzten Jahren einiges unternommen, um den Radverkehr populärer und besser zu machen. Unter anderem zu nennen ist die Förderung von Radsportevents wie der breitensportorientierten "Brezel-Race", die Förderung von RegioRad-Standorten und ihre Integration in die ÖPNV-Nutzung mit der Polygo-Card, oder die Förderung von intermodalen Mobilitätspunkten mit Rad- oder Pedelec-Verleihstationen. Außerdem existiert der Runde Tisch Radschnellwege, allerdings wird hier nur selten über aktuelle Fortschritte berichtet.

Ein zentraler Faktor wurde jedoch bisher vernachlässigt: ein übergeordnetes, kreis- und gemeindeübergreifendes Konzept zum Ausbau des Radverkehrs in der Region. Dies wird dringend benötigt, um die bestehenden Schwachstellen beim Radverkehrsausbau anzugehen – die autozentrierte Straßenplanung, fehlende sichere Abstellmöglichkeiten, oder die aktuellen Probleme, die beim Fahrradverleih RegioRad mit defekten Rädern und störungsanfälligen Ausleihmechanismen leider schon zum Rückzug mehrerer Kommunen aus dem Projekt geführt haben. Darüber hinaus verhindert der sehr zögerliche Ausbau der Radschnellwege in der Region mit mangelhaften Verbindungen über die Gemeindegrenzen hinweg ein schnelles und risikofreies Vorankommen mit dem Fahrrad. All diese Probleme könnte ein regionsübergreifendes Konzept in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Aufgabenträgern und gemeinwohlorientierten Organisationen im Radbereich angehen.

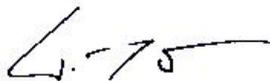
Ein solches Konzept wurde beispielsweise 2022 im Regionalverband Großraum Braunschweig verabschiedet, mit dem Ziel, den Radverkehr attraktiver zu machen und als Grundlage für einen weiteren Ausbau des Fahrradverkehrs und entsprechende weiterführende Planungen zu dienen¹.

Von der fahrradfreundlichen Konzeption neuer Stadtgebiete über die Einrichtung weiterer Mobilitätsknotenpunkte zur Verbindung von Rad und ÖPNV gibt es daher auf regionaler Ebene noch sehr viel Potenzial auszuschöpfen.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Hoepfner
Mitglied im Verkehrsausschuss



Michael Knödler
Mitglied im Verkehrsausschuss

¹ Regionales Radverkehrskonzept und regionales Radverkehrsnetz: <https://www.regionalverband-braunschweig.de/radverkehrskonzept/>

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Regionale Wasserstrategie

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

1. Die Geschäftsstelle des Verbands Region Stuttgart entwickelt, aufbauend auf der Nationalen Wasserstrategie der Bundesregierung und den identifizierten Handlungsfeldern aus dem „Dialogforum Wasser“ der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart und in Kooperation mit der Hochschule für Technik sowie dem Digital Water Institute e.V., einen Strategieprozess für eine maßnahmengestützte regionale Wasserstrategie. Hierbei sind die Erkenntnisse aus dem Cluster-Report Landwirtschaft sowie aus dem laufenden Verbundprojekt zur Klimaanpassung ISAP aufzunehmen.
2. Für den Strategieprozess „Regionale Wasserstrategie“ wird eine unbefristete Projektstelle EG 13 im Stellenplan geschaffen, sowie ein jährliches Sachmittelbudget von 20.000 Euro bereitgestellt.

Begründung:

Wasser ist die kritischste Ressource des 21. Jahrhunderts. 2,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, und immer mehr Länder leiden unter Wasserstress.

Vor dem Hintergrund der stetig ansteigenden globalen Erwärmung sind die Folgen für unsere Region in Form von Hochwasser und Starkregen, sommerlichen Dürreperioden, schwindender Grundwasserneubildung und steigenden Temperaturen der Wasserkörper mit negativen Folgen für die Gewässerökologie deutlich spürbar. Wasserknappheit macht bereits heute die Einschränkung der Entnahme durch die Unteren Wasserbehörden erforderlich. Konflikte um die Nutzung dieser kritischen Ressource werden kontinuierlich zunehmen. Der Übergang zu einer nachhaltigen Wasserwirtschaft ist folglich essenziell für die Zukunft und ein entscheidender Faktor für die Klimaresilienz.

Die Bundesregierung hat auf diese Herausforderungen hin am 15. März 2023 ihre Nationale Wasserstrategie¹ veröffentlicht. Angesichts der spürbaren Folgen der Klimakrise kommt der Sicherung der natürlichen Wasserreserven und dem Übergang zu einer wassersensiblen Planungskultur in Deutschland eine hohe Bedeutung zu. Ziel ist es, ausreichend und dauerhaft Wasser in guter Qualität für die vielfältige menschliche Nutzung und die Ökosysteme bereitzustellen².

Die Landesanstalt für Umwelt und Naturschutz (LUBU) beobachtet gegenwärtig bereits die besorgniserregende Entwicklung der Wasserstände in Baden-Württemberg, um die Bedürfnisse von Industrie und Landwirtschaft abwägen zu können³.

Konfrontiert sind wir mit zwei Problemfeldern. Zum einen die zunehmenden Dürresommer mit nicht ausreichend Niederschlag bei Temperaturen deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte⁴. Fehlender Niederschlag hat Auswirkungen auf die Landwirtschaft, auf den Hitzestress in den Städten, sowie auf die regionale Trink- und Nutzwasserversorgung. Mittel- und längerfristig ist die systematische Schaffung von Wasserreservoirs daher entscheidend, um künftige Verteilungskonflikte zu verhindern. Künstliche Seen als Wasserspeicher mit multifunktionaler Nutzung könnten hier eine regionalbedeutsame Maßnahme darstellen, genauso wie urbane Niederschlagswasserspeicher zur Bewältigung sommerlicher Hitzeperioden.

Die zweite Problematik betrifft die ebenfalls durch die CO₂-bedingte Erwärmung ausgelösten Starkregen- und Hochwasserereignisse, intensiviert durch die menschengemachte Veränderung von Gewässern und Gewässerläufen. Durch die hydraulisch optimierten Gewässer ergeben sich beträchtliche Risiken für die Überschwemmung von Siedlungsgebieten. Verstärkt werden diese Risiken durch die anhaltenden Hitzeperioden. Fällt nach längerer Dürre starker Regen, so können die ausgetrockneten Böden die Wassermengen nicht aufnehmen. Stattdessen fließt das Wasser auf der Oberfläche ab und verursacht Überschwemmungen und Hochwasser.

Hinzu kommen die Probleme durch Niedrigwasserstände für die Binnenschifffahrt und die Frage, wie die regenerative Energiegewinnung durch Nutzung der Wasserkörper, beispielsweise durch Pumpspeicherkraftwerke, Flusswärmepumpen und Laufwasserkraftwerke, erfolgen kann.

Diese sich deutlich abzeichnenden Problem- und Handlungsfelder im Bereich Wasser bedürfen einer vorausschauenden Planung auf regionaler Ebene, um die Region Stuttgart auf die Wasserkrise präventiv vorzubereiten.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Peter Rauscher
stellv. Fraktionsvorsitzender



Sebastian Lucke
Mitglied im Planungsausschuss

¹ <https://www.bmuv.de/download/nationale-wasserstrategie-2023>

² <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/nationale-wasserstrategie-2171158>

³ <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/trockenheit-wasserknappheit-so-beugt-baden-wuerttemberg-vor-100.html>

⁴ Siehe beispielsweise den [Dürremonitor Deutschland](#) des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ)

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Deutschland-Ticket sozial gestalten

Die Fraktion DIE LINKE/Pirat beantragt:

Die Regionalversammlung beauftragt die Verbandsverwaltung, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) ein Sozialticket durch den verbilligten Bezug des Deutschland-Tickets einzuführen. Der Preis dieses „sozialen Deutschland-Tickets“ soll höchstens die Hälfte des regulären Preises des Deutschland-Tickets (derzeit 49 Euro) betragen. Bezugsberechtigt für das „soziale Deutschland-Ticket“ sollen alle Empfänger*innen von Transferleistungen nach SGB, WoGG sowie AsylbLG sein, sofern sie keine gleichwertige Rabattierung für das Deutschland-Ticket aus anderen Quellen (z.B. Jobticket) erhalten.

Zur Vermeidung ausufernder Kosten soll das "soziale Deutschland-Ticket" auf dem Prinzip der stichtagsorientierten Abmangelfinanzierung zur Kostenbegrenzung beruhen, bei der den Verkehrsunternehmen diejenigen Verluste ersetzt werden, die durch einen Wechsel aus dem „normalen“ Deutschland-Ticket zum „sozialen“ Deutschland-Ticket entstehen.

Eventuelle Mehreinnahmen durch die Gewinnung neuer Kunden sind so zu verrechnen, dass den Verkehrsunternehmen ein finanzieller Anreiz bleibt, sich auch um die Kundengewinnung dieser Personengruppe aktiv zu bemühen.

Begründung:

Zwar hat sich der Preis des ÖPNV für die allermeisten Menschen durch die Einführung des Deutschland-Tickets reduziert. Nach wie vor gibt es jedoch eine große Gruppe von Menschen mit geringem Einkommen auch in der Region Stuttgart, für die das Deutschland-Ticket noch immer unerschwinglich ist.

Dies sind zum einen Menschen, die ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch staatliche Transferleistungen bestreiten müssen. Für diese Menschen übersteigt der Preis des Deutschland-Tickets nach wie vor den Anteil des für den ÖPNV bereitgestellten Betrags in den Regelsatzberechnungen – je nach „Bedarfsstufe“ zum Teil deutlich. Grundsätzlich gilt dies auch für geringverdienende Menschen, die zwar keine Transferleistungen nach SGB bekommen, aber aufgrund ihres geringen Einkommens zum Erhalt von Leistungen nach dem WoGG berechtigt sind. Diese Menschen sind daher auf deutlich teurere Ticketangebote wie Einzeltickets oder Mehrfahrtenkarten angewiesen. Dadurch sind diese Menschen ganz erheblich in der Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben eingeschränkt.

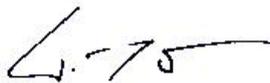
Da diese Menschen bisher zu den Gruppen mit der geringsten ÖPNV-Nutzung gehören, würde ihnen ein „soziales Deutschland-Ticket“ einen starken Anreiz zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel bieten. Der VVS hat mit einem „sozialen Deutschland-Ticket“ die Chance, diese Menschen in nennenswerter Zahl dauerhaft als Abo-Neukunden zu gewinnen. Wie viele Untersuchungen zeigen, bleiben die meisten der so gewonnenen Neukunden auch dann dem ÖPNV treu, wenn sie sich aus der Armut lösen können.

Das von der Fraktion DIE LINKE/PIRAT vorgeschlagene Finanzierungsmodell sorgt für eine wirksame Kostenbegrenzung, da so nicht wie bei anderen Sozialticket-Finanzierungsmodellen der Zuschussbedarf mit jedem neuen Kunden weiter steigt.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Hoepfner
Mitglied im Verkehrsausschuss



Michael Knödler
Mitglied im Verkehrsausschuss

Fraktion DIE LINKE/PIRAT
Regionalversammlung Stuttgart

info@die-linke-vrs.de
www.die-linke-vrs.de

22. Oktober 2023

Antrag zum Haushalt 2024: Störungsstrategie bei Extremwetterereignissen entwickeln

Die Fraktion DIE LINKE/PIRAT beantragt:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für eine Störungsstrategie des regionalen ÖPNV bei Extremwetterereignissen zu entwickeln, das möglichst alle Aufgabenträger und Auftragnehmer einschließt. Dieses Konzept soll folgende Anforderungen erfüllen:

1. Frühzeitige Warnungen vor möglichen Unwetterfolgen anhand der vorliegenden Meldungen der Wetterdienste
2. VVS-weites Informationskonzept bei Unwetterwarnungen
3. Schnelle Rückmeldung aller Auftragnehmer über freie Kapazitäten für mögliche Ersatzverkehre
4. Schnelle Koordinierung von Ersatz- bzw. Umleitungsverkehren einschließlich eines einheitlichen Informationskonzeptes für den gesamten regionalen ÖPNV.

Zur Finanzierung sollen vorzugsweise Pönalemittel genutzt werden.

Begründung:

In Zeiten des Klimawandels ist mit immer mehr und immer schweren Unwettern zu rechnen, welche die Infrastruktur der S-Bahn lahmlegen und auch Busverkehre durch wetterbedingte Straßensperrungen behindern, wie in der Vergangenheit oft genug geschehen.

Unwetter sind mittlerweile häufige Ursachen von Störungen im ÖPNV. So kam es Ende August dieses Jahres auf der Strecke Stuttgart–Backnang durch Unwetter zu Oberleitungsschäden. Die Strecke war nicht mehr befahrbar und die Fahrgäste der S-Bahn waren über vier Stunden in Burgstall gestrandet, bis Ersatzbusse bereitgestellt wurden. Bei der DB Regio wurden für die Strecke Waiblingen–Schwäbisch-Hall ebenfalls erst nach gut einer Stunde Ersatzbusse angeboten. Auch Busverkehre werden immer wieder durch Unwetterfolgen wie z.B. umgestürzte Bäume beeinträchtigt.

Mit einer zentralen Störungsstrategie können Fahrgäste frühzeitig über drohende und/oder bereits eingetretene Einschränkungen sowie über Alternativen und Ausweichmöglichkeiten informiert werden.

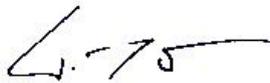
Ebenso können von Störungen betroffene Fahrgäste frühzeitig informiert werden, und die Folgen von Störungen können durch eine entsprechende Koordinierung der Maßnahmen reduziert werden.

Es wäre daher im Sinne der Fahrgäste, das Problem mit einer umfassenden Koordinierung zeitnah anzugehen.

Für die Fraktion DIE LINKE/PIRAT



Christoph Ozasek
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Hoepfner
Mitglied im Verkehrsausschuss



Michael Knödler
Mitglied im Verkehrsausschuss